

geographische
revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 6 · 2004 · Heft 1

EU-Osterweiterung

geographische

revue

Jahrgang 6 · 2004 · Heft 1

Editorial **5**

Essays

Hannes Hofbauer **7**
Der Osten rückt nach Westen.
Europas Geographie im Wandel

Tomáš Havlíček **16**
Der tschechisch-deutsche Grenzraum
nach der EU-Osterweiterung

Besprechungsaufsatz

Fritz Hellmer **27**
Wirtschaftscluster

Diskussion

Gerhard Hard **39**
Von einem neuerdings erhobenen
konfessionellen Ton in der Geographie

Einzelrezensionen

- 55** Heiko Schmid: Der Wiederaufbau des Beiruter Stadtzentrums. Ein Beitrag zur handlungsorientierten politisch-geographischen Konfliktforschung. Heidelberg 2002. (Georg Glasze)
- 58** Beate Lohnert: Vom Hüttendorf zur Eigenheimsiedlung. Selbsthilfe im städtischen Wohnungsbau – Ist Kapstadt das Modell für das Neue Südafrika? Osnabrück 2002. (Fred Krüger)
- 61** Olaf Schnur: Lokales Sozialkapital für die „soziale“ Stadt. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen 2003. (Sonja Haug)
- 66** Willkommen Nr. 6.000.000.000. Kenia –Vietnam – Deutschland im Vergleich. Video und Begleitmaterialien. (Hans-Jürgen Hofmann)
- 68** Jahrbuch StadtRegion 2002. Schwerpunkt: Die sichere Stadt. Hg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Werner Petrowsky, Jörg Pohlen. Opladen 2003. (Andreas Kapphan)
- 70** Rudolf Ortner: Der wiedergefundene Raum. Perspektiven der naturwissenschaftlichen Methode in der Geographie. Aachen 1999. (Holger Priebe)
- 74** Daniela Gorsler: Informelle räumliche Planung. Stand der aktuellen Forschung und Forschungsbedarf. Hannover 2002. (Ulf Hahne)
- 77** David Harvey: Spaces of Hope. Edinburgh 2000. (Heinz Arnold)
- 79** Julia Lossau: Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer „anderen“ Geographie. Bielefeld 2002. (Wolfgang Aschauer)
- 85** Martin Dinges und Fritz Sack (Hg.): Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter zur Postmoderne. Konstanz 2000. (Bernd Belina)
- 89** Rolf Monheim (Hg.): Park & Ride – ein Beitrag zum stadtverträglichen Verkehr? Bayreuth 2001. (Joachim Scheiner)
- 91** Christa Berger, Bruno Hildenbrand, Irene Somm: Die Stadt der Zukunft. Leben im prekären Wohnquartier. Opladen 2002. (Rainer Neef)

Impressum

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer (verantwortlich für
diese Ausgabe), Günther Beck ,
Jörg Becker
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37079 Göttingen
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 9,00 EUR (incl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
15,00 EUR (incl. Versandkosten).

Die geographische *revue* erscheint
zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Dr. Jörg Becker, Institut für Geographie,
Universität Potsdam, Postfach 60 15 53,
14415 Potsdam
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
Prof. Dr. Wolfgang Aschauer,
An der Reitbahn 15 b
24937 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Editorial

Der Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten zur EU zum 1. Mai 2004 schließt einen Prozess ab, der mit dem Ende des Sozialismus begann und nach zahlreichen Zwischenschritten auf institutionell-rechtlicher und wirtschaftlicher Ebene diese Staaten geradezu zwangsläufig zur Europäischen Union führte. In der Öffentlichkeit der „alten“ EU-Länder war es wohl gerade dieser Eindruck des Unausweichlichen, der kaum zu Kontroversen um das Für und Wider des Beitritts der „neuen“ Länder führte – obwohl durchaus Probleme artikuliert wurden, etwa in bezug auf den Agrarmarkt, die Regionalförderung oder Grenzsicherungsaufgaben. Deutlich umstrittener, wenn auch im Endeffekt ohne Auswirkungen auf die Entscheidung über den Beitritt war die öffentliche Diskussion in den Kandidatenländern. Die Spannweite der Einwände reichte von ökonomischen Argumenten bis zu eher symbolischen Befürchtungen wie etwa den Verlust nationaler Identität.

Tatsächlich kann der Beitrittsprozess als zweiseitig-einseitig beschrieben werden:

- einseitig insofern, als die geforderten und auch umgesetzten Anpassungsleistungen im wesentlichen nur auf der Seite der Beitrittskandidaten angesiedelt waren; nur sie (die 10) hatten zahlreiche Maßnahmen auf rechtlichem, sozialem und ökonomischem Gebiet durchzuführen, um die gewünschten Gemeinsamkeiten mit den Alt-Mitgliedern (den 15) herzustellen;
- zweiseitig insofern, als die einseitigen Anpassungsleistungen durchaus nicht nur den Interessen der bisherigen EU-Mitglieder entsprachen – konnten sie so doch die Erweiterung als reine Expansion der bestehenden Verhältnisse betreiben, ohne selbst zu einschneidenden, vielleicht sogar strukturverändernden Maßnahmen gezwungen zu sein; auch in den Kandidatenländern ist das bestehende EU-Modell keine abgelehnte Form politischer und ökonomischer Steuerung, sondern eine Zielvorstellung, mit der die Perspektive einer nachholenden Entwicklung und eines merklich gesteigerten Wohlstands verbunden ist.

Die öffentlichen Wahrnehmung der osteuropäischen Beitrittskandidaten etwa in Deutschland, aber auch in anderen westlichen Ländern thematisiert die hier skizzierten Aspekte des Beitrittsprozesses von zwei Seiten: Zum einen werden die wirtschaftliche Schwäche und die teilweise labilen politischen und sozialen Verhältnisse der Kandidatenländer hervorgehoben und im Hinblick sowohl auf das politische Ziel eines vereinten Europas als auch auf die Gefahren für die Integration diskutiert. Zum anderen wird auf Beispiele gelungener Transformationsprozesse als Ausweis der prinzipiellen Machbarkeit des projektierten Anpassungsprozesses hingewiesen. Unabhängig davon jedoch, ob die EU-Osterweiterung eher als riskant oder chancenreich angesehen wird, bleibt die Perspektive des einseitigen Anpassungsprozesses unverändert.

Die vorliegende Ausgabe der geographischen *revue* möchte diese vorherrschende Perspektive, wie sie auch die Situationsbeschreibungen in der deutschsprachigen Geographie prägen, durch zwei externe Beobachtungen ergänzen.

Zum einen spricht Hannes Hofbauer, Publizist aus Wien, einige wichtige Aspekte an, die in der öffentlichen Diskussion des Integrationsprozesses häufig und nur zu gerne unbeachtet bleiben (vgl. a. H. Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien 2003).

Zum anderen thematisiert mit Tomáš Havlíček ein tschechischer Geograph nicht nur den aktuellen Diskussionsstand der dortigen Geographie, sondern geht insbesondere auf die Entwicklungsperspektiven der Regionen an einer zukünftigen EU-Binnengrenze ein.

Aus gegebenem Anlass möchten wir unsere Leserschaft noch über einen interessanten Aspekt des bundesdeutschen geographischen Wissenschaftsmanagements informieren, der auch unsere Zeitschrift betrifft.

Vor einiger Zeit haben wir bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) einen Antrag auf Förderung der geographischen *revue* gestellt. Dieser Antrag wurde mit Schreiben der DFG vom 31.7.2003 abgelehnt. Mit ihrer gutachterlichen Beurteilung, die unsere Zeitschrift am Höchststandard des wissenschaftlichen Publikationswesens partizipieren lässt, unternehmen es die geographischen Preisrichter der DFG, die Autoren der (geographischen) Zeitschriften in Klassen unterschiedlichen „Garde“-Maßes einzuteilen, wobei allerdings im Hinblick auf die geographische *revue* bemängelt wird, dass unsere Autoren „nur vereinzelt der ersten Garde“ (Zitat aus dem Ablehnungsschreiben) angehören.

Wir hielten dies zunächst für einen Fehler bei der Übertragung aus einem Gutachten in die Zusammenfassung seitens der DFG. Eine Nachfrage dort ergab jedoch, dass in den Gutachten ausdrücklich *nicht* die Rede davon war, dass die Beiträge in der geographischen *revue* keine wichtigen Informationen böten oder schlecht geschrieben seien oder sonstige Qualitätsmängel aufwiesen. Nein, es waren ausdrücklich die Autoren gemeint, ohne jedoch zu spezifizieren, woran man das „Garde“-Maß eines Autors erkennt, wenn schon nicht an dem, was er schreibt. Auch erfuhren wir nicht, wer zur ersten, zweiten etc. Garde gehört.

Auch sonst haben wir uns eine gardemaßvoll hohe Anerkennung der DFG-Gutachter bei ihren Klassen-Zuordnungen zugezogen, insofern als sie – stellvertretend für die internationale „scientific community“ – uns mit ihrem Urteil unter anderem „keineswegs als die führende Rezensionszeitschrift einschätzen“, uns auch „nur bei einzelnen Heften“ einen „größeren Umfang“ auf dem globalisierten Zeitschriften-Weltmarkt zusprechen, für unsere Zeitschrift „kaum mit einer beträchtlichen Ausweitung des Absatzes“ rechneten und von ihr „keine Lücke im wissenschaftlichen Schrifttum“ ausgefüllt werde. – Fast überflüssig erscheint es uns, an dieser Stelle noch hinzuzufügen, dass nicht nur wir, sondern vermutlich ebenso unsere Autoren und Leser mit großer Erwartung auf Ranglisten gespannt sind, wer von ihnen entsprechend den Kategorien der Juroren unseres Faches zur ersten, zweiten etc. Verfasser- bzw. Leser-Garde zählt oder Lücken in der Wissenschaft auszufüllen versteht ...

Die Redaktion

Hannes Hofbauer ■

Der Osten rückt nach Westen. Europas Geographie im Wandel

1. Mai 2004. Tag der Arbeit. Vor 15 Jahren noch ist aus Anlass dieses Feiertages in den westlichen Medien über Maiaufmärsche im Osten berichtet worden, zeigten sich KPdSU-Parteichefs gemeinsam mit dem Politbüro und Generälen auf der Tribüne des Roten Platzes in Moskau unter dicken Pelzmützen den vorbeiziehenden Truppen der Roten Armee; glaubten von Ladislav Adamec und Gustáv Husák bis Nicolae Ceaușescu noch sämtliche Staats- und Parteiführer im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RG) daran, dass der 1. Mai auf immer und ewig ein Kampftag der Arbeiterklasse bleiben würde.

Am 1. Mai 2004 denkt kaum jemand in Osteuropa an das Proletariat. Die neuen Staats- und Regierungschefs huldigen nunmehr westlichen Investoren anstatt östlicher Arbeitskraft. Aus dem Kampftag des Proletariats ist ein Jubeltag des Kapitals geworden. Das Datum für den Beitritt von zehn neuen Ländern zur Europäischen Union hätte symbolträchtiger nicht gewählt werden können.

Nur drei von zehn Ländern mit territorialer Tradition

Insgesamt 75 Millionen Menschen werden am 1. Mai 2004 zu Brüsseler Neubürgern, mehr als die Hälfte von ihnen (38,7 Millionen) sind polnische Staatsangehörige. Tschechien und Ungarn mit je 10 Mio. und die Slowakei mit 5,5 Mio. EinwohnerInnen gehören bereits zu den kleinen europäischen Ländern, gefolgt von Litauen mit 3,7 Mio., Lettland und Slowenien mit etwas mehr bzw. etwas weniger als 2 Mio. EinwohnerInnen sowie Estland (1,4 Mio.), Zypern (0,8 Mio.) und Malta (0,4 Mio.). Bezogen auf die Fläche vergrößert sich der Einfluss der Europäischen Union um insgesamt 734.500 km², fast die Hälfte davon (312.600 km²) entfällt auf Polen. Ungarn mit 93.000 km² und Tschechien mit 78.000 km² sind mit der Größe Österreichs vergleichbar, Litauen mit 65.000 km² und Lettland mit 64.500 km² können sich an Bayern messen, Estlands 45.200 km² entsprechen in etwa den Niederlanden. Slowenien umfasst – bei nur etwa einem Drittel der Einwohnerschaft – ein Gebiet, das so groß wie Hessen ist. (Griechisch-)Zypern (5.900 km²) und Malta (300 km²) sind Zwergstaaten.

In acht der zehn neuen EU-Länder haben die letzten zwei bis drei Generationen „Marxismus-Leninismus“ anstelle bürgerlicher „Politischer Bildung“ in der Schule gelernt; außer Slowenien waren diese Staaten militärisch im Warschauer Pakt und wirtschaftlich

im RGW unter Moskauer Führung zusammengefasst. Nur drei der von Brüssel für EU-fit erklärten Aufnahmekandidaten können auf eine historisch mittelfristige territoriale Stabilität zurückblicken. Außer Polen und Ungarn sind sämtliche Länder des politischen Ost-europa, die nun nach Westen rücken, Zerfallserscheinungen von multiethnisch verfasst gewesenen Staatlichkeiten. Aus der Sowjetunion haben sich die Brüsseler Erweiterer die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen herausgebrochen, aus Jugoslawien die kleine nördliche Teilrepublik Slowenien; Tschechien und die Slowakei mussten erst auseinanderfallen, bevor sich beide unter EU-Ägide wieder in einem neuen Block zusammen finden konnten. Zyperns Territorialität ist seit 1974 praktisch ungeklärt, während Malta als gesamte Insel dem europäischen Integrationsprojekt beitrifft.

Von „Freier Warenverkehr“ bis „Sonstiges“

Nicht von öffentlichen Gütern oder gemeinsamen volkswirtschaftlichen Errungenschaften war die Rede, wenn in Brüssel der „Gemeinschaftliche Besitzstand“ debattiert wurde, der auf beamtendeutsch „Acquis communautaire“ heißt. 20.000 Rechtsakte auf annähernd 80.000 Seiten waren damit gemeint, die – unterteilt in 31 Kapitel („chapter“) – den Beitrittskandidaten vorgelegt wurden. Von „Freier Warenverkehr“ bis „Sonstiges“ hießen die einzelnen Abschnitte. Im zweiten Halbjahr 1998 begann Brüssel mit der Durchsicht – zu deutsch: screening – dieses Rechtsbestandes, der samt und sonders von jedem zukünftigen Mitgliedsstaat übernommen werden musste.

Technisch lief dieses „screening“ folgermaßen ab: jeder Aufnahmekandidat bildete eine eigene Bürokratie aus, die sich in die Themenkomplexe jener 31 Kapitel einarbeitete, die Brüssel seit 1957 als rechtliche Grundlagen der späteren Union angesammelt hatte. Die EU-Kommission ihrerseits ernannte Spezialisten, die das für die einzelnen Kapitel relevante Konvolut den jeweiligen Kandidaten vortrugen. Vom bilateralen Charakter der Gespräche ging ein enormer Druck auf die einzelnen beitriftswilligen Staaten aus, deren Gesandte jeweils alleine dem gesamten Brüsseler Apparat gegenüber saßen. Als Voraussetzungen für die Aufnahme der Antragsteller galten die 1993 in Kopenhagen formulierten Kriterien: „institutionelle Stabilität“, „funktionsfähige Marktwirtschaft“ und die Verpflichtung, „sich die politischen Ziele der Union (...) zu eigen zu machen“. Die bereits in den Römer Verträgen von 1957 genannten „vier Freiheiten“ des Verkehrs von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen stehen nicht zufällig an der Spitze der 31 Kapitel des Acquis communautaire; die Ikonen jeder nach den Prinzipien der unbehinderten Kapitalakkumulation betriebenen Integration gelten als Grundsäulen der Europäischen Union. Um die Kompatibilität mit dem Brüsseler „Besitzstand“ herzustellen, wurden die Beitrittskandidaten dazu verpflichtet, in ihrem nationalen Bereich die Privatisierung möglichst sämtlicher Industrien und Dienstleistungen voranzutreiben, die politische Verwaltung auf Dienststellen für freies Unternehmertum zu transformieren, Justiz und Innenresort zu stabilen Pfeilern bürgerlicher – in ihrem Fall von ausländischen Investitionsinteressen geprägten – Herrschaft zu machen, das Sozialversicherungs- und Rentenwesen

dem Kapitalmarkt zu öffnen sowie in allen öffentlichen Sektoren – vom Gesundheits- über das Wohnungs- bis zum Bildungswesen – volkswirtschaftlich zu sparen respektive diese den Marktkräften anzubieten.

Zuletzt wäre noch darauf hinzuweisen, dass es im gesamten Aufnahmeprozess zwischen EU-Kommission auf der einen Seite und den einzelnen Beitrittswerbern auf der anderen Seite zu keinerlei Verhandlungen gekommen ist, obwohl die Gespräche rund um den *Acquis communautaire* von Politikern und Medien immer wieder als solche dargestellt wurden. Für die osteuropäischen Staaten ging es einzig und allein darum, den gesamten Bestand an Rechtsvorschriften und kapitalistischer Norm zu übernehmen, während die EU-Spezialisten nichts anderes zu tun hatten, als das Gelingen dieser Maßnahmen zu überprüfen. Verhandelt wurde überhaupt nicht. Einzig gewisse Übergangszeiten bis zur Übernahme der einen oder anderen „Freiheit“ bzw. des einen oder anderen Kapitels standen zur Debatte, wobei die Europäische Union – z. B. im Fall des freien Personen- und Dienstleistungsverkehrs – sich oft längere Fristen ausbedungen hat als die Neubewerber.

Am Freitag, den 13. Dezember 2002 kam es dann im kalten dänischen Kopenhagen zur offiziellen Einladung der Europäischen Union an zehn der zwölf Kandidaten – Rumänien und Bulgarien wurden auf ein späteres Integrationsdatum vertröstet. In der Folge fanden in allen Beitrittsländern (außer in Zypern) Referenden statt, die bei oft erschreckend niedriger Wahlbeteiligung durchwegs Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ergaben.

Ökonomische Peripherie

Der Zurichtung Osteuropas zur wirtschaftlichen Randzone der westeuropäischen Kerngebiete ging der Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) voraus, der sich am 28. Juni 1991 formell auflöste. Die Zeit davor und danach, ein Zeitrahmen von etwa vier bis fünf Jahren, sind als Phase der unmittelbaren Transformation in die Literatur eingegangen. Trotz unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Ländern sowie auch – vor allem in der Slowakei und in Rumänien – kritischer Positionierung zum Projekt der scheinbar alternativlosen Unterordnung osteuropäischer Regionen und Menschen unter die Brüsseler Vorgaben, können drei Grundpfeiler dieser Transformation beschrieben werden:

- Hyperinflation mit darauf folgenden sozialen Schockmaßnahmen,
- Deindustrialisierung mit anschließendem Aufbau verlängerter Werkbänke für westeuropäische, ostasiatische und US-amerikanische Konzerne,
- Umorientierung des Außenhandels in Richtung Westeuropa mit Deutschland an der Spitze.

Die meist dreistelligen Hyperinflationraten der Jahre 1989/90 (Polen mit 600 %) bis 1992/93 (Slowenien mit 200 %) funktionierten als Enteignungsinstrument jener Mehrheit von Bürgern, die nichts anderes als ein Sparbuch und ihre Arbeitskraft zur Verfügung hatten. Die Versprechungen der kommunistischen Periode waren damit auf einen Schlag im wahrsten Sinne des Wortes nichts mehr wert. Daran anschließende Strukturanpassungs-

programme des Internationalen Währungsfonds, die in die Zeitgeschichte als „Schocktherapien“ eingingen, brachten ein Ende staatlicher Subventionspolitik sowie einen von den Regierungen im Auftrag des IWF gewollten Reallohnverlust der Arbeiter in den Staatsbetrieben. In Polen, Slowenien und der Tschechoslowakei verloren die ProletarierInnen ein Viertel ihres Einkommens. Mit einer eigenen Strafsteuer, der so genannten „Popiwiek“, bewirkte Warschau, dass staatliche Betriebe die Löhne einfroren. Arbeitsminister Jacek Kuron vermerkte damals über die Rolle der regierenden Solidarność stolz: „Unsere Stärke bestand darin, dass uns gerade jene unterstützten, die die ersten Verlierer der Marktwirtschaft waren.“

Deindustrialisierung liest sich in den Statistiken des „Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche“ (WIIW) je nach Land als 30 %iger bis 70 %iger Rückgang der Industrieproduktion in den Jahren zwischen 1990 und 1993. Die mit ausländischen Investorengeldern später neu aufgebauten Produktionsstätten fanden ihren wesentlichen Schwerpunkt in der Automobilproduktion sowie in PKW-Zuliefererbetrieben. Der Motor der Transformation, so drückte es der Wiener Wirtschaftswissenschaftler Josef Pöschl aus, sei der Verbrennungsmotor. Die Konzerne, die vom osteuropäischen Boom im PKW- und Komponentenbau profitieren, heißen VW-Audi (mit einem riesigen Motorenwerk in Győr sowie Skoda- und VW-Produktionsstätten in Mlada Boleslav/Tschechien sowie Bratislava), Ford (in Gliwice/Polen), Renault (in Slowenien und mit einer gigantischen Neuinvestition 2004 in Trnava/Slowakei), Suzuki (in Esztergom/Ungarn) und Daewoo (demnächst in Südpolen oder der Slowakei). Ein Großteil der Produktion geht in den Export nach Westeuropa. Die daraus entstehende Abhängigkeit von einer Branche und manchmal nur einem Unternehmen ist typisch für ein peripheres Land: 60 % der ungarischen Exporte des Jahres 2002 sind, laut WIIW-Statistik, „Maschinen und Transportausrüstung“ – also dem Umfeld der Automobilindustrie – zuzuschreiben. In Tschechien sind es 50 % der Exporte, in der Slowakei und Polen 40 %. Die volkswirtschaftliche Verwundbarkeit bei dieser Art abhängigen Industrialisierung liegt auf der Hand. Ihr entspricht auch ein einseitig auf die europäischen Zentrumsländer ausgerichteter Außenhandel, der in Ungarn exportmäßig im Jahr 2002 zu 75 % auf die EU ausgerichtet ist, in Tschechien und Polen zu knapp 70 %, in der Slowakei und in Slowenien zu 60 %.

15 Jahre hat sich Brüssel mit der Hereinnahme osteuropäischer Länder in das Regelwerk der EU Zeit gelassen. Vergleicht man diesen Zeitraum mit dem Wiederaufbauprogramm des Marshall-Planes nach dem Zweiten Weltkrieg, der bereits 1952, also sieben Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen, einen Schlusspunkt unter die Integration Westeuropas setzte, so stellt sich die Frage, warum die Osterweiterung nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt so lange gebraucht hat. So viel Zeit war offensichtlich notwendig, um einen vollständigen Eigentümerwandel noch vor der EU-Integration zu bewerkstelligen, damit anschließend daran die Struktur- und Regionalförderungen Brüssels in die Budgets der fast ausschließlich aus dem Westen kommenden Unternehmen fließen können.

Am Beispiel der Banken kann der Umfang der Privatisierung anschaulich dargestellt werden. Dieser Sektor ist der volkswirtschaftlich sensibelste, reicht doch der Einfluss der Banken in alle übrigen Branchen hinein. Mehr noch: Wer den Kreditmarkt kontrolliert, bestimmt weitgehend über wirtschaftliche Vorhaben. Wer die Spareinlagen verwaltet, kann auf Einleger und Staat Druck ausüben. Nur logisch, dass westeuropäische Bankhäuser während des ersten Nachwendezehnte in die Struktur des Bankensektors aller osteuropäischen Länder eingedrungen sind.

Die Übernahmen östlicher Geldinstitute und ihrer Filialnetze durch westliches Kapital ist im Jahre 2002 weitgehend abgeschlossen. Laut einer Statistik der „Bank Austria-Creditanstalt“ werden Mitte 2002 die Mehrheit aller polnischen, tschechischen, slowakischen, ungarischen und bulgarischen Geldtransaktionen über Banken in Auslandsbesitz getätigt. In Tschechien, der Slowakei und Bulgarien liegt der Anteil ausländischer Geldinstitute am Gesamtmarkt (berechnet auf Basis der Bilanzsumme) zwischen 70 % und 80 %, in Polen bei knapp 70 %, in Ungarn über 60 %. Slowenien mit 33 % bildet eine gewisse Ausnahme, in Rumänien ist der Verkauf noch in vollem Gange. Rechnet man – wie in der Bank Austria-Creditanstalt-Studie – Kroatien und die Ukraine dazu, dann hat sich der Besitz internationaler Bankkonzerne im Osten zwischen 1997 und 2001 von 20 % auf 57 % erhöht. Änderungen von Struktur- und Eigentumsverhältnissen in diesem Ausmaß kennt die Wirtschaftsgeschichte üblicherweise nur nach Kriegen. Sozio-ökonomisch betrachtet hat sich in Osteuropa etwas Vergleichbares abgespielt.

Soziale und regionale Teilungen

Die Auswirkungen der raschen, mit Investorengeldern von außen – eine nennenswerte Akkumulation im Inneren fand faktisch nur durch den russischen Raub- und Plünderungskapitalismus im Erdöl- und Erdgassektor statt – betriebenen Kapitalisierung Osteuropas sind weitreichend. Zwischen Arm und Reich haben sich enorm tiefe Kluften aufgetan. In Polen und Ungarn inklusive Oberungarn (also der Slowakei) hatte es historisch nie einen breiten Mittelstand gegeben, in Böhmen und Mähren hat ein solcher die kommunistische Epoche nur sehr geschwächt überlebt. Also kam es in der Phase der Rekapitalisierung sämtlicher Bereiche des Lebens und Arbeitens zu sozialen Verwerfungen und regionalen Disparitäten größten Ausmaßes. Sozialen Ausgleich und Regionalpolitik begriff die Mehrheit der Bevölkerungen als kommunistische Relikte. Beide waren ideologisch diskreditiert, was sich die Profiteure der neuen Zeit – im wesentlichen große westeuropäische Konzerne – auch kulturell zu Nutze machten. Entsolidarisierung, gleich ob es sich um soziale oder regionale Belange handelte, war gesellschaftlich gewollt.

Freilich nicht von allen. Viele ältere Menschen, vor allem auch solche, die noch im Arbeitsprozess standen, verkrafteten den raschen kulturellen Wandel, der mit der Individualisierung einherging, nicht. Eine Studie des UNICEF-Weltkinderhilfswerks aus dem Jahr 1994 belegt die soziale Brutalität der Wende. Beginnen wir beim raschen, unerwarte-

ten Tod. Mit der Ausnahme der Tschechoslowakei respektive Tschechiens und der Slowakei stieg im untersuchten Zeitraum zwischen 1989 und 1993 in allen osteuropäischen Ländern die Sterberate signifikant. Notierte man im ohnehin krisengeschüttelten Rumänien des letzten Jahres der KP-Herrschaft (1989) 10,6 Todesfälle auf 1000 Bewohner, so waren es vier Jahre später 11,6. Das ergibt einen Anstieg der Sterberate um mehr als 15 %. In Bulgarien betrug dieser Wert im selben Zeitraum unmittelbar nach der Wende (1989-1993) 7,5 %, in Polen 5,2 % und in Ungarn 5,1 %. Zusammen mit Russland und der Ukraine, die in der UNICEF-Studie mitberücksichtigt sind und eine besonders starke Erhöhung der Todesrate aufweisen, starben im Jahre 1993 im Osten um 1,4 Millionen Menschen mehr als vier Jahre zuvor.

Die Autoren der UNICEF-Studie nennen dieses im herrschenden Diskurs über die Wendejahre weitgehend unberücksichtigt gebliebene Phänomen „Transition mortality“. Betroffen davon sind eher Männer als Frauen und von diesen wiederum insbesondere Arbeiter im Alter zwischen 35 und 49 Jahren. Ursachen für die erhöhte Sterberate ortet die Studie in vermehrt auftretendem Herz- und Kreislaufversagen sowie Krebs, des weiteren in sichtbar höheren Selbstmordzahlen (v. a. in Ungarn) sowie einer stark angestiegenen Opferzahl im Straßenverkehr.

Wie stark das Vertrauen der Menschen in Osteuropa in die eigene Lebenskraft im Zuge der Transformation gesunken ist, zeigt auch eine im September 2001 in der Zeitschrift „Spiegel“ veröffentlichte Abtreibungsstatistik. Derzufolge kommen in Russland im Jahr 2000 auf 1000 Geburten 1695 Abtreibungen, in Rumänien 1107, in Ungarn 698 und in Tschechien immerhin noch 415, während die Vergleichszahl für Deutschland bei 153 Abtreibungen auf 1000 Geburten liegt.

Soziale Verheerungen auch in anderen Bereichen. So sank z. B. der Kalorienverbrauch pro Kopf in allen Transformationsländern zwischen 1989 und 1993: in der Tschechoslowakei um 3,3 %, in Polen um 5,1 %, in Ungarn um 5,7 %, in Rumänien um 9,2 % und in Bulgarien um 18 %. Sinkende Geburtsraten im selben Zeitraum zeugen von der Zukunftsangst der Menschen in Osteuropa. 1993 kamen um durchschnittlich 18 % weniger Kinder auf die Welt als 1989, die Rückgänge lagen zwischen -3,3 % in Ungarn und -31,7 % in Rumänien. Demographische Katastrophen dieser Art wirken sich noch mehrere Jahrzehnte später drastisch aus, wenn es in den dann peripher-kapitalistischen Gesellschaften darum gehen wird, Alterssicherung für jene sicherzustellen, die die Wende überlebt haben.

Der Transformation eigen war auch der unbedingte Wille zur Mobilisierung der Arbeitskräfte, die zu Zeiten unkündbarer kommunistischer Arbeits(zwangs)verhältnisse äußerst gering war. Im Weltbankbericht des Jahres 1995 heißt es dazu: „Beträchtliche Einschränkungen der Arbeitskräftemobilität behindern die Arbeitsmärkte in vielen Reformländern. Die Aufhebung dieser Restriktionen (...) kann die Arbeitsmobilität ankurbeln.“ Mobilität der Arbeitskraft, egal ob sie wie in Jugoslawien durch Bürgerkriege oder anderswo durch weniger brutale Deregulierungsmethoden herbeigeführt wurde, bringt in jedem

Fall ihre Verbilligung. Im Weltbankbericht liest sich das folgendermaßen: „Inflexible Löhne können die Umstrukturierung der Beschäftigung unterminieren, selbst wenn andere Märkte gut funktionieren. (...) Vor den Reformen wiesen die ehemaligen Planwirtschaften eine sehr rigide Lohnstruktur auf. Hier verändert sich einiges, doch selbst in einem liberalisierten Umfeld gibt es oft Beschränkungen der Lohnflexibilität, die die Umstrukturierung der Beschäftigung ernsthaft bremsen können. (...) Zu hohe Mindestlöhne begrenzen die Verteilung der Löhne nach unten und verhindern eine Lohnbildung auf markträumendem Niveau.“ Die Sorgen der Banker konnten zerstreut werden. Die Arbeitsmärkte in den Ländern Osteuropas sind heute geräumt. Nutzbar können sie von jenen multinationalen Konzernen verwendet werden, die lohnintensive Teile ihrer Standortketten in Billiglohnzonen auslagern. Während Mitte der 1990er Jahre die durchschnittliche Bruttostundenlohn in den westlichen deutschen Bundesländern bei 44.- DM und in Ostdeutschland bei 26,50 DM gelegen war, betrug sie in Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien zwischen 3.- und 4.- DM, in Rumänien 1,40 DM. Im Jahr 2002 beträgt der durchschnittliche Facharbeiterlohn in Ungarn bloß ein Viertel des deutschen Durchschnittslohnes, in der Ukraine ein Zweiunddreißigstel (!). Die westeuropäischen und US-amerikanischen Konzerne wissen diese Differenz zu nutzen.

Voraussetzung für die angesprochene „Räumung“ des Arbeitsmarktes war neben Flexibilisierung und Deregulierung auch schlicht die Reduzierung der hohen Zahl an ArbeiterInnen. Mehr noch als die Arbeitslosigkeit drückt der Rückgang der lohnarbeitenden Bevölkerung den Strukturwandel in Osteuropa aus. War es in Kommunezeiten, die freilich keinen Arbeitsmarkt kannten, üblich, dass Männer und Frauen gleichermaßen beschäftigt waren, so passten sich die EU-Beitrittskandidaten innerhalb von zehn Jahren allesamt an das bürgerliche Gesellschaftsmodell an. Seine flexibel und dereguliert ausgeformte und von struktureller Arbeitslosigkeit geprägte Struktur benötigt wesentlich weniger Lohnabhängige als die kommunistische Vorstellung einer Arbeitsgesellschaft. Vor allem Frauen fielen während der ersten Transformationsdekade aus den geregelten Beschäftigungsverhältnissen heraus. Im traditionellen Industrieland Tschechien (Böhmen und Mähren) sind im Jahr 2000 – unabhängig von der immer höher werdenden Zahl von Arbeitslosen – um 39 % weniger Personen unselbständig beschäftigt als zehn Jahre zuvor (das sind 1.974.000 Menschen), in Bulgarien waren es gar 54 %, in Rumänien 46 %, die aus dem Arbeitsprozess hinausfielen. In Ungarn ging der Beschäftigtenstand während des Transformationsjahrzehnts um 35 % zurück, in Polen um 16 %. Alles in allem gingen, nach den vom WIIW zusammengezählten offiziellen Statistiken, in den osteuropäischen Beitrittsländern (ohne das Baltikum, für das keine vergleichbaren Zahlen vorliegen) zwischen 1990 und 2000 10,5 Millionen Arbeitsplätze verloren; das entspricht dem gesamten Stand an unselbständig Beschäftigten in Polen.

Parallel dazu kletterte die Arbeitslosenrate auf teilweise astronomische Zahlen. 2002 betrug sie laut Statistiken in Polen und der Slowakei 20 %, in Bulgarien 18 %, in Estland 13 %, in Tschechien 8 %, in Lettland, Litauen und Rumänien jeweils knapp über bzw. un-

ter 8 %, in Slowenien 7 % und in Ungarn 6 %. Am Vorabend der gewünschten Beitritte zur Europäischen Union stehen damit in den zehn Kandidatenländern knapp über 6 Mio. arbeitssuchende Menschen ohne Erwerbsmöglichkeit da.

Ersetzt wurden die ehemals geregelten Arbeitsverhältnisse durch das ganze bekannte Sortiment postfordistischer Überlebensstrategien. Kioskkapitalismus, allerlei deregulierte Jobs in so genannten „Schwitzbuden“, Wanderarbeit, Migration und die Flucht in eine subsistente bzw. teilsubstante Lebensweise gedeihen zwischen Baltikum und Balkan, indirekt gefördert durch die von Weltbank und Währungsfonds geforderten Mobilisierungen des Arbeitsmarktes.

Die sozialen Teilungen kennen ihre regionale Entsprechung. Am Beispiel der Slowakei kann das Auseinanderfallen der einzelnen Regionen beobachtet werden. Die republikweit hohe Arbeitslosigkeit von 20 % fällt einem im Stadtbild von Bratislava nicht auf. Die Region um die Hauptstadt konstituiert die große Ausnahme im Lande; hier genießen überdurchschnittlich viele Menschen ein höheres Lebensniveau. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, auch wenn es als statistische Größe die soziale Differenz außer Acht läßt, weist für die Region Bratislava – kaufkraftbereinigt – einen Wert auf, der sich mit EU-Städten durchaus messen kann. Der Osten, Süden und Norden des Landes hat ein vergleichsweise drei Mal geringeres BIP/Kopf. Das absolute Armenhaus der Slowakei liegt um die Städte Prešov und Svidník, wo die Arbeitslosigkeit bis zu 60 % beträgt. Auch in der ehemaligen Rüstungsschmiede Martin stehen 35 % der ehemals Werk tätigen ohne feste Arbeit da. Weder die slowakische Regierung noch die Brüsseler Erweiterer haben auf diese soziale Frage eine Antwort. Außer vielleicht jener zynischen, demnächst eine Kriseninterventions-truppe von 60.000 Mann aufzustellen. Doch soziales Elend militärisch oder polizeilich bekämpfen zu wollen, kann auf die Dauer nicht funktionieren.

Eine Integration – viele Geschwindigkeiten

Das Europa der vielen Geschwindigkeiten ist längst Wirklichkeit. Regionen driften vom Entwicklungspotential her auseinander und Klassenunterschiede vergrößern sich stetig. Westeuropäische Kernstaaten wie Deutschland werden einen verstärkten Druck auf den Arbeitsmarkt verspüren, der nicht nur innerhalb des so genannten Integrationsraumes soziale Errungenschaften in Frage stellen, sondern ständig und vermehrt auch von außen stattfinden wird. Lohndifferenzen von 1:30 zwischen Berlin und Lviv/Lemberg garantieren unruhige Zeiten für Europa.

Die den wachsenden Klassenunterschieden und Disparitäten zugrunde liegende Entsolidarisierung hat erschreckender Weise tiefe gesellschaftliche Wurzeln geschlagen. Nicht nur in den postkommunistischen osteuropäischen Gesellschaften, sondern auch im Westen Europas herrscht ein neoliberaler Diskurs, der all die sozialen Verwerfungen und regionalen Differenzen als etwas Positives betrachtet. Die politischen Gruppierungen von sozialdemokratisch bis christlich-konservativ haben neoliberale Kader ausgebildet, die

sich in den entscheidenden wirtschaftlichen Fragen nicht mehr voneinander unterscheiden. Dort, wo – vor allem im Osten – dem hegemonialen Diskurs Widerstand entgegengesetzt wird, schweigen ihn die Medien entweder tot oder diffamieren ihn als alt-kommunistisch und/oder nationalistisch. Dies gelingt umso einfacher, als auch die Medienlandschaft Osteuropas – wie die anderen Branchen auch – in die Hände großer westeuropäischer, v. a. deutscher Konzerne geraten ist. So kontrollieren beispielsweise in Tschechien die Rheinische Post (Mlada fronta dnes, Lidové noviny), die Passauer Neue Presse (sämtliche Regionalblätter) und der Scheizer Riese Ringier (Blesk) das Tageszeitungsgeschehen. In Polen, der Slowakei, Rumänien und Ungarn sieht die neue Eigentümerstruktur in der Medienlandschaft strukturell ähnlich aus.

Die fehlende bzw. totgeschwiegene Opposition zum ökonomischen Kolonialismus, wie er von Brüssel in Osteuropa – und nicht nur in den neuen Beitrittsländern – betrieben wird, stellt über kurz oder lang die Frage nach dem demokratischen Gehalt dieser liberalen Politik. EU-Europa scheint auf dem Weg zu einer spezifischen Form von Kapitaldiktatur zu sein, die gesellschaftliche Zustimmung nur mehr über das Mittel des Konsums erhält. Was mit jenen passiert, die sich diese Form der Kompensation für fehlende Demokratie nicht mehr leisten können: Das wird Brüssel in Zukunft beschäftigen, und zwar sowohl in sicherheitspolitischer als auch in finanzieller Hinsicht.

Tomáš Havlíček ■

Der tschechisch-deutsche Grenzraum nach der EU-Osterweiterung

Staatliche Zusammenschlüsse wirken sich zumeist positiv aus und verweisen auf ein gewisses Vertrauen in die Zukunft. So ist es sicherlich auch im Falle der EU-Osterweiterung, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts Europa stark verändern wird. Mit diesem Schritt wird zumindest politisch der Eiserner Vorhang, der Europa fast die ganze zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts teilte, endgültig zerrissen, und die „alte Dame“ kann nunmehr geeint über ihre Zukunft entscheiden und mit größerer Intensität Prozesse auf globaler Ebene beeinflussen.

Europa rückt näher zusammen, was sich auch in räumlicher Hinsicht und hier vor allem in den Grenzregionen zeigt. Die frühere Außengrenze der Europäischen Union wandelt sich mit dem Beitritt Tschechiens zur EU zu einer Binnengrenze. So kommt es auf der politischen Ebene zu einem Funktionsverlust der (neuen) EU-Binnengrenzen, während die juristische Funktion dieser Grenzen erhalten bleibt (Guichonnet, Raffestin 1974). Die politische Seite ist daher erst der Anfang einer umfassenden Integration, dem weitere Schritte vor allem in ökonomischen, ökologischen, gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und psychologischen Bereichen nachfolgen müssen. Hier sollte die Geographie als Wissenschaft nicht abseits stehen.

Der tschechisch-deutsche Grenzraum

Beiderseits des früheren Eisernen Vorhangs liegt in der Mitte Europas der tschechisch-deutsche Grenzraum, der eine bedeutende Vorreiterrolle für das Zusammenwachsen Europas übernehmen könnte. Aber kann dieser Raum eine derart schwere Aufgabe überhaupt bewältigen oder ist es nur eine vergebliche Hoffnung, da dieses historisch so belastete Gebiet (Sudetenfrage) eine so große Herausforderung nicht meistern kann? Wie tief wirkt sich zudem auf diesen Grenzraum der Prozess der europäischen Vereinigung aus, wenn man die wesentlichen politischen Entscheidungen außerhalb des tschechisch-deutschen Grenzgebietes in Zentren wie Brüssel, Berlin oder Prag trifft? Als Antwort auf diese Fragen soll im folgenden aus geographischer Perspektive und auf der Grundlage einer skizzenhaften Situationsbeschreibung eine Einschätzung der zukünftigen raumbedeutsamen Entwicklungen im tschechisch-deutschen Grenzraum vorgebracht werden,

Der tschechisch-deutsche Grenzraum kann als ein Modellbeispiel für den neuen poli-

tischen Regionalismus wahrgenommen werden (Konzept „Europa der Regionen“). Die Grensräume in der Europäischen Union bekamen im Laufe der Zeit immer größere Entscheidungsfreiheiten und Selbstverwaltungsrechte, und es entstand teilweise auch eine eigene regionale Identität, die sich vor allem in der Gründung von Euroregionen widerspiegelt. Im deutsch-tschechischen Grenzraum entstanden fünf Euroregionen (Neiße-Nisa-Nysa, Elbe/Labe, Erzgebirge, Egrensis, Bayerischer Wald/Böhmerwald), die zumeist als Entwicklung „von unten“ (bottom up) entstanden sind. Im Unterschied zu den westeuropäischen Euroregionen stand hier jedoch von Anfang an die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vordergrund (Kowalke, Schmidt 2003), die auf der tschechischen Seite durch niedrige Löhne und preiswerte Ressourcen und auf der deutschen durch Kapital und Know-how charakterisiert ist.

Das tschechisch-deutsche Grenzgebiet weist zwar relativ homogene physiogeographische Voraussetzungen auf, ist aber durch die bisherige unterschiedliche Entwicklung diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs (Wohlstandsgrenze) ein sehr heterogener Raum. Der tschechische Teil befindet sich immer noch in der Transformation (Fassmann 1997, Hampl 2001), die zuerst vor allem in den Zentren und erst später auch in den peripheren Räumen wie z. B. in den grenznahen Gebieten wirksam wurde. Das deutsche Grenzgebiet wiederum ist noch immer durch die Spaltung Europas zweigeteilt in die bayerische und die sächsische Grenzregion, die unterschiedliche Merkmale aufweisen.

Die Grenzregion und die Auswirkungen der EU-Osterweiterung in der Wahrnehmung ihrer Bewohner

Um die (voraussichtlichen) Auswirkungen der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 einschätzen zu können, ist es wichtig, nicht nur die materiell-quantitative Ebene der steigenden oder sinkenden Aktivitäten im Grenzgebiet zu betrachten, sondern auch die qualitative Ebene der Wahrnehmung der Grenzregion durch ihre Bewohner. Allgemein ist zunächst festzustellen, dass Grenzen weltweit nicht weniger, sondern mehr werden (Blake 2000). Riedel (1994) erwähnt dazu, dass eine Angst vor dem Verschwinden einer Grenze mit der Angst vor Identitätsverlust gleichgesetzt werden kann. Aus dieser Warte bestätigen eigene Ergebnisse zunächst die subjektive Notwendigkeit einer Existenz der tschechisch-deutschen Grenze. Resultat einer umfangreichen Untersuchung (n=1460) aus dem Jahre 2000 im tschechisch-sächsischen und tschechisch-bayerischen Grenzraum war, dass die tschechischen Bewohner zu 85 % diese Grenze als notwendig ansehen und nur zu 15 % als überflüssig bezeichnen (Havlíček, Jeřábek, Dokoupil 2002). Über 90 % der Befragten bezeichneten jedoch diese Grenze als „freundschaftlich“ und „geöffnet“, was die guten Nachbarschaftsbeziehungen widerspiegelt.

Auch die grenzüberschreitenden Beziehungen wurden von den meisten Tschechen im Grenzgebiet als gut beurteilt. Eine wichtige Voraussetzung für die positive Regionalentwicklung eines Grenzraumes ist das Vorhandensein einer Kontaktzone, aber auch die

Überzeugung in der regionalen Bevölkerung, dass das Grenzgebiet ein Entwicklungspotential besitzt. In dieser Hinsicht ist der tschechisch-deutsche Grenzraum teilweise recht differenziert. Die sächsisch-tschechische Grenzregion wird von den Befragten (58 %) eher als ein Gebiet mit Entwicklungspotential denn als ein peripherer Raum bezeichnet. Im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet wurde diese Antwort nur zu 48 % registriert. Kleinstädtisch gesehen wird der Unterschied noch größer. So wurde zum Beispiel in der Mikroregion Teplicko an der sächsisch-tschechischen Grenze von 76 % der Befragten ein regionales Entwicklungspotential gesehen, in der Mikroregion Ašsko (bayerisch-tschechische Grenze) dagegen nur von 36 % (Havlíček, Jeřábek, Dokoupil 2002).

Wie die EU-Osterweiterung in ihren Auswirkungen auf den Grenzraum dort bewertet wird, hängt entscheidend von den durch die EU gesetzten konkreten Rahmenbedingungen für die Regionalentwicklung ab. Auf gesamteuropäischer und einzelstaatlicher Ebene wird die Regionalentwicklung vor allem durch regulationstheoretisch begründete Maßnahmen (z. B. die EU-Förderkulisse INTERREG) beeinflusst. Derzeit erhalten die tschechischen Gebiete Unterstützung aus dem Programm PHARE CBC und die deutschen aus dem INTERREG-Programm. Dies spielt sich vor allem im institutionalisierten Rahmen der Euroregionen ab; nach der Osterweiterung werden die regionalen grenzüberschreitenden Initiativen nur noch durch das INTERREG-Programm verwirklicht werden.

Folgt man den Theorien der „flexiblen Spezialisierung“ und der „lernenden Regionen“, spielen bei der Umsetzung dieser Programme vor allem die lokalen Schlüsselpersonen und Institutionen (Akteure) eine entscheidende Rolle. Im ökonomischen Bereich gilt dies in erster Linie für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die nicht nur untereinander Netzwerke bilden, sondern auch mit anderen regionalen Innovationssystemen wie Schulen und Selbstverwaltungen. Für diese Entwicklung ist wichtig, dass es im Grenzraum zu Rückkopplungen mit Bereichen wie Lernen und neuen Technologien kommt.

Insgesamt wird die Öffnung der Grenze auch zu einer räumlichen Ausweitung des Grenzraums führen, verstärkt nach dem Beitritt Tschechiens zum Schengener Abkommen (wahrscheinlich 2005). Andererseits werden voraussichtlich ab 2007 (Änderung von Fördermodalitäten) die finanziellen Unterstützungszahlungen zurückgehen. Dies birgt die Gefahr in sich, dass die Anreize für den Verbleib der von der Grenze entfernter gelegenen Gebiete in den Euroregionen geringer werden (Kowalke, Schmidt 2003). Trotzdem sieht die Mehrheit der Bevölkerung und der betroffenen Institutionen im tschechischen Grenzraum die EU-Osterweiterung als eine willkommene Gelegenheit, die Unterstützungsprogramme der EU zur Realisierung der transeuropäischen Korridore und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Fremdenverkehr, in der lokalen Industrie und der Landwirtschaft zu nutzen und dies noch weiter zu intensivieren.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die tschechisch-deutsche Grenze eine markante Wohlstandsgrenze ist. Daraus resultieren auf den beiden Seiten der Grenze unterschiedliche Erwartungen an und Auswirkungen auf den Untersuchungsraum. Die deut-

sche Grenzregion ist in die EU-Strukturen integriert und kann von Kontakten und Beziehungen profitieren. Dagegen weist der tschechische Grenzraum ein niedrigeres Wohlstandsniveau auf und besitzt nur wenige Kontakte zu Einrichtungen der EU. Andererseits wird das gesamte tschechische Grenzgebiet Ziel 1-Region und hat dadurch Anspruch auf höhere Unterstützungsmaßnahmen aus dem Kohäsionsfonds. Bei der Zusammenstellung von Projekten wird daher den lokalen und regionalen Agenden eine entscheidende Rolle zukommen.

Welche Auswirkungen die EU-Osterweiterung, ausgehend von den aktuellen Gegebenheiten, deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung und die Fördermaßnahmen seitens der Europäischen Union haben wird, soll im Folgenden an den Beispielen der Migration, des Arbeitsmarkts, der Wirtschaftsstrukturen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgeschätzt werden.

Humanressourcen und wirtschaftliche Strukturen an der neuen Binnengrenze der EU

Die Stabilität der Bevölkerung in Bezug sowohl auf ihre Größe als auch auf ihre Zusammensetzung kann zu den Voraussetzungen für eine positive Regionalentwicklung gehören. Im tschechisch-deutschen Grenzraum ist diese Frage einerseits mit der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem tschechischen Grenzgebiet nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und andererseits mit der peripheren Lage dieses Grenzraumes entlang des früheren Eisernen Vorhangs verbunden. Bei einer Untersuchung im tschechischen Teil des tschechisch-deutschen Grenzraumes aus dem Jahre 2000 (Vavrečková et al. 2002) zeigte sich, dass mehr als 20 % der Bevölkerung einen Wegzug aus dem Grenzraum ernsthaft erwägt. Für die Prozesse nach der EU-Osterweiterung ist jedoch vor allem von Bedeutung, wie sich Migrationströme über diese neue Binnengrenze der Europäischen Union hinweg entwickeln.

Die letzten Verhandlungen hinsichtlich des freien Personenverkehrs vor der EU-Osterweiterung zeigten, dass auf beiden Seiten der Grenze noch unterschiedliche Ängste existieren, die bisher eine vollständige Öffnung der Grenze behinderten. Unter den vielen Ausnahmen und Beschränkungen, die in Brüssel ausgehandelt wurden, sind für die zukünftige Entwicklung des tschechisch-deutschen Grenzgebietes einerseits das befristete Arbeitsverbot der Tschechen in Deutschland und andererseits die Beschränkungen für die Deutschen auf dem Immobilienmarkt in Tschechien bedeutsam. Längerfristig gesehen scheint es notwendig, solche Verbote abzubauen, um den Arbeitsmarkt zu beleben und die Vorteile der zentralen Lage in Europa voll zu nutzen. Mittelfristig werden sich die Auswirkungen der Grenznahe auf die Migration über diese neue Binnengrenze hinweg jedoch in sehr beschränktem Rahmen halten, und der Arbeitsmarkt wird sich kaum ändern. Nach einer Befragung im tschechischen Teil (Vavrečková et al. 2002) zeigt sich das Migrationspotential der Tschechen als eher gering. Von den Befragten denken 17,5 % über eine mög-

liche Arbeitsmigration nach Deutschland nach, aber nur 5 % der Bevölkerung besorgten sich schon konkrete Informationen über die Arbeitsverhältnisse in Deutschland und 1,5 % suchten um eine Arbeitsgenehmigung nach. Dies ist eine sehr geringe Zahl, bedenkt man, dass die Lohn- und Wohlstandsunterschiede immer noch sehr hoch sind. Würde die Grenzbarriere am Arbeitsmarkt fallen, könnten sich die erwähnten Prozentzahlen sicherlich bis um das Doppelte erhöhen.

Die EU-Osterweiterung wird auch die Arbeitslosigkeit im tschechisch-deutschen Grenzraum deutlich beeinflussen. Nach realistischen Einschätzungen kann damit gerechnet werden, dass aufgrund weiterer Ansiedlungen von deutschen und anderen westeuropäischen Firmen im grenznahen tschechischen Raum die heute relativ hohen Arbeitslosenzahlen (in einigen Regionen über 20 %) sinken und sich mittelfristig den bayerischen Werten (rund 7 %) angleichen werden. Kurzfristig könnte es zwar im deutschen Grenzraum zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen, längerfristig werden die Werte aber wohl eher sinken. Es ist dabei jedoch nötig, den sächsischen und den bayerischen Grenzraum zu unterscheiden. So ist zu erwarten, dass die hohen Arbeitslosigkeitsraten in Sachsen durch die neuen Möglichkeiten langsam zurückgehen werden, während in Bayern stagnierende Werte wahrscheinlich sind.

Der tschechisch-deutsche Grenzraum wird sich nach der EU-Osterweiterung aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen Strukturen in Deutschland und Tschechien weiterhin differenziert entwickeln. Weil das deutsche Grenzgebiet die wirtschaftlichen Strukturen bereits konsolidierte, besitzt es sicherlich einen Entwicklungsvorsprung gegenüber dem tschechischen Grenzraum, der sich noch in der Transformationsphase befindet. Die tschechische Seite wird mit einer mittelfristigen Perspektive versuchen, die Vernetzung mit den ökonomischen Strukturen der EU weiter auszubauen. Es ist zu erwarten, dass nicht nur kapitalstarke EU-Unternehmen in den tschechischen Grenzraum kommen, sondern auch tschechische Firmen mit ihren billigeren Arbeitskräften sich im deutschen Grenzraum und anderen Gebieten der EU ansiedeln und eine ernsthafte Konkurrenz in arbeitskräfteintensiven Wirtschaftsbereichen bilden werden. Auch dies ist ein Grund, warum sich Deutschland bei den EU-Osterweiterungsverhandlungen Übergangszeiten für Firmengründungen tschechischer Unternehmer auf deutschem Gebiet sicherte. Deutschland versucht durch diese Regelungen, die negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen (insbesondere den Anstieg der Arbeitslosigkeit) der EU-Osterweiterung vor allem für den Grenzraum zu steuern. Diese Maßnahmen sind allerdings für den tschechisch-deutschen Grenzraum längerfristig eher negativ zu bewerten, weil man dadurch die Vorteile dieser Region (in Deutschland Kapital und Know-how und in Tschechien niedrigere Löhne und Kontakte in das östliche Europa) verspielen könnte. Je länger diese Grenze ihren Barrierecharakter beibehält, desto schwieriger wird es, die Entwicklung dieses Raumes zu forcieren.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Integrationsmittel

Einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit hat das in den Grenzregionen erreichte Entwicklungsniveau. Dieses wird mit Hilfe von Indikatoren zur Landnutzung, zur Bevölkerung und zur Beschäftigung ermittelt. Während ein Vergleich der Basisparameter (Fläche, Einwohnerzahl, Einwohnerdichte) signifikante Ähnlichkeiten zwischen den tschechischen und deutschen Grenzgebieten aufweist, ergeben sich im Bezug auf andere Charakteristika (z. B. Struktur der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren) relativ große Unterschiede zwischen den beiden Grenzabschnitten. Dies ist ein Hinweis auf die Existenz unterschiedlicher regionaler Milieus, was auch Auswirkungen auf die grenzübergreifenden Beziehungen, Aktivitäten und Kooperationen hat.

Wenn am Beispiel der Euroregionen in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von der Initiative „von oben“ bzw. „von unten“ gesprochen wurde, ist es notwendig, auch eine Initiative „von innen“ und „von außen“ zu erwähnen. So können durch die INTERREG-Kleinprojektefonds gezielt die vorhandenen Vorurteile beiderseits der Grenze, die als ein Entwicklungshindernis zu verstehen sind, zumindest teilweise abgebaut werden. Da der gesamte Grenzraum innerhalb der Europäischen Union liegt, bieten sich gute Möglichkeiten, vor allem über die intensivere Bildungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen, diese Vorurteile (Sudetenfrage) und Ängste vor dem unbekanntem fremden Nachbarn abzubauen (Fridrich 2003). Wenn man dies mit der Entwicklung an der deutsch-französischen Grenze als Binnengrenze der EU vergleicht, kann man in dieser Frage für die Zukunft auch hier durchaus optimistisch sein. Der Abbau von Vorurteilen sowie wahrheitsgetreue und detaillierte Informationen bilden eine solide Basis für das respektvolle und intensivere Zusammenleben beiderseits dieser Grenze. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte sich nach der EU-Osterweiterung immer öfter und intensiver mit den grenzübergreifenden Freizeitmöglichkeiten und -angeboten und auch mit dem größeren Austausch von Informationen (zweisprachige Zeitungen, Ausstellungen etc.) auseinandersetzen. Dabei werden die lokalen Agenden eine immer größere Rolle spielen (Initiative „von innen“) und die Bedeutung der Europäischen Union für die Zusammenarbeit (Initiative „von außen“) wird langsam zurückgehen. Der Lokale-Agenda-Ansatz beinhaltet wichtige Elemente einer freiwilliger Vereinbarung zu Problemlösungen und hat insbesondere die gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsziele im Auge. U. Hahne (2002) erwähnt dazu, dass die lokalen Agenden ein kreatives, lernendes und loses Netzwerk bilden, in denen Innovationen freigesetzt werden können. Die Beteiligungsformen, die Querschnittsorientierung und systematische Zielausrichtung der lokalen Agenden hilft, Verkrustungen der herrschenden Politikverflechtungen aufzubrechen und innovative Projekte und Maßnahmen zu entwickeln.

Ein längerfristiges Ziel ist sicherlich die Bildung einer Grenzregion bzw. von Grenzregionen, die ein wichtiges Element der Kohäsion in Europa sein können (Europa der Regionen). Der tschechisch-deutsche Grenzraum besitzt zwar gute Voraussetzungen,

da die Grenze nach Meinung der lokalen Einwohner offen und freundschaftlich ist (Havlíček, Jeřábek, Dokoupil 2002), aber die vorhandenen Barrieren werden auch innerhalb der EU weiter sichtbar bleiben. Als wichtigste Hindernisse der grenzüberschreitenden Kooperation sind vor allem die Mentalitäts- und Wohlstandsunterschiede, Infrastrukturdefizite und teilweise auch das Desinteresse der Bevölkerung zu nennen.

Wenn die wirtschaftlichen Unterschiede beiderseits der Grenze geringer werden, kann es zur inhaltlichen Korrektur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kommen. Die Wirtschaft als Hauptthema der Zusammenarbeit wird dann durch Aspekte wie Tourismus, Kultur und Sport, die für die Aktivitäten der westeuropäischen Euroregionen typisch sind, langsam verdrängt. Aus der längerfristigen Perspektive könnte sich damit diese Grenzregion den „alten“ Euroregionen in den EU 15-Ländern annähern (Kowalke, Schmidt 2003).

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung aus Sicht der praxisorientierten Regionalentwicklung

Der Beitritt Tschechiens in die EU und die Entstehung einer neuen EU-Binnengrenze ist sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden. Die Skala der Auswirkungen ist dabei weit gestreut, so dass nur ausgewählte Punkte erwähnt werden können.

So kann die EU-Osterweiterung als Chance für den primären Sektor und die ländliche Entwicklung, die beide während der Zeit des „Eisernen Vorhangs“ und aufgrund der peripheren Lage (außer im Raum Dresden und im Nordböhmischen Becken) sehr unterentwickelt waren, begriffen werden. Vor allem die Nutzung der Förderprogramme für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (z. B. SAPARD), die Förderung der Öko-Landwirtschaft und die Vermarktung von deren Produkten, die Einbeziehung des primären Sektors in den Aufbau nachhaltiger und überwiegend regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie die Entwicklung des ländlichen Fremdenverkehrs und des Agrotourismus sind hier zu nennen. Längerfristig kann es – als Risiken – entlang der neuen EU-Binnengrenze aber auch zur Verbreitung der Brachflächen, zur weiteren Senkung der landwirtschaftlichen Produktion und zu steigender Arbeitslosigkeit in diesem Sektor kommen.

Im Bereich des Natur- und Umweltschutzes können als Chancen erwähnt werden: die Intensivierung der grenzüberschreitenden Kooperation hinsichtlich des Umweltschutzes (engere Zusammenarbeit oder sogar Integration der beiden grenzüberschreitenden Nationalparks), die effektive ökologische Bildung und Aufklärung, die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Umweltgestaltung sowie die schnellere Revitalisierung der devastierten Flächen für diverse Nutzungen. Als Risiken drohen insbesondere das stark wachsende Verkehrsaufkommen und die fortlaufende Deponierung von unsortiertem Müll auf tschechischer Seite.

Die Chancen der EU-Osterweiterung im Bereich der Humanressourcen, des Arbeitsmarktes und der Bildung liegen vor allem im Abbau von mentalen Barrieren und des Des-

interesses der Bevölkerung, in der Förderung der aktiven Beschäftigungspolitik und der Regionalentwicklung durch EU-Programme beiderseits der Grenze, in der Stärkung vorhandener Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sowie im näheren Kennenlernen des Nachbarn und seiner Sprache. Als mögliche Risiken können die Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte und – auf tschechischer Seite – der Verlust des relativen Vorteils der niedrigen Löhne genannt werden. Mit den langsam abnehmenden Grenzkontrollen steigt auch das Risiko der Zunahme von illegalen Grenzgängern aus Drittländern.

Im Bereich Verkehr wächst die Brückenfunktion dieses Grenzraumes für den West-Ost-Verkehr, was allerdings mit der Gefahr der Entstehung einer reinen Transitregion verbunden ist. Es besteht ebenfalls die Chance einer weiteren Entwicklung der grenzüberschreitenden Anbindung von Wander- und Radwegen. Es ist aber auch damit zu rechnen, dass der Lkw-Straßenverkehr weiter steigen und das Risiko der sinkenden Lebensqualität in den betroffenen Orten zunehmen wird.

Hinsichtlich der technischen Infrastruktur scheinen die Chancen vor allem in der gemeinsamen Nutzung von Trinkwasserquellen, in der verbesserten grenzüberschreitenden Verbindung der Energienetze und im tschechischen Teil im intensiveren Ausbau der Abwasserkläranlagen zu liegen. Im Informationsbereich bedeutet die Osterweiterung der EU eine Chance für vermehrte grenzüberschreitende Verbindungen durch kompatible Informationssysteme und den Ausbau von komplexen Regionalinformationssystemen.

Die größten Chancen und Risiken sind sicherlich in der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen. Im Grenzraum besteht ein großes Potential für eine aufstrebende wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der zentralen Lage in Europa und der hervorragenden weichen Standortfaktoren, wie es die attraktive Landschaft und die günstigen Preise auf tschechischer Seite sind. Durch die engere Kooperation kann es zur effektiveren Ausnutzung der EU-Förderungsprogramme, zum Ausbau der Industriezonen entlang von Entwicklungsachsen und durch gemeinsame Wirtschaftsparks kommen. Für den tschechischen Grenzraum bedeutet der Beitritt in die EU auch einen weiteren Zufluss von ausländischen Investitionen und den besseren Zugang zum Know-how der EU. Zu den Risiken gehört insbesondere die steigende Konkurrenzsituation aufgrund des vorhandenen Lohn- und Preisgefälles zwischen Tschechien und Deutschland.

Resümee

Die Regionalentwicklung des tschechisch-deutschen Grenzraumes kann nach der EU-Osterweiterung in zwei extremen Polen enden. Einerseits könnte sich eine eigene Region (mit eigener Identität) innerhalb der EU (Europa der Regionen) konstituieren, andererseits könnte es aufgrund der Abhängigkeiten auch so weit kommen, dass dieser Grenzraum nur eine fremdgesteuerte „Fläche“ zwischen Prag, Nürnberg und Leipzig bildet.

Der Grenzraum selbst wird sich vor allem hinsichtlich seiner exponierten Lage in einem *Spannungsfeld zwischen der europäischen Geopolitik und den lokalen Agenden* be-

finden. In der Praxis wird dies zwar bedeuten, dass die Rahmenbedingungen von Brüssel, Berlin oder Prag festgelegt werden, aber auch dass die Regionalentwicklung immer häufiger durch lokale Schlüsselpersonen bestimmt wird. Aufgrund der weiter zunehmenden Bedeutung der lokalen Akteure wird sich im tschechisch-deutschen Grenzgebiet ein deutlicher *Trend zur stärkeren Differenzierung* des ganzen Grenzraumes durchsetzen.

Mit der EU-Osterweiterung befindet sich dieser *Grenzraum in einer Integrationsphase*, die zwar schon durch das Programm PHARE CBC in Tschechien initiiert wurde, deren volle Ausprägung aber erst durch INTERREG möglich wird. Beide Seiten der Grenze haben dann die gleichen Rahmenbedingungen, was die grenzüberschreitende Kooperation weiter intensivieren könnte. Dadurch wird es auch – im Widerspruch zur Position von Blake (2000) – wahrscheinlicher, dass die Auswirkungen dieser Grenze auf die Regionalentwicklung langfristig abnehmen werden.

Die EU-Osterweiterung wird wohl zur Bildung einer eigenen Region für das Europa der Regionen führen, indem es zur Konvergenz der sonst zentripetalen Kräfte der Wirtschaft und der zentrifugalen Kräfte der staatlichen Politik kommen wird. Ein großer Nachholbedarf besteht aber immer noch im Bereich des *Images dieses Grenzraumes*, und die EU-Osterweiterung ist dazu eine willkommene Gelegenheit.

Literatur:

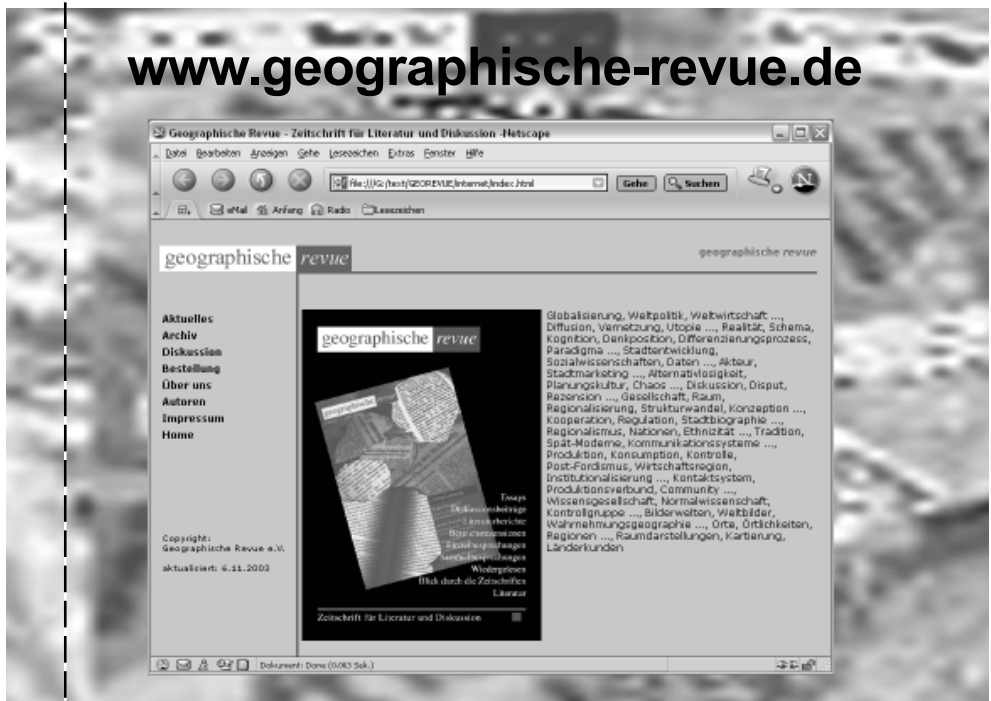
- Blake, G., 2000: Grenzen werden nicht verschwinden. In: der überblick, 4, S. 16-21.
- Dokoupil, J., T. Havlíček, 2002: Border and Border Region: Theoretical Aspects, Identification and Determination. In: Acta Universitatis Carolinae, Geographica XXXVII, 1. (im Druck).
- Fassmann, H., 1997: Die Rückkehr der Regionen – regionale Konsequenzen der Transformation in Ostmitteleuropa. In: H. Fassmann (Hg.): Die Rückkehr der Regionen (=Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung, 15). Wien. S. 12-35.
- Fridrich, Ch., 2003: Kooperation versus Abgrenzung auf lokaler Ebene: Fallstudie österreichisch-slowakisches Grenzgebiet. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 145. Wien. S. 95-118.
- Guichonnet, P., C. Raffestin, 1974: Géographie des frontières. Presses Universitaires de France. Paris.
- Hahne, U., 2002: Lokale Agenda 21 als Basis nachhaltiger Regionalentwicklung – Dilemmata eines neuen Politiktypus. In: geographische revue, 4, H. 2, S. 21-33.
- HAMPL, M. et al., 2001: Regionální vývoj: Specifika české transformace, evropská integrace a obecná teorie. Univerzita Karlova, Praha.
- Havlíček, T. (2002): Přeshraniční spolupráce v česko-rakouském pohraničí. In: M. Balej, M. Jeřábek (Hg.): Pohraničí, přeshraniční spolupráce a euroregiony. Ústí n.L. S. 9-14.

- Havlíček, T., 2002: Labour Market and Occupation-related Migration in the Czech-Austrian Borderland. In: State border reflexion by border region population of V4 states. University of Nitra. S. 110-118.
- Havlíček, T., M. Jeřábek, J. Dokoupil, 2002: Die Wahrnehmung des Grenzraumes und speziell des dortigen Arbeitsmarktes durch die Bewohner der tschechischen Grenzgebiete. In: B. Neuss, P. Jurczek und W. Hilz (Hg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen (=Occasional Papers, 26). Tübingen. S. 143-157.
- Jeřábek, M. 1998: Regionalentwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-deutschen Grenzraum. In: B. Neuss, P. Jurczek und W. Hilz (Hg.): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa (=Occasional Papers, 19). Tübingen. S. 88-99.
- Kowalke, H., O. Schmidt, 2003: Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Euroregionen an der Grenze Deutschland/Tschechische Republik. In: I. Bičík, T. Havlíček (Hg.): Summaries European Integration and Regional Development. 5th Czech-Slovak-Polish Conference. Praha. S. 42.
- Riedel, H. 1994: Wahrnehmung von Grenzen und Grenzräumen. Eine kulturpsychologisch-geographische Untersuchung im saarländisch-lothringischen Raum. (=Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität des Saarlandes, 41). Saarbrücken.
- Vavrečková, J. et al., 2002: Migrační potenciál příhraničí České republiky s Německem. VÚPSV, Praha.
- Waack, Ch., 2000: Stadträume und Staatsgrenzen. Geteilte Grenzstädte des mittleren und östlichen Europas im Kontext lokaler Alltagswelten, nationaler Politik und supranationaler Anforderungen. (=Beiträge zur Regionalen Geographie, 51). Leipzig.
- Weichhart, P., 1999: Territorialität, Identität und Grenzerfahrung. In: P. Haslinger (Hg.): Grenze im Kopf: Beiträge zur Geschichte der Grenze im Ostmitteleuropa (=Wiener Osteuropastudien, 11). Wien. S. 19-30.

geographische *revue*

Aktuelle Themen im Internet ...

www.geographische-revue.de



... diskutieren Sie mit.

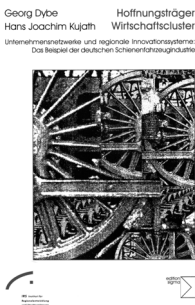
Schreiben Sie uns:

redaktion@geographische-revue.de

Fritz Hellmer ■

Wirtschaftscluster

Georg Dybe, Hans Joachim Kujath: Hoffnungsträger Wirtschaftscluster – Unternehmensnetzwerke und regionale Innovationssysteme: Das Beispiel der deutschen Schienenfahrzeugindustrie. Berlin 2000. 162 S.



Gut 10 Jahre nach dem Erscheinen von Porters „The competitive advantage of Nations“ ist das in dieser Studie ausgearbeitete Konzept des geografisch konzentrierten Clusters zur allgemein gültigen, die regionalpolitischen Konzeptionen dominierenden Entwicklungsstrategie der Republik geworden.¹ Clusterpolitik bzw. zumindest einige elementare Versatzstücke derselben finden sich aktuell – ungeachtet der z. T. unterschiedlich firmierenden konkreten Label – in nahezu jedem regionalpolitischen Entwicklungskonzept.

Obleich der regionalwissenschaftliche ‘Take-off’ des Clusterkonzeptes zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der vorliegenden Studie von Dybe/Kujath bereits vollzogen war, befand sich die regionalpolitische und empirische Überprüfung des Ansatzes in der Bundesrepublik noch am Beginn ihrer Ausarbeitung. Im Unterschied zu den bisherigen Beiträgen gebührt den Autoren in diesem Kontext das Verdienst, das Clusterkonzept theoretisch hinterfragt, netzwerkanalytisch verfeinert und kritisch mit der empirischen Realität konfrontiert zu haben.

Dabei geht es den Autoren nach eigenem Bekunden nicht darum, einen neuen theoretischen Zugang zum Problemkomplex von ökonomischen Innovationssystemen zu kreieren und daraus abgeleitete Hypothesen in einer empirischen Analyse zu überprüfen, sondern es soll „ein operationalisierbarer Ansatz zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Theorems ‘regionales Innovationssystem’ entwickelt“ (S. 9) werden. Um dieses Vorhaben einzulösen, wird auf das Clusterkonzept zurückgegriffen, da es die neuartige Verbindung von Bestands- und Stromgrößen darstellt. Bei der Beurteilung der Innovationsfähigkeit einer Region stehen nicht die ‘harten’ Bestandsgrößen wie Branchen und Sektoren im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern die eher ‘weichen’ Stromgrößen der Beziehungsnetzwerke zwischen den Akteuren und die damit verbundenen Austauschprozesse u. a. in

Form von Wissensströmen und Lernprozessen. Das Clusterkonzept beinhaltet – so die Autoren – „in seinem Kern die Aussage, dass es spezifische Teilsysteme wirtschaftlicher Interaktion gibt, diese Teilsysteme regionale Spezialisierungsmuster hervorbringen und diese Spezialisierungsmuster ein Ausdruck der spezifischen regionalen Innovationssysteme sind“ (S. 9).

Der Zugriff der Analyse über das Clusterkonzept ist jedoch mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass es *das* Clusterkonzept nicht gibt. Die Autoren identifizieren in der bisherigen Debatte „vier Zugänge zur Definition von Clustern (, die) sich ergänzen und teilweise auch gegenseitig bedingen“ (S. 23). Im Einzelnen handelt es sich dabei um Cluster 1. entlang der Wertschöpfungskette, 2. auf der gleichen Wertschöpfungsstufe, 3. im Netz von Exportbeziehungen und 4. in Form von Teilökonomien als ein System von Clustern (S. 19 ff.). Als resultierende allgemeine Definition dieser Ansätze bezeichnen Dybe/Kujath Cluster als „enge, intensive Input-Output-Beziehungen von Gütern, Geld und vor allem Information, durch brancheninterne und -übergreifende Verflechtungen“ (S. 23). An dieser Definition verdeutlicht sich bereits, dass die u. E. essenzielle Charakteristik eines Clusters, die Frage nach der räumlichen Ausdehnung (vgl. Bruch-Krumbein/Hochmuth 2000; Hellmer u. a. 1999) im Ansatz von Dybe/Kujath keine Relevanz besitzt.

Während die in der Definition angesprochenen Metamorphosen von Gütern und Geld über den Preismechanismus vergleichsweise unproblematisch bewältigt werden, bedarf die darüber hinausgehende „Gestalt der Input-Output-Struktur von Wissen innerhalb des Organisationsfeldes“ (S. 23) Cluster – so die Autoren – eine Präzisierung aus *organisations-* sowie *institutionentheoretischer* und aus *evolutionstheoretischer* Sicht.

Aus der erstgenannten *organisations-* sowie *institutionentheoretischen* Sichtweise werden unter der Voraussetzung nationaler institutioneller Rahmensetzungen *Intensität* sowie *Richtung* und *Form* der Transaktion als entscheidende Einflussgrößen für eine günstige Ausgestaltung der Interaktion und der Minderung von Transaktionskosten identifiziert. Da es sich hierbei zugleich um eine fruchtbare theoretische Weiterentwicklung des Clusteransatzes handelt, die darüber hinaus gut operationalisierbar ist, wird diese Präzisierung im Folgenden ausführlicher dargestellt.

Anknüpfend an Granovetter wird für die Intensität der Transaktion die Unterscheidung in ‘weak’ und ‘strong ties’ getroffen. Bei der Richtung und Form der Transaktionen wird zwischen *vertikalen* entlang einer Liefer- und Wertschöpfungskette (‘traded interdependencies’) und *horizontalen* Interaktionen innerhalb einer Branche oder verwandter Branchen, also konkurrierende Beziehungen, oftmals ‘untraded interdependencies’ unterschieden. Aus der *Richtung* und *Intensität* der Beziehungen – so die Autoren – lässt sich „eine Typisierung der Beziehungsformen ableiten, die zugleich Aussagen über die wirtschaftlichen und räumlichen Effekte ermöglicht“ (S. 25). Unter dem Blickwinkel der Betonung der überragenden Bedeutung von Lernen und Wissen für die regionalen Entwicklungen hoch industrialisierter Länder und der damit einhergehenden gängigen Differenzierung in *explizites* und *implizites* Wissen, werden zwei Beziehungssysteme mit jeweils zwei

sozialen Grundformen abgeleitet. Die Beziehungssysteme umfassen die Organisation und räumliche Ordnung des 1) *vertikalen* und 2) des *horizontalen Wissensaustausches*. In diesen Beziehungssystemen werden wiederum jeweils zwei organisations- und institutions-theoretische soziale Grundformen bzw. Arrangements unterschieden: im vertikalen Beziehungssystem 1) der *Produktionsverbund* und 2) das *Kontaktsystem*. Im horizontalen Beziehungssystem 1) der *Interessenverbund* und 2) die *Community*.

Der vertikale *Produktionsverbund* zeichnet sich durch standardisierte Transaktionsbeziehungen in bilateralen Kooperationsbeziehungen (relationale Verträge), resultierend aus wechselseitigen Abhängigkeiten (Lieferbeziehungen, Systempartnerschaften), aus. Der Austausch des kodifizierbaren Wissens erfolgt im hohen Maße in formalisierter Zusammenarbeit zwischen Branchen und im Erfahrungslernen. Dem gegenüber basiert das vertikale *Kontaktsystem* auf einer Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen auf der Grundlage von Konventionen und persönlichem Vertrauen (weak ties) zwischen den Firmenleitungen. Der Wissensaustausch zielt auf die Erschließung externen Wissens und innovativer Neuerungen (z. B. Silicon Valley).

Der horizontale *Interessenverbund* stellt eine organisatorisch und institutionell gefestigte Zusammenarbeit (strong ties) dar. Es handelt sich um Abmachungen zwischen Unternehmen einer Branche, mit dem Ziel der Absicherung oder der Entwicklung einer gemeinsamen Wissensbasis (strategische Allianzen, Joint Ventures o. ä.). Als abschließendes Arrangement verkörpert die horizontale *Community* ein nicht formales, gefestigtes kollegiales Beziehungssystem bzw. Netzwerk von Experten, welches über konkurrierende Unternehmen hinweg agiert. Ausgetauscht wird themenzentriertes, nicht firmengebundenes ‘tacit knowledge’ durch interaktives Lernen (S. 26 ff.).

Aus diesen vier Grundformen bzw. organisatorisch institutionellen Arrangements werden zugleich – die hier besonders interessierenden – ersten räumlichen Konsequenzen abgeleitet (S. 27 ff.). Die in der Debatte des ‘New Regionalism’ große Bedeutung der räumlichen Nähe² für die neuen oder restrukturierten Dienstleistungs- und Produktionsstandorte findet sich im vertikalen *Kontaktsystem* und in der horizontalen *Community*. Der vertikale *Produktionsverbund* benötigt demgegenüber keine räumlich konzentrierten Austauschbeziehungen. Während die Autoren also für den Produktionsverbund, das Kontaktsystem und die Community eindeutige Aussagen bezüglich der räumlichen Distanzen treffen, bleibt die Beantwortung der Frage nach der ‘Notwendigkeit’ räumlicher Nähe für den Interessenverbund offen. Es wird lediglich eine gewisse Vorteilhaftigkeit gemeinsamer Standorte vermutet (vgl. Abb. 1).

Verkompliziert wird sowohl die Frage nach den räumlichen Implikationen als auch die bisherige analytische Differenzierung durch den Tatbestand, dass Cluster sich als ein System von Transaktionen auszeichnen, d. h. es besteht zwischen den bisher dargestellten vertikalen und horizontalen Organisationsformen und den unterschiedlichen Formen des Austausches des impliziten und expliziten Wissens innerhalb eines Clusters eine Wechselbeziehung. Zur Veranschaulichung der bisherigen Analyse und der jeweils möglichen Be-

ziehungen und sozialen Transaktionen in Clustern entwerfen die Autoren eine 4-Felder-Matrix. Die 4 organisations- und institutionstheoretischen sozialen Grundformen werden wie bereits dargestellt nach *Art und Richtung der Transaktion* in *horizontal* und *vertikal* und die *Intensität der Beziehung bzw. Transaktion* nach *stark* und *schwach* aufgeschlüsselt (S. 26 ff. sowie S. 33, Abb. 1).

Abb. 1: Soziale Transaktionsformen in Unternehmensclustern (in Anlehnung an Dybe/Kujath)

		Art und Richtung der Transaktion	
		horizontal	vertikal
Intensität der Beziehungen	stark	Interessenverbund räumliche Nähe +/-	Produktionsverbund räumliche Nähe -
	schwach	Community räumliche Nähe +	Kontaktsystem räumliche Nähe +

+ = räumliche Nähe erforderlich; - = räumliche Nähe nicht erforderlich; +/- = unentschieden

Wie die Matrix zeigt, bilden *Interessenverbund/Produktionsverbund* und *Community/Kontaktsystem* im Hinblick auf die Intensität der Beziehungen die beiden Extreme der Wechselwirkung horizontaler und vertikaler Unternehmensbeziehungen in Clustern.

Für diese beiden Extreme wird die innere Gestalt der jeweiligen entsprechenden Cluster theoretisch weiter differenziert (S. 34 f.). Während ein Cluster aus *Community/Kontaktsystem*, d. h. die Verbindung von einem horizontalen kollegialen Beziehungssystem mit einem losen Verbund vertikaler Kooperation, eine größere Mobilisierung von implizitem Wissen zwischen den Akteuren ermöglicht und eine Vielfalt von Lernprozessen einzuleiten vermag, ist ein Cluster in Form von *Interessenverbund/Produktionsverbund* als weit weniger innovativ zu veranschlagen. Horizontale Allianzen und vertikaler Verbund monopolisieren tendenziell explizites Wissen und tragen zu einer Verminderung des Wettbewerbs bei. Hinzu kommt – so die weitere Argumentation – eine tendenzielle Generierung von Abhängigkeitsverhältnissen der vor- und nachgelagerten Betriebe (Quasi-Integration). In geografischer Hinsicht besteht beim Cluster vom Typus *Community/Kontaktsystem* eine Entwicklungslogik der horizontalen und vertikalen Ballung zur Ausnutzung von Wissens-Spillovers. Umgekehrt besteht beim Clustertypus *Interessenverbund/Produktionsverbund* in vertikaler Perspektive, d. h. entlang der Wertschöpfungskette, keine bzw. – horizontal – eine von den Autoren eher vermutete Tendenz zur räumlichen Nähe.

Insgesamt kann hier aus der Perspektive der geografischen Nähe – wenn auch von den Autoren nicht explizit ausgesprochen – festgehalten werden, dass eine vom ‘New Regionalism’ favorisierte Entwicklungslogik zur räumlichen Nähe sich – schon auf der

bisherigen von den Autoren verfolgten theoretischen Ebene – keinesfalls als beherrschende Tendenz darstellt. Wird in Rechnung gestellt, dass die Vorteilhaftigkeit der räumlichen Nähe beim Interessenverbund eher auf Vermutungen beruht, ist zu konstatieren, dass die geografische Ausdehnung eines Clusters auch auf der Basis der herausgearbeiteten Organisationslogik eines Clusters weitgehend unbestimmt bleibt (vgl. Abb. 1).³

Soweit die von den Autoren vorgenommene *organisations-* sowie *institutionen-* *theoretische* Präzisierung des Clusterbegriffs. Die weiteren theoretischen Ausführungen vervollständigen das bisher Entwickelte in *evolutionstheoretischer* Perspektive. Die Relevanz dieser Perspektive resultiert aus dem Tatbestand, dass die bisher betrachteten institutionellen Kontexte und Organisationsformen von Unternehmensclustern „nicht ad hoc (entstehen, d. V.) sondern evolutorisch“ (S. 36). Damit werden auch die ökonomischen und innovationsrelevanten ‘harten Voraussetzungen’, die zeitliche Persistenz und Pfadabhängigkeit ökonomisch technologischer Entwicklungen in Clustern thematisiert. Anknüpfend an das Konzept der technologischen Trajektorien (Dosi/Nelson) lassen sich – so die Argumentation – auch die regionalen Implikationen des ökonomisch-technologischen Wandels mit der regionalen Produkt- und Industrielebenszyklus-Theorie präzisieren. Das bekannte Grundmodell der vier Phasen der Theorie wird von den Autoren verwendet, um zu einer Regionstypologie zu gelangen, in der die bisherigen Überlegungen „über vertikale und horizontale Verbindungen unterschiedlicher Stromkonsistenz in die vier Phasen des Zyklus integrier(t)“ werden (S. 41). Zugleich wird damit – so die Autoren – der bisherige theoretisch blinde Fleck der Produktlebenszyklustheorie geschlossen, d. h. die Frage „ob horizontale oder vertikale Wissensströme die typischen Charakteristika der jeweiligen Phasen sind“ (S. 41).

Indem die Autoren ihre bisherigen Überlegungen zur Bedeutung von vertikalen und horizontalen Beziehungen mit einem im Hinblick auf die Bedeutung von Wissen erweiterten Ansatz des regionalen Industrielebenszyklus verbinden, gelangen sie zu den folgenden vier Typen von Regionen in verschiedenen Phasen des Industrielebenszyklus. Dabei betonen sie zurecht, dass dieser Ansatz nicht deterministisch verstanden werden darf, da die Beschaffenheit einer Region einem kontinuierlichen Wandel unterliegen kann und sich in „einem konkreten Raum Elemente verschiedener Stadien“ (S. 42) finden. Aufgrund der gebotenen Kürze konzentrieren wir uns auf die Bedeutung von Wissen und Innovation im Beziehungssystem des jeweiligen Zyklus und auf die Aspekte der räumlichen Nähe.

In der *Innovationsphase* dominieren wissensintensive horizontale Beziehungen. Aufgrund des Tatbestandes, dass oftmals neue Produkte aus jungen kleinen Unternehmen hervorgehen, besteht – so die Diagnose – ein Drang zur räumlichen Ballung und zu regionalen Netzwerken. Im weiteren Verlauf des Industrielebenszyklus nimmt die Innovativität sukzessive ab und damit verändern sich auch die Wissensströme. In der *Wachstumsphase* verlagern sich die horizontalen hin zu vertikalen Strömen. Die Prozess- und Organisationsinnovationen nehmen gegenüber den Produktinnovationen zu. Die *Standardisierungsphase* ist durch sich aufspaltende vertikale Güterverflechtungen gekennzeichnet. Die

Wissensintensität der Beziehungen nimmt gegenüber den Güterverflechtungen ab. Damit einher gehen räumliche Dezentralisierungstendenzen. Einzelne Funktionen werden ausgegliedert; die Wertschöpfungskette dehnt sich z. T. auch in periphere Regionen aus. Die *Schrumpfungsphase* ist durch Abschottung auf horizontaler Beziehungsebene charakterisiert. Die Branche schrumpft. Es kann zur Fragmentierung und Desintegration der Region kommen (S. 41 ff.).

In der Perspektive der Evolution von Clustern ist festzuhalten, dass, erstens, sich auch in diesem Kontext keine entwicklungsimmanenten eindeutigen Tendenzen zur räumlichen Nähe identifizieren lassen. Räumliche Nähe erscheint allenfalls in den ersten beiden Phasen plausibel. Eine ökonomische Aufwertung der regionalen Ebene lässt sich mit dem Clusterkonzept auch in der Lesart von Dybe/Kujath nur schwerlich begründen.

Zudem wird zweitens deutlich, dass das Clusterverständnis von Dybe/Kujath weiche Stromgrößen und harte Faktoren gleichermaßen in den Clusterbegriff integriert. Diese Vorgehensweise ist, wie Rehfeld (1999) frühzeitig gezeigt hat, nicht zwingend und betreffs möglicher empirisch feinerer Differenzierungen in harte und weiche Faktoren nicht unproblematisch (vgl. Bruch-Krumbein/Hochmuth 2000; Hellmer u. a. 1999). Durch die von den Autoren vorgenommene analytische Trennung der vier sozialen Grundtypen des Beziehungssystems, welche jedoch implizit eine solche Trennung beinhaltet, ist diese begriffliche Subsumtion der analytischen Qualität des Ansatzes gleichwohl nicht abträglich.

Drittens zeigen die herausgearbeiteten vier Pfade regionaler Wirtschaftskluster die Rückbindung und damit die 'constraints' jedweder regionalpolitischen Entwicklungsstrategie an bestehende ältere industrielle Verflechtungsstrukturen und erlauben den Autoren zugleich einen präziseren Zugriff auf ihr empirisches Material, die Schienenfahrzeugindustrie in der Bundesrepublik und in der Region Berlin-Brandenburg.

Dabei wird der entwickelte theoretische Ansatz mit Hilfe einer sich „überlagernden Mehrebenenanalyse“ (S. 50) überprüft: Erstens wird das vertikale Beziehungssystem, die Wertschöpfungsketten, auf der Basis von Input-Output-Tabellen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung analysiert. Eine Typisierung und Bewertung der Transaktionsformen erfolgt zweitens mit der Methode der Netzwerkanalyse. Damit sollen zugleich die räumlichen Beziehungsstrukturen eingefangen werden (vertikale und horizontale Beziehungsstrukturen). Drittens wird eine wirtschaftshistorische Längsschnittanalyse speziell für die Schienenfahrzeugindustrie in Berlin-Brandenburg geleistet, um Pfadabhängigkeiten und historische Brüche in die Analyse zu integrieren (S. 50).

Die Autoren verwenden damit einen komplexen methodischen Ansatz – ohne es zu versäumen, dessen statistische etc. Grenzen zu diskutieren –, der dem empirischen Gegenstand gerecht wird. Als Daten- und Erhebungsgrundlage dient neben der amtlichen Statistik die Schienenfahrzeugindustriemesse *Inno Trans 98* in Berlin 1998. In die soziometrische Netzwerkanalyse, die durch Interviews ergänzt wurde, wurden 84 Unternehmen mit 228 primären Kontakten einbezogen, welche zwar nicht das gesamte Beziehungsnetzwerk, jedoch alle Finalproduzenten und namhafte Zulieferer umfassen.

Bei der Darstellung des empirischen Materials offenbart sich erneut der Tatbestand, dass Cluster im Verständnis von Dybe/Kujath keine eindeutige regionale Spezifikation aufweisen. Der unserer Einschätzung nach wichtigen Bestimmung eines Wirtschaftsclusters als *regionalisierter Teil* der ökonomischen Beziehungen von Unternehmen (vgl. zusammenfassend Bruch-Krumbein/Hochmuth 2000) wird hier nicht gefolgt. Die gesamte deutsche Schienenfahrzeugindustrie wird folgerichtig von vornherein als ein Cluster bezeichnet.

Ungeachtet dieser Herangehensweise erfolgt in der weiteren Darstellung eine präzise Bestimmung der Clusterbeziehungen entsprechend des vorausgeschickten theoretischen Ansatzes. Aufgrund der gebotenen Kürze der Darstellung konzentrieren wir uns im Folgenden im Wesentlichen auf die räumlichen Aspekte.

Den Kern des Schienenfahrzeugclusters in Deutschland bilden drei große Finalproduzenten mit Hauptverwaltungen in Berlin und weiteren auf die gesamte Republik und in geringem Maße auf das angrenzenden östliche und südliche Europa verteilten Standorten. Eine beherrschende Entwicklungstendenz der Finalproduzenten im Zulieferbereich sei die Verringerung der Fertigungstiefe. Allerdings bilde sich dabei kein mehrstufiges System der Zulieferung durch Koordination von Sublieferanten um Fertigungsmodule, z. T. in enger räumlicher Nähe zum Endmontagebetrieb wie in der Automobilindustrie, heraus. Im Unterschied dazu erfolge ein Zusammenschluss klein und mittelständischer Unternehmen mit einer breiten Palette nicht direkt aufeinander bezogener Produkte unter dem Dach einer Holding oder Arbeitsgemeinschaft. Darüber hinaus wird konstatiert, dass die Finalproduzenten bei größeren anspruchsvollen Vorhaben horizontale Konsortien bilden, womit ein gegenseitiger Wissensaustausch verbunden sei. Insgesamt zeichne sich eine zunehmende nationale Oligopolisierung und die Tendenz zur Herausbildung eines europäischen Produktionsverbundes ab (S. 72 ff.).

Auffällig bei der *Input-Output-Analyse* ist die hohe sektorinterne Verflechtung dieser Branche, die jedoch aus der statistischen Verknüpfung der Schienenfahrzeugindustrie mit dem Stahl- und Leichtmetallbau resultiert und somit empirisch wenig aussagefähig ist. Elementarer ist demgegenüber das Ergebnis, dass in der Region Berlin-Brandenburg nur ein relativ geringer Anteil der Vorleistungen in der Schienenfahrzeugindustrie erbracht wird, während – wie bereits erwähnt – auf nationaler Ebene ein vollständiger Cluster ausgemacht wird (S. 79).

Aus der *Netzwerkanalyse* der Interaktionsmuster und Interorganisationsstruktur ausgehend von fünf fokalen Unternehmen (zwei große Systemintegratoren, einem Generalunternehmer, einem externen Systemanbieter und einem Zulieferverbund) resultiert im Lichte der theoretischen Ausgangsanalyse folgendes Bild: Die bereits angesprochene horizontale Konsortialbildung der drei Finalproduzenten wird dem Typ des *Interessenverbundes* zugeordnet. In vertikaler Perspektive wird ein *Produktionsverbund* mit einer kleinteiligen, mittelständischen wettbewerblichen Struktur diagnostiziert. Dabei sind Beziehungen zu einem einzigen Abnehmer eher die Ausnahme. Beliefert werden zumeist mehrere Final-

produzenten und auch benachbarte Branchen. Es handle sich bei diesem Verbund um eine Strategie der Reduzierung von Transaktionskosten und Unsicherheit in der Wertschöpfungskette, verbunden mit einer Maximierung der Gewinnchancen durch tendenziell oligopolistisch organisierte Finalproduzenten bei gleichzeitiger Gewährleistung von Flexibilität. Aus dem Blickwinkel der Generierung und dem Austausch von Wissen zeichnen sich diese interorganisatorischen Strukturen durch die Dominanz der Verbreiterung von explizitem Wissen aus. Prozessinnovationen stehen – so wird konstatiert – im Vordergrund (S. 88 f.).

Die damit einhergehende Einordnung dieser Transaktionsform des Clusters in den Produkt- und Industrielbenszyklus gestaltet sich demgegenüber – so die Autoren – als schwierig. Zwar habe die Branche ein reifes Stadium erreicht (inkrementelle Innovation, nach horizontalen und vertikalen Konzentrationsprozessen großindustrielle Organisation des Produktionsprozesses, hohe Kapitalintensität), jedoch vermögen die Finalproduzenten und Zulieferer den Reifungsprozess durch Etablierung neuer Produktcharakteristika oder Differenzierung der Produkteigenschaften zu drosseln (dynamic flexibility).

In der sich daran anschließenden Netzwerkanalyse der *räumlichen Ordnung* werden nun alle 228 Beziehungspaare des Ausgangsmaterials einbezogen (S. 90 ff.). Bei branchenmäßig und funktional undifferenzierter Betrachtung des gesamten Clusters kann, so die Ergebnisse, von einem alle Funktionen zusammenfassenden regionalen Cluster nicht gesprochen werden. Die häufigsten Beziehungen finden sich im Umkreis von 401-500 km. Werden jedoch die Beziehungsdistanzen nach Funktionsbereichen des Clusters differenziert, wird für den Dienstleistungsbereich im Unterschied zur Güterproduktion, die eine Überrepräsentanz ab 300 km aufweist, eine überdurchschnittliche Häufung der Beziehungen im Radius von 1-100 km und 101-200 km identifiziert. Die Autoren gehen daher von einer regionalen Bindung der Ressource Wissen aufgrund der Transaktionskosten senkenden Wirkung persönlicher Nähe vor allem im Zusammenhang der Anbieter und Abnehmer von wissensintensiven Ingenieur-Dienstleistungen aus.

Offen bleibt abschließend die Frage der standörtlichen regionalen Ballung jenseits der diskutierten Dienstleistungsbeziehungen und unabhängig von den räumlichen Lieferbeziehungen. Für diese Ausgestaltung von Standort spezialisierungen lässt sich, so wird ausgeführt, ein prägnantes Muster feststellen. Die Schienenfahrzeugindustrie konzentrierte sich in einigen Regionen (Berlin-Brandenburg, Südniedersachsen, Rhein-Ruhr, Baden-Württemberg, Bayern), in denen sich mit Ausnahme der Rhein-Ruhr-Region nicht mehr die gesamte Palette der Wertschöpfungskette finde. Dies gilt insbesondere für die beiden ostdeutschen Regionen.

Insgesamt resultieren aus der Analyse folgende Kernaussagen (S.100 f.):

- Die These vom „regionalen Innovationssystem“ wird in Bezug auf die Wertschöpfungskette zurückgewiesen. Der Schienenfahrzeugindustriecoluster hat sich aus den regionalen Bezügen gelöst. Regional sind nur noch Teilstücke der Wertschöpfungskette verankert. Regionale Spezialisierungen sind häufig nicht nur dem Schienen-

fahrzeugindustriecluster zuzuordnen. Am daran gebundenen Querschnittswissen partizipieren auch andere Cluster.

- Räumliche Nähe innerhalb der Wertschöpfungskette ist obsolet, weil im Wesentlichen explizites standardisierbares und kodifizierbares Faktenwissen ausgetauscht wird. Dies ist auch über große Distanzen möglich. Dies gilt z. T. sogar für das ingenieurwissenschaftliche Wissen.
- Diese Befunde stimmen mit den Überlegungen des Produkt- und Industriezykluskonzepts überein, welches räumliche Dezentralisierung mit der technischen Reife des Produkts erklärt, was in der Schienenfahrzeugindustrie weitgehend gegeben ist.
- Die regionale Ebene ist nur bedeutend für das an Personen gebundene ‘tacit knowledge’ des gesamten räumlichen Kommunikationsnetzes von Experten und Unternehmen. Daraus erklären sich die regionalen Spezialisierungen innerhalb der Wertschöpfungskette auf bestimmte Bereiche.
- In regionaler Perspektive resultiert daraus insgesamt eine breitere Clusterdefinition. Regionale Cluster werden in weit höherem Maße von horizontalen Wissensströmen bestimmt. Die vertikalen Dimensionen spielen demgegenüber eine geringere Rolle. Dabei existiert zwischen beiden Clustertypen⁴ ein symbiotisches Abhängigkeitsverhältnis. Die Konkurrenzfähigkeit der vertikalen Bezüge bedürfen – so wird vermutet – der Einbindung in innovative regionale Kommunikationsnetze.
- Für den ostdeutschen Schienenfahrzeugbau gilt, dass sich die beiden letztgenannten regional essenziellen Tatbestände nicht oder nur partiell (z. B. Berliner Raum) finden lassen, d. h. auch eine regionale horizontale Verankerung der Beziehungen ist kaum gegeben, obwohl die ostdeutschen Finalproduzenten einen bedeutenden Kern des nationalen Clusters bilden.

Zusammenfassend belegen die empirischen Befunde des Schienenfahrzeugbaus und die theoretischen Überlegungen nachdrücklich, dass *regionale* Cluster eher eine Ausnahmeerscheinung der geografischen ökonomischen Landschaft darstellen. Die cluster-spezifischen regionalen Anknüpfungspunkte in der Schienenfahrzeugindustrie sind als äußerst dürftig zu bezeichnen. Zurecht betonen die Autoren die große Wechselwirkung einer Clusterstrategie mit den dominierenden überregionalen Bezügen. Dieser Tatbestand ist kein Spezifikum der Schienenfahrzeugindustrie, sondern eine bittere Lektion für die meisten Regionen. Daher ist in puncto regionalpolitische Praktikabilität des Ansatzes mehr Realismus angebracht. Die regionale Entwicklung, das belegt das Beispiel Schienenfahrzeugindustrie eindrucksvoll, bedarf ergänzend der national und ggf. der europäisch ausgerichteten makroökonomisch komplettierenden Steuerung (vgl. Bömer 2000). Überspitzt kann sogar die Frage gestellt werden, ob eine Clusterpolitik überhaupt eine *regionalpolitische* Strategie darstellt, oder ob es sich nicht um eine Strategie auf Bundesländer und Bundesländer übergreifender, also nationaler und europäischer Ebene handelt, in der die regionale Ebene zwar einen partiell wichtigen, jedoch insgesamt den Stellenwert einer abhängigen Variable einnimmt.

Neben diesen essenziellen empirischen Ergebnissen der Studie ist der vorgelegte theoretische Zugriff insgesamt wohl durchdacht und in Bezug auf die empirische Methode gut operationalisiert. Die bemängelte geografische Unschärfe des Clusterbegriffs beinhaltet keine grundsätzlichen theorieimmanenten Widersprüche der Argumentation der Autoren, sondern reflektiert nur die geografische Unschärfe des gesamten Clusteransatzes, welche die Autoren in ihrer empirischen Analyse schonungslos offen legen. Gerade diese räumliche Unschärfe hat – so unsere These – dazu geführt, dass er häufig unkritisch von regionalpolitischer Seite propagiert wurde.

Die Autoren nehmen für sich in Anspruch, dass sie für die noch in den „Kinderschuh“ steckende Clusterforschung einen „kleinen Beitrag“ geleistet haben (S. 148). Diese Einschätzung ist sicherlich untertrieben. Bei der vorgelegten Analyse handelt es sich um einen theoretisch, aber auch empirisch wegweisenden Beitrag, und sie ist daher uneingeschränkt empfehlenswert.

Literatur:

- Bömer, Hermann u. a. (2000): Ruhrgebiet in der Krise. Dortmund (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 101).
- Bruch-Krumbein, Waltraud, Elke Hochmuth (2000): Cluster und Clusterpolitik. Begriffliche Grundlagen und empirische Fallbeispiele aus Ostdeutschland. Marburg.
- Hellmer, Friedhelm, Christian Friese, Heike Kollros, Wolfgang Krumbein 1999: Mythos Netzwerke. Regionale Innovationsprozesse zwischen Kontinuität und Wandel. Berlin.
- Markusen, Ann (1999): Fuzzy Concepts, Scanty Evidence, Policy Distance: The Case for Rigor and Policy Relevance in Critical Regional Studies. In: *Regional Studies* Vol. 33, No. 9, S. 869-884.
- Martin, Ron, Peter Sunley (2003): Deconstructing Clusters: Chaotic Concept or Policy Panacea? In: *Journal of Economic Geography* 3, H. 1, S. 5-35.
- Porter, Michael E. (1990): *The Competitive Advantage of Nations*. New York.
- Rehfeld, Dieter (1998): Produktionscluster. Konzeption, Analysen und Strategien für eine Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik. Habilitationsschrift. Gelsenkirchen.

Anmerkungen:

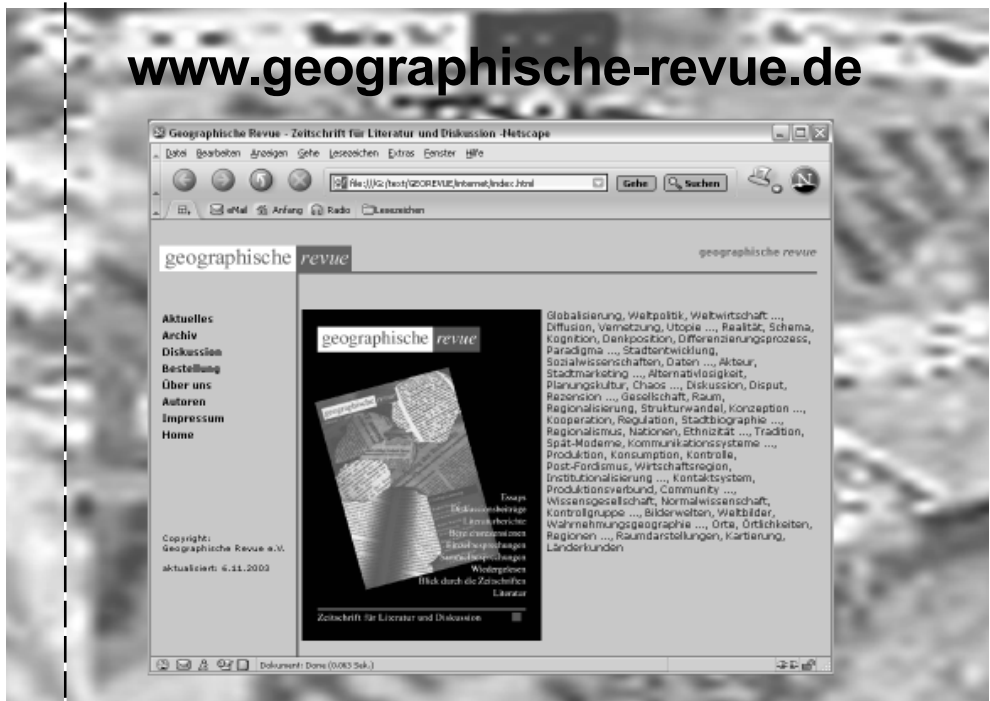
- 1 Warum gerade Porters Konzept einen solch exorbitanten Erfolg und Verbreitungsgrad erfahren konnte, obwohl andere regionalwissenschaftliche Forschungsarbeiten zu ähnlichen, überwiegend sogar präziseren Ergebnissen kamen, wird aktuell von Martin/Sunley (2003) thematisiert. Kurz gesagt, erwies sich Porters Ansatz – so das zentrale Argument – für politische Ansätze neoliberaler Provenienz in hohem Maße praktikabel.

- 2 Für uns wenig überraschend wird die empirische Validität und die Ableitungslogik des Ansatzes im Hinblick auf diesen Tatbestand neuerdings kritisch hinterfragt (vgl. Markusen 1999).
- 3 Die Autoren befinden sich damit in guter Gesellschaft. Auch bei Porter als dem bereits erwähnten Begründer des Clusteransatzes erzwingt die Begriffsentwicklung keine eindeutigen räumlichen Resultate (vgl. Bruch-Krumbein/Hochmuth 2000), was viele regionalpolitische Consultants jedoch nicht gehindert hat, seine Gültigkeit auch für regionale, also kleinräumigere Zuschnitte zu propagieren.
- 4 Diese Aussage von zwei Clustertypen verwundert ein wenig, wurde doch bei den theoretischen Vorüberlegungen dargelegt, dass ein Cluster vertikale *und* horizontale Beziehungen umfasst (vgl. Abb. 1).

geographische *revue*

Aktuelle Themen im Internet ...

www.geographische-revue.de



... diskutieren Sie mit.

Schreiben Sie uns:

redaktion@geographische-revue.de

Gerhard Hard ■

Von einem neuerdings erhobenen konfessionellen Ton in der Geographie

1 Die Sorgen eines Präsidenten

In einem Text mit dem Titel „Die Disziplin der Weißwäscher“ habe ich (1979) versucht, einige epistemische und soziale Merkwürdigkeiten der Disziplin „Geographie“ zu beschreiben und verständlich zu machen¹. Der Text wurde, soweit ich sehe, durchweg als ein zynisches Overstatement empfunden. Was das Urteil „zynisch“ angeht, so muß ich es akzeptieren, wenn es im Sinne der Definition von Ambrose Bierce gemeint ist:

Zyniker, der: Schuft, dessen mangelhafte Wahrnehmung die Dinge sieht, wie sie sind, statt wie sie sein sollten. Hierher gehört die skythische Gepflogenheit, eines Zynikers Augen auszureißen, um seine Wahrnehmung zu verbessern. (Ambrose Bierce: Die gesammelten Geschichten und des Teufels Wörterbuch. Frankfurt a. M. 2000, S. 1038)

Was dann den Vorwurf der Übertreibung betrifft: Erstens hat das sog. Übertreiben auch in der Wissenschaft (neben bedenklicheren) auch zahlreiche positive – heuristische, verständnisfördernde und ästhetische – Funktionen². Und schließlich: Fast jede Nummer des „Rundbriefs Geographie“, also des offiziellen Organs des „Verbandes der Geographen an Deutschen Hochschulen (VGDH)“, überbietet inzwischen meine damaligen Übertreibungen und liefert neue Belege zu meinen alten Hypothesen. Zur Illustration sei das jüngste „Editorial“ des Präsidenten Meusburger im Rundbrief 181, 2003, S. 1 f., herausgegriffen.

Diese präsidientielle Ansprache von Peter Meusburger an alle Hochschulgeographen hat den Titel „Stärkung des Verbandes der Geographen an deutschen Hochschulen“ und beginnt mit der „herzlichen Einladung“, „Mitglied beim ‘Verband der Geographen an deutschen Hochschulen’“ zu werden. Wie sich im Verlauf der Ansprache dann zeigt, hat diese Herzlichkeit aber etwas von der „fürchterlichen Jovialität“ von Ernst Jüngers berühmtem Oberförster an sich.

Er hat beobachtet, „daß weniger als die Hälfte der deutschen Referenten beim Berner Geographentag Mitglied beim VGDH sind“, daß „Nachwuchswissenschaftler“ sich nicht einmal ins „Geographische Taschenbuch“ eintragen ließen und – Höhepunkt dieser Dreistigkeiten – sogar geographische Bewerber für geographische Professuren beobachtet

wurden, die weder seinem Verband (bzw. der DGfG) angehörten, noch überhaupt im Geographischen Taschenbuch eingetragen waren.

Demgegenüber zählt der Präsident die „guten Gründe“ auf, Mitglied seines Verbandes zu werden. Zunächst nennt er zwei „ideelle Gründe“. Erstens brauche der Verband „zusätzliche finanzielle Ressourcen“ für „eine schlagkräftige Interessenvertretung“, „Lobbyarbeit“ und „Werbeaktionen“. Dann folgt der zweite dieser „ideellen“ Gründe, und dieser verdient, als geographiehistorisches Dokument unverkürzt zitiert zu werden:

„Zweitens haben die etablierten Professoren aber auch die Verantwortung, ihre jüngeren Mitarbeiter darauf hinzuweisen, daß bei einer akademischen Karriere [im Fach Geographie] neben wissenschaftlicher Exzellenz in Forschung und Lehre Kriterien wie z. B. das Bekenntnis und Engagement für das eigene Fach eine Rolle spielen. Wir erleben es nicht selten, daß sich [geographische] Nachwuchswissenschaftler bis zu ihrer Habilitation als GIS-Experten oder als Ökologen etc. [!] ausgeben und ihre Zugehörigkeit erst entdecken, wenn sie sich auf eine Professur für Geographie bewerben. Dann werden aus Leuten, deren Herz bisher für andere Fächer schlug, über Nacht plötzlich Geographen, und nach erfolgter Berufung nimmt die Distanz zur Geographie leider wieder zu. Diese Nachwuchswissenschaftler sollten bedenken, daß nicht wenige Gutachter [...] auch das bisherige Engagement für und das Bekenntnis zur Geographie als eines von mehreren Kriterien ihrer Beurteilung heranziehen. Wenn ein Bewerber nicht Mitglied eines der DGfG-Teilverbände ist oder nicht einmal im Geographischen Taschenbuch aufscheint (auch solche Fälle gibt es), stellt sich manchem [!] Gutachter unwillkürlich [!] die Frage: Wie wird sich solch ein/e Kollege/in für das Institut oder das eigene Fach einsetzen? Identifiziert er oder sie sich überhaupt mit der Geographie? [...] Wie solidarisch wird er oder sie gegenüber den Interessen der Geographie sein? Holen wir uns da einen Fremdkörper ins Institut, der dafür sorgen wird, daß die Stelle bei der nächsten Berufung für die Geographie verloren gehen wird?

Je mehr qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber auf eine freie Stelle entfallen, umso mehr werden solche Fragen und Argumente bei der Begutachtung und Reihung der Kandidaten eine Rolle spielen. Denn in der heutigen Zeit kann es sich kein [geographisches] Institut mehr leisten, Kolleginnen und Kollegen zu berufen, die sich nicht mit der Geographie voll identifizieren.“ (Meusburger 2003, S. 1 f.)

Dergleichen kann ein geographischer „Nachwuchswissenschaftler“ wohl nur als Drohung verstehen: Bekenne/identifiziere dich, oder Du fliegst raus. Angesichts der schönen Ungebrochenheit und Authentizität, mit denen unser Präsident seine geographische Vereins- und Stammesmoral (anders gesagt: sein Insistieren auf einer distanzlosen, also dummen geographischen Identität) hier vorträgt, nimmt man ihm auch gerne ab, dass er sich im Interesse seiner eigenen Karriere selber immer strikt daran gehalten hat.

2 Wie man sich bekennen sollte

Gehen wir die Sache pragmatisch an: Wie sollte ein „Nachwuchswissenschaftler“ sich bekennen, womit identifizieren, um ungeschoren davon zu kommen? Für die allfälligen Bekenntnisrituale und Bekenntnisformeln könnte man ihm empfehlen, auf die (Vereinsloyalität signalisierenden) differenzlosen All- und Ganzheitsformeln zurückzugreifen, wie sie typischerweise von verflorbenen, amtierenden und künftigen Vereinspräsidenten (und anderen bekennenden Geographen) in Ansprachen, Homepages und Geographischen Lexika produziert werden, z. B. auf der Homepage 2001 der Deutschen Gesellschaft für Geographie 2001:

„Geographie befaßt sich mit der Erdoberfläche, mit Landschaften, mit den Menschen, mit Standorten sowie mit den materiellen und geistigen Umwelten der Menschen. In der Geographie geht es, sehr allgemein ausgedrückt, um die Welt, in der wir leben.“

– und eben daraus folgt messerscharf: „Die Geographie vermittelt Bildung für das Leben [...] essentiell für das 21. Jahrhundert.“ (ebd.)³

Dieses Bekenntnis unserer Vereinsoberen sollte der bekennende Neophyt vielleicht in methodischer Hinsicht doch noch ein wenig ergänzen, nämlich durch den „Schlüsselsatz der Geographie“, der im Lehrbuch „Humangeographie“ von P.L. Knox und S.A. Marston (genauer: in dessen deutscher Bearbeitung durch Hans Gebhardt, Peter Meusburger und Doris Wastl-Walter von 2001) dem zitierten Geographiebekenntnis unserer Vereinsoberen direkt gegenübersteht und graphisch noch besonders hervorgehoben wird:

„Eine Grundregel der Geographie besagt, dass fast alle Dinge miteinander in Beziehung stehen.“

So ist man in alter und konsequenter Weise vom Alles auf den Allzusammenhang gekommen: aber immerhin deutet sich in dem (nicht weiter erläuterten) Wörtchen „fast“ ein gewisser Erkenntnisfortschritt (um nicht zu sagen: ein Paradigmenwechsel) an – zumindest gegenüber der irdisch-kosmischen *connexio rerum* und Allsympathie der Magier und Hexer, Alchemisten und Astrologen.⁴ Und weil verworrene holistische Hirngespinnste dieser Art zu ihrer Plausibilisierung schließlich immer nach anschaulich-ganzheitlichen Bildern schreien, taucht in der Homepage unserer Vereinsoberen prompt auch die „Landschaft“ auf - als eine noch „viel tiefere Erfahrung“ bei „Ausflügen in naturnahe ländliche Räume“, und wegen alledem wiederum „kommt den Geographinnen und Geographen [im 21. Jahrhundert] eine Schlüsselrolle zu“ – für „Respekt“ und „Verantwortung“, „Nachhaltigkeit“ und „Frieden“, „Gerechtigkeit“ und „kulturelle Toleranz“, überhaupt alles Gute und Schöne in der Welt.

Man sage nicht, das seien eben exoterische Texte, gedacht für einfältige junge Leute, die mental so fürs Geographiestudium präpariert werden sollen, daß (um mit dem Präsidenten zu reden) ihr „Herz“ nie mehr „für andere Fächer schlägt“: Unsere Vereinsoberen reden und schreiben solche Sottisen über die Geographie auch dann, wenn sie ganz Wis-

senschaftler sind. Ihre unsäglichsten Texte allerdings produzieren sie gemeinhin doch als Präsidenten.

Alle ihre Verlautbarungen laufen jedenfalls darauf hinaus (und je bekenntnishafter sie werden, umso mehr), dass die Geographie die Wissenschaft von Allem ist, und zwar die Wissenschaft von Allem in alltäglicher Perspektive - vulgo eben „die [ganze] Welt, in der wir [alle] leben“ (besonders schön z. B. wieder: Blotevogel 2002). Wenn das auch nicht die real existierende Geographie sein mag, so ist es doch die Geographie, zu der die tonangebenden Vereinsgeographen sich bekennen und folglich wohl auch ihre „Nachwuchswissenschaftler“ sich bekennen hören wollen.

3 Verwunderliches

Sicherlich gab es in der Geographie immer schon Bekenntniszwänge und Zwangsbekennnisse, Vereinszwänge und Zwangsvereine dieser und ähnlicher Art (z. B. 1933 ff.); in liberaleren Zeiten (meistens Krisenzeiten, in denen sogar die Bischöfe zu ahnen begannen, daß sie sich mit dergleichen intellektuell disqualifizierten) wurden die einschlägigen Rituale jedoch oft mit mehr Zurückhaltung, ja zuweilen sogar mit Ironie inszeniert.⁵

Kurz, ein Geographiebekenntnis sensu Meusburger ist die Schwund- bis Nullstufe einer Geographiereflexion. Von einem Geographiestudenten z. B. erwartet man doch wohl, daß er bis zu einem gewissen Grade über die Geographie und das Geographische an seinen Themen zu reflektieren vermag; aber man erwartet doch wohl nicht, daß er sich im Examen (oder gar schon vorher) zur Geographie bekennt, seiner „vollen Identifikation“ mit der Geographie glaubwürdig Ausdruck verleiht und zudem noch glaubt, daß seine Mitgliedsbeiträge zu einem geographischen Verein bei der Gesamtnote ins Gewicht fallen werden. Dergleichen würde doch wohl von jedem Hochschullehrer der Geographie günstigstenfalls als Tumbheit, jedenfalls aber als „intellektuell unterm Strich“ gewertet. Ganz anders bei Nachwuchswissenschaftlern im geographischen Berufungsexamen: Was beim Studenten „intellektuell unterm Strich“ wäre, wird nun „bei sonst gleicher Qualifikation“ zum entscheidenden Berufungskriterium – und jedes Räsonnieren, gar Theoretisieren außerhalb der Verbandsphilosophie wird zu einem unkalkulierbaren Risiko. Die Berufung von „voll Identifizierten“ und Bekennenden (bzw. zu Identifikation, Bekenntnis und Vereinsinteressenkonformität gepressten) „Nachwuchswissenschaftlern“ soll diese dann (wie ausdrücklich gesagt wird) dazu verpflichten, auch ihrerseits keine „Fremdkörper“ mehr, sondern nur noch voll Identifizierte und Bekennende (bzw. dazu Erpreßte) zu berufen. Gelingendenfalls wird der Verein dann vor allem durch den (neo)feudalen Tausch „Amt und Privilegien gegen Treue“ sowie durch gegenseitige Erpressung zusammengehalten.⁶

Ist es nicht überhaupt eine etwas merkwürdige Disziplin, wo man die fachliche Identität, Ausrichtung und Tauglichkeit nach Meinung ihres Präsidenten nicht (wie in normalen Wissenschaften) hinreichend daran erkennen kann und soll, was und wie einer geforscht

und publiziert hat und was seine wissenschaftlichen Themen, Theorien und Forschungsräume sind, sondern eher daran, in welchem Verein er klüngelt; wo künftig eine entscheidende, oft sogar die entscheidende Qualifikation für eine Professur ausdrücklich in (wissenschaftlich leeren) Bekenntnissen, Identitätsinszenierungen und „(Vereins)Solidaritäten“ (sensu Meusburger) bestehen soll – und wo die Vereins-Repräsentanten gar nicht mehr auf die Idee kommen, daß Qualifikationen dieser Art eher für religiöse Gemeinschaften (und, in etwas anderer Art, für mafiose Vereinigungen) charakteristisch und funktional sind? In dem alten Text über die „Disziplin der Weißwäscher“ hatte ich meine Vermutungen über die disziplinäre Situation in ein (entlehntes) Bild gebracht:

„Diese Geographen gleichen einer Gruppe von Zechbrüdern, die sich an einen Laternenpfahl lehnen und in ihrer Euphorie glauben, sie hielten das ewige Licht der Geographie aufrecht. In Wirklichkeit halten sie aber nur sich selber aufrecht, und auch das nur, weil die Laterne sie aufrechterhält. Die Institution selbst als solche ist ihr Halt, und so geistesabwesend sind sie auch wieder nicht, um es nicht wenigstens dunkel zu ahnen.“

Nun möchte der Präsident aber (um im Bilde zu bleiben), daß diese Brüder zusätzlich und bei jeder wichtigen Gelegenheit auch noch die Hand aufs Herz legen und zu singen anfangen: „Die Geographie...“ (oder „Der VGDH...“), und wer nicht mitsingt, fliegt raus. Der VGDH sollte bei solchen Projekten aber „Hirschman’s Law“ bedenken: Wo die Querköpfe rausfliegen, verrottet die Firma (vgl. Hirschmann, A.O.: *Exit, Voice, and Loyalty*, Cambridge, Mass., 1970).

4 Identitätsprobleme, oder: Die diskrete Scham, ein Geograph zu sein

Wozu bekennt sich einer, der sich nach dem Willen und im Sinne des Präsidenten „zur Geographie bekennt“; womit identifiziert sich einer, wenn er sich auf die gewünschte Art „mit der Geographie voll identifiziert“? Die Antwort unserer Vereinsgeographen lautete, wie wir gesehen haben, richtig verstanden so: Er bekennt sich zu allem und nichts, und er identifiziert sich mit allem und nichts. Das war ja schon immer der entlastende Charme dieser differenzlosen All-, Ganzheits- und Leerformeln, in denen unsere Vereinsoberen noch immer so gerne schwelgen: Was immer man tun mag, es ist, richtig ausgelegt, jedenfalls immer Geographie.⁷

Der professorable „Nachwuchswissenschaftler“ könnte mit den Blotvogelschen und Meusburgerschen Bekenntnissen trotzdem ein Problem haben: Bekennt er sich auf diese Weise, dann bekennt er sich zwar inhaltlich zu nichts, aber er bekennt sich per definitionem zugleich auch zur Nicht-Wissenschaft und als Nicht-Wissenschaftler – und wenn er nicht ziemlich einfältig oder sehr verdrängungsstark ist, dann merkt er es auch. Was das bloße „Bekennen“ angeht, so müsste er sich bloß ein bisschen korrumpieren; ein Ding der Unmöglichkeit aber dürfte es für ihn sein, sich damit „voll zu identifizieren“. Kein Wunder deshalb, dass der „Nachwuchsgeograph“ zumindest heimlich von dieser

Geographie (und von denen, die mit ihr „voll identifiziert“ sind) nicht viel hält und gerne etwas anderes wäre (oder heimlich sogar schon etwas anderes *ist*): z. B. „GIS-Experte oder Ökologe etc.“

Das Rekonfessionalisierungskonzept des Präsidenten soll auch diesen Mißstand abstellen: Daß jüngere Geographen, bevor der Bekenntniszwang greift, sich so oft nicht als Geographen bekennen, sondern als irgend etwas anderes. Warum aber outet ein junger Geograph sich z. B. als „Ökologe etc.“? Wohl kaum z. B., weil er glaubt, damit Ökologen – oder gar „wirklichen“ Naturwissenschaftlern – imponieren zu können; er tut es z. B., um seinen (Mit)Geographen zu imponieren, und er imponiert ihnen auch, macht sie indessen, wie es scheint, auch rachsüchtig. Hätte der Präsident sonst Anlaß, diesen in seinen Augen schon endemisch werdenden falschen Herzensneigungen und (Teil)Identitäten junger Geographen – in mafiosen Zusammenhängen auch „Verrat“, in religiösen „Konversion“ genannt – existenzbedrohende Maßnahmen anzukündigen?

Die strukturelle Basis des Phänomens liegt auf der Hand. Um nur eines zu nennen: Jeder ambitionierte junge Geograph, der auf irgendeinem Gebiet wissenschaftlich arbeiten will und sich einen Rest von intellektuellem Anspruch und Schamgefühl bewahrt hat, der landet mit sozusagen disziplinhistorischer Notwendigkeit irgendwo außerhalb der Geographie – am besten und in der Regel bei ein bis mehreren etablierten nichtgeographischen Wissenschaften, und wenn er dann z. B. ernsthaft ökologisch arbeitet, ist er von einem „richtigen“ Ökologen bald nicht mehr (oder höchstens noch an ein paar Idiosynkrasien) zu unterscheiden.⁸ So drängt sich in einer diffusen folk science (oder Alltagskosmographie) wie der Geographie jedem nicht allzu tumben jungen Wissenschaftler die Strategie auf, nicht institutionell, aber inhaltlich das Fach zu wechseln: Sobald er etwas Geographisches anspruchsvoll betreibt, landet er ja inhaltlich ohnehin in einer Nicht-Geographie. Meine Uralt-Prognose war, daß solche Fälle sich mehren würden, jedenfalls solange unter jungen Geographen sich überhaupt noch intellektuelle Potenz regt. Dies ist offensichtlich eingetreten. Darunter hat die von mir damals – im Interesse der Geographie wie ihrer Individuen empfohlende – Unauffälligkeit des Vorgangs gelitten, und eben dies hat den Präsidenten alarmiert.⁹

Kurz, den vom Präsidenten beobachteten Opportunismus seiner „Nachwuchswissenschaftler“ habe ich seinerzeit als einen der vielen Symptome eines folk science- und Diffuse Disziplin-Syndroms beschrieben, zu dem (neben der geographietypischen latenten Selbstverachtung, einem konsolidierten Opportunismus und zumindest einem Hauch von Korruption) eben auch die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit gehört, sich mit einer solchen Disziplin zu identifizieren, gar „voll zu identifizieren“ (wie es der Präsident nun von jedermann verlangt).

Daß Geographen ihre geographische Identität gerade auch außerhalb der Geographie gerne „verschämt verschweigen“ (vgl. Rundbrief 182, S. 1), das ist anekdotisch gut belegt und geradezu ein Teil der geographischen Folklore geworden; der Grund liegt aber, wie meine alte, empirisch gut untermauerte Hypothese lautet, nicht oder doch nicht so sehr

darin, dass „die Wahrnehmung [der Geographie] *von außen* [...] nicht selten diffus, antiquiert und dementsprechend negativ ist“¹⁰. Der Grund liegt eher darin, dass die Geographie auch und vor allem *von innen* so wahrgenommen wird – z. B. von den zitierten geographischen Nachwuchswissenschaftlern, aber auch schon von unseren Anfängerstudenten.

Auch gibt es schwierige Grenzfälle dieser Geographieverleugnung bzw. „diskreten Scham, ein Geograph zu sein“. Bruno Latour beschreibt z. B. ein Forscherteam an der Savannen-Urwald-Grenze in Brasilien:

„Edileusa Setta-Silva [...] lehrt Botanik [...]. Armand Chauvel ist [...] Pedologe. [...] Héloïse Filizola, die dritte im Bunde [...] ist *Geographin oder vielmehr, wie sie betont* [...], *Geomorphologin*“.¹¹

Eine Geographin, die „betont“ nicht als „Geographin“, sondern als „Geomorphologin“ etikettiert sein will: Ist die Dame in ihrem „Herzen“ (Meusburger) schon nicht mehr „voll identifiziert“ (und infolgedessen schon unberufbar), oder könnte man hier – im Vergleich mit den Geographen, die sich unsolidarischerweise Ökologen, GIS-Experten „etc.“ nennen – noch ein Auge zudrücken?

Das Projekt des Präsidenten wird schließlich noch dadurch erschwert, dass es in solchen diffusen und heterogenen folk sciences und Alltagskosmographien keine auch nur halbwegs legitimen Sanktionen für Abweichler, Nicht-Identifizierte und Nicht-Bekennende mehr geben kann: Folglich kann Konformität hier nur noch auf illegitime Weise erzwungen werden, z. B. (wie es unserem Präsidenten konsequenterweise vorschwebt) mittels Bekenntnis-, Identifikations- und Vereinszwang unter Androhung des Verlusts der beruflichen Existenz. Ohne Zweifel sind unsere Präsidenten an und für sich tolerante Menschen, aber wenn diese Art von Toleranz etwas sieht, was sie für intolerabel hält, dann wird sie erfahrungsgemäß besonders grausam.

5 Habitusprobleme

Mit seiner schon angesprochenen Jovialität gibt der Präsident dem gutwilligen Nachwuchs aber noch eine echte Chance:

„Ich möchte den Nachwuchswissenschaftlern keinen Vorwurf machen, wenn sie diese Aspekte [ihrer Karriere in der Universitätsgeographie] noch nicht berücksichtigt haben. Aber ihre Betreuer, Doktorväter und Mentoren können ihre Verantwortung, über verschiedene Mechanismen und Regeln einer akademischen Karriere aufzuklären, nicht von sich schieben. Deshalb bitte ich alle Professoren, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu motivieren, dem VGDH beizutreten.“ (P. Meusburger, a.a.O., S. 2)

Er empfiehlt also einen intimen Nachhilfeunterricht für solche „Nachwuchswissenschaftler“, die es immer noch nicht begriffen haben, welches Maß an Opportunismus man von ihnen erwartet. Ich glaube aber, hier überschätzt der Präsident deren Einfalt.

Diese „Mechanismen und Regeln“ einer geographischen Universitätskarriere, die der Präsident dem Nachwuchs endlich beigebracht sehen will, sind vermutlich oft so ziemlich das erste, was ein junger Mann oder eine junge Frau bemerken (sei es mit karrieregerechtem meusburgerschem Wohlbehagen, sei es mit potentiell karriereschädlichem Widerwillen), wenn sie den sozialen Raum der deutschen Geographie betreten (ja oft schon dann, wenn sie ein deutsches geographisches Institut zum ersten Mal von innen erleben). Meusburgers Maximen und Reflexionen – man riecht sie dort förmlich, und diese penetrante Essenz der geographischen Vereinsmoral habe ich, obwohl ich in mehreren Fächern herumgekommen bin, außerhalb der Geographie in solcher Penetranz nie mehr wahrnehmen können. Daß junge Leute mit Verstand und Geschmack (um von der Moral gar nicht zu reden) sich mit einem solchen Verein weder „voll identifizieren“ mögen noch ohne weiteres mit ihm „voll identifiziert“ werden wollen, das kann man doch wohl nicht nur verstehen; man möchte es sogar erwarten dürfen.

Der Leser möge sich auch durch eigene Lektüre des „Rundbriefs“ überzeugen, daß der von unserem Präsidenten projektierte Neue Geographische Sozialisationstyp (NGS) in wesentlichen Stücken wohl nur die verbandsmäßig durchgestylte und von Ausreißern bereinigte Ausgabe eines empirisch wohlbekannten geographischen Habitus wäre, den ich seinerzeit als typisches Produkt einer Disziplin vom Typ „Geographie“ beschrieben habe.

Die Folge der vom Präsidenten angedrohten Auslesepraxis – ein strukturell erzwungener Opportunismus mit entsprechendem Habitus – gilt in der Politikwissenschaft z. B. als ein Typikum totalitärer Regime und ist hierzulande auch aus der empirischen Sozialforschung gut bekannt, z. B. aus Untersuchungen zur Einstellungspraxis von Wohlfahrtsverbänden (die ja mehr oder weniger zu Sozial- und Gesinnungskonzernen geworden sind): Die erfolgreichen Bewerber sind diejenigen, die sich darauf eingerichtet haben, daß sie im wesentlichen daraufhin abgeklopft werden, ob und inwieweit sie verlässlich als RepräsentantInnen des Verbandes und seiner corporate identity funktionieren werden. „Erfolgreiche BewerberInnen orientieren [folgich] ihre Selbstdarstellung an der jeweiligen Verbandsphilosophie und nicht z. B. an einem theoretischen Entwurf“, an ihrem Wissen und ihrer eigenen Erfahrung; diese Orientierung am Geist des Verbandes wiederum werde am besten „durch eine kontinuierliche Sozialisation [d. h. Anpassung] im Verband erworben, und wenn dies der Fall ist, verläuft die Statuspassage typischerweise ohne Aufenthalt durch Arbeitslosigkeit und Stellensuche“.¹²

Unser Präsident wünscht offenbar – vielleicht mit Blick auf seine eigene geographische Sozialisation – auch unter Nachwuchswissenschaftlern eine solche „Auswahl [von Bewerbern] unter dem Primat der Funktionsfähigkeit des Verbandes oder des Konzerns“ zu organisieren. Der dabei geförderte Habitus liegt auf der Hand, aber „man muß auch“, wie ich 1979 formuliert habe, „die Institution im Auge behalten, um gegenüber dem Individuum gerecht zu bleiben“.

Andererseits braucht man die Folgen auch nicht zu dramatisieren; auch ein „Nachwuchswissenschaftler“, der, um eine Geographieprofessur zu ergattern, dem Bekenntnis-

Habitus- und Vereinszwang hinreichenden Tribut gezollt hat, kann unter günstigen Umständen durchaus eine gewisse Unabhängigkeit und sogar Integrität bewahren – vorausgesetzt, er ist sich seiner Lage nicht (oder nur schattenhaft) bewusst, oder er hat ein gewisses Talent zur doppelten Moral, und/oder er ist intelligent genug, im Sinne von Ambrose Bierce ein guter Zyniker zu sein.

Spätestens an dieser Stelle wird man mich dafür kritisieren, dass ich den Präsidenten zu wörtlich genommen habe: Was dieser wirklich einfordere, sei nicht etwa eine Identifikation mit der Geographie, sondern mit seinem Verein; er fordere deshalb auch keine Aussagen ein, sondern einen Habitus, der dafür bürgere, dass der betreffende Kandidat sich in diesem Verein niemals (wie er sagt) als ein „Fremdkörper“ erweisen werde. Kurzum, es komme dem Präsidenten (und, nach seinem Vorbild, auch den geographischen Berufungskommissionen) auf gar nichts Diskursives an, sondern auf habituelle Ähnlichkeit mit dem Präsidenten und den Seinen. Das scheint in der Tat inzwischen auch mir der eigentliche Kern des präsidentiellen Anliegens zu sein.¹³

6 Alternative Lesarten

Heute und zumal postmodern wird allenthalben angemahnt, beim Lesen aller Texte (sogar der schlechtesten und eindeutigsten) deren Lesarten und Interpretationen immer nach Kräften zu vermehren. Vielleicht ist es deshalb auch beim Blick auf die Drohbotschaft unseres Präsidenten nützlich, noch zwei Lesarten nachzutragen, erstens eine (wissenschafts)psychologische, zweitens eine (evolutions)geschichtliche.

Die präsidentielle Identifikation von Wissenschaft und Konfession ist in *psychischer* Hinsicht vielleicht am besten zu verstehen als die vergleichsweise seltene Extremform eines Symptoms, das Georg Christoph Lichtenberg (unter anderem) so beschrieben und gedeutet hat:

„Die hitzigsten Verteidiger einer Wissenschaft, die nicht [den] geringsten scheelen Seitenblick auf dieselbe vertragen können, sind gemeiniglich solche Personen, die es nicht sehr weit in derselben gebracht haben, und sich dieses Mangels heimlich bewusst sind.“ (G. Chr. Lichtenberg: Schriften und Briefe, 1. Bd., Frankfurt a.M. 1994, S. 467; Sudelbücher 1776-79).

Demgegenüber ist Peter Meusbürger ein noch viel „hitzigerer Verteidiger“ seiner Wissenschaft und seines Vereins: Er verlangt nicht nur, dass der „Nachwuchswissenschaftler“ solche scheelen Seitenblicke unterlasse; er verlangt darüber hinaus von jedem Kandidaten die Sicherheit, dass er *niemals* solche Seitenblicke werfen wird (was könnte mit „voll identifiziert“ sonst gemeint sein?). Das Selbstsubversive solcher Nachwuchsförderung liegt leider auf der Hand: Die real existierende Geographie ist nun einmal so konstituiert, dass man, um es mit und in ihr wenn schon nicht weit, so doch ein wenig weiter zu bringen, diese Geographie immer auch „mit scheelem Seitenblick“ auf andere Möglichkeiten hin

(seriöser terminologisiert: als Dekonstruktivist oder als Beobachter 2. Ordnung) betrachten *muß*, z. B. die (Geo)Ökologie der Geographen von der „richtigen“ Ökologie, die Sozialgeographie von den Sozial- und die Wirtschaftsgeographie von den Wirtschaftswissenschaften her (usw. usf.).¹⁴

Interessanter noch als eine (disziplin)psychologische scheint mir jedoch eine evolutionäre Perspektive auf unseren Präsidenten und seinen Geographenverein zu sein:

„Das menschliche Gehirn (auch heutiger seignoraler, berufender Wissenschaftler) hat sich in seiner Grundstruktur seit 10 000 Jahren nicht verändert. Es ist basal durch die sapientale Stammesgeschichte geprägt: Im Überlebenskampf der Jäger- und Sammlerhorden zählten primär nicht abweichende Ideen, sondern Präsenz und Bereitschaft der bedingungslosen Unterstützung der eigenen Kleingruppe. Dieses Wahlmuster ist anthropologisch tief in uns verankert und mag für die empirischen Tatsachen von Vetterwirtschaft und Hausberufungen anstelle der Prämiierung von Selbständigkeit mitverantwortlich sein.“ (Peukert, H. in: *Forschung und Lehre* 12, 2003, S. 659)

Mehr noch als die Beispiele des eben zitierten Autors erinnern die geographiepolitischen Visionen unseres Präsidenten an die Gepflogenheiten einer Menschenhorde im urzeitlichen Überlebenskampf: Wenn es nach dem Präsidenten ginge, würde bald jede Berufung zu einer Art Hausberufung seines Vereins – mittels eines Initiationsschwurs auf bedingungslose Unterstützung der eigenen Kleingruppe und einer Art archaischer Verschmelzung (volle Identifikation!) des Neophyten mit der Kollektivseele dieses Vereins. Kurzum, der Präsident regrediert ins Paläolithikum; offenbar sieht er seiner Geographie das Wasser so bis zum Halse stehen, dass es sich (wie er sagt) „in der heutigen Zeit kein geographisches Institut mehr leisten kann“, zivilisatorisch höher entwickelte Verfahren der Nachwuchsrekrutierung und Selbstergänzung anzuwenden.

Insofern steckt in der Tiefe seines Textes auch ein respektables Anliegen: das Anliegen, die Geographie zu retten. Wenn die deutsche Universitätsgeographie denn unbedingt gerettet werden muß: Erstens ist die Rettungsidee des Präsidenten (wie angedeutet) tendenziell ein selbstsubversiver Versuch des Unmöglichen, und zweitens: Rettung oder Untergang der Geographie (was immer das sein mag) werden sich (wie so vieles) nach aller Wahrscheinlichkeit hinter dem Rücken der Phantasmen und Mätzchen unserer Vereinsoberen ereignen. Realistischer als die Meusburgersche Rettungsidee scheint mir demgegenüber eine presidential address auf dem „Kongress der Weißwäscher“ gewesen zu sein:

„Meine Freunde, ich bin aufgewachsen in der besten Tuischule des Landes, ich beherrsche die tuistische Literatur, ich diskutiere seit zwanzig Jahren mit den bedeutendsten Tuis alle Ideen, die China retten könnten. Meine Freunde, es gibt keine.“ (B. Brecht, *Turandot oder Der Kongreß der Weißwäscher*)

7 Alternative Methoden, die Geographie zu retten

Das mag manchem zu defaitistisch klingen. Dann sollte er z. B. über folgendes nachdenken: Wie müssten die Rahmenbedingungen aussehen, unter denen geographische Berufungskommissionen und Vereinspräsidenten gezwungen wären, ein vitales Interesse daran zu entwickeln, jeweils den besten auszusuchen (statt vor allem ihren geographischen Habitus fortzupflanzen)? Diese Frage führt hier aber auf ein zu weites hochschulpolitisches Feld, und die mir bekannt gewordenen Vorschläge klingen hierzulande utopisch. Deshalb liegt es nahe, auf eine zweitbeste Lösung auszuweichen.

Während der Präsident im großen und ganzen nur zum System erhebt, was in der Geographie so ähnlich ohnehin schon läuft, hat z. B. folgende alternative Rettungsidee (die ich wieder aus „Forschung und Lehre“ entleihe) zumindest den Charme des Neuen: Statt einer Meusburgerschen Rettung der Geographie durch systematische Produktion von intellektuellen Monokulturen (Monokulturen aus voll identifizierten bekennenden Geographen) eine Rettung der Geographie durch systematisches Einschleusen einer Anzahl von Nicht-Identifizierten und Heterodoxen.

In den üblichen geographischen Berufungsverfahren sind die wesentlichen Merkmale eines aussichtsreichen Kandidaten bekanntlich: auf der „persönlichen“ Ebene eine wohl-dosierte Nettigkeit und Fähigkeit zu strategischem Opportunismus (wie könnte er sonst z. B. glaubwürdig bekennen?), auf der „intellektuellen“ Ebene eine gewisse, freilich auch nicht zu penetrant aufgetragene Harmlosigkeit, zumindest Unkompliziertheit und gute Vorhersagbarkeit seiner Gedanken (als prognostisches Zeichen seiner künftigen Linien-, Paradigmen- und Vereinstreue).

Bekanntlich ist der Zugang zu privilegierten Positionen gegenüber den offiziellen (Leistungs)Kriterien umso stärker verzerrt, je geschlossener der Kreis der Entscheidenden und je informeller die wirklich entscheidenden Kriterien sind. Im Konzept des Präsidenten ist für beides strikt gesorgt: die Auswahlgremien bestehen für ihn ausdrücklich aus „voll identifizierten Kollegen“ und sein Hauptkriterium ist, wie wir interpretativ erschlossen haben, schlechthin informell: metaphorisch gesprochen, ein habitueller Geruch.¹⁵ Das garantiert der Hochschulgeographie zumindest in relativ ruhigen Zeiten mit übersichtlichen Verhältnissen die Geschlossenheit einer Ehrenwerten Gesellschaft.

Zumindest produziert es tendenziell intellektuelle Milieus, die unrettbar sklerotisiert sind. Wie aber schleust man hier systematisch ein rettendes Element von Überraschung und Irritation, Innovation und wirklicher Konkurrenz ein, überhaupt all das, was man im Wissenschaftsprozeß zumindest in abstracto so viel höher schätzt als die genannten Meusburgerschen Leitsterne geographischer Berufungskommissionen: also z. B. diskursive Unabhängig-, ja Widerspenstigkeit, die Freude am Dissens sowie den Spaß an der Falsifikation und Vermehrung bestehender Meinungen? Indem man (wie Peukert a.a.O. nach dem Vorbild der attischen Demokratie anregt) zumindest bei einer bestimmten Anzahl, sagen wir, bei einem Drittel der Berufungsfälle, nicht nach Meusburgerschen und verwand-

ten Kriterien eine oder einen *auswählt*, sondern (z. B. unter den habilitierten Bewerbern) eine oder einen *auslost*.¹⁶ Dadurch käme vermutlich eine evolutionär fruchtbare, mutationsanaloge Zufallskomponente in die Evolution der Geographie hinein, die das nach Meusbürgerschen Kriterien homogenisierte geographische Milieu durch ungewohnte (und sonst schon im Vorfeld der Verfahren eliminierte) Elemente, Sicht- und Denkweisen aufmischen würde, und der Effekt wäre vermutlich ein ungeahnter, vielleicht sogar rettender Aufschwung der geographischen Wissenschaft.¹⁷

Dieses Losverfahren könnte zumindest informell eingeführt werden. Wie auch immer das Los fiel: Im Rahmen der geographieüblichen Begründungsstandards ließen sich auch solche ausgelosten Berufungsvorschläge mühelos als die bestmögliche Wahl begründen, in der Regel überzeugender und mit reinerem Gewissen als die meisten geographischen Berufungen.

Zweifellos gibt es funktionale Äquivalente für das Losverfahren, z. B. unerwartete disziplinhistorische Turbulenzen mit entsprechenden berufungspolitischen Kontrollverlusten des Geographenvereins. Diesen Fall scheint Dietrich Bartels im Auge gehabt haben, als er meine verwunderte Frage, wieso gelegentlich sogar Typen wie er auf einem geographischen Lehrstuhl gelandet seien, so beantwortete: „Ein paar Mal haben die nicht aufgepasst“. Damit muß aber jetzt endgültig Schluß sein, sagt der Präsident.

8 Ein (ein!) Leserbrief

Als Merkmal der Disziplinen vom Typ „Geographie“ habe ich seinerzeit (1979 und 1982) auch das Absenken der intellektuellen und moralischen Schamswellen genannt; meine soziale Phantasie reichte aber damals noch nicht bis zu dem geistigen Ort, von dem her der Präsident im Rundbrief 181 über die künftige Kontrolle der geographischen „Nachwuchswissenschaftler“ räsontiert. Ich hielt dergleichen durchaus für eine Latenz und Tendenz in solchen Disziplinen, glaubte aber (irrtümlich, wie sich jetzt zeigt), daß es in der Disziplinöffentlichkeit nicht kommunikel sei oder höchstens hie und da informell und face to face mitkommuniziert werden könnte. Insofern fühle ich mich durch das Editorial des Präsidenten nicht nur im großen und ganzen bestätigt, sondern auch in einem wesentlichen Punkt widerlegt (um nicht zu sagen: überboten). Danke, Herr Präsident!

In meinem geographischen und außergeographischen Bekanntenkreis fand sich niemand, der die Ansprache unseres Präsidenten im Rundbrief 181 nicht „unsäglich“ oder „unterm Strich“ gefunden hätte. Das war natürlich eine schmale und selektive Stichprobe. Kritische Leserbriefe konnte man nicht erwarten, am wenigsten von „Nachwuchswissenschaftlern“. Überraschend fand sich im Rundbrief 183 dann doch eine Stellungnahme: „Dieses Editorial [des Präsidenten Meusbürger] ist eine bodenlose Unverfrorenheit. Jetzt werden uns die Augen geöffnet für das, was wir immer schon geahnt hatten: Wer nicht im Klüngel mitklüngelt (Zentralkomitee der Deutschen Geographen), ist ein Verräter an der Sache und wird einfach nicht berufen. Die Reihen

werden damit fest geschlossen. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß auf Lehrstühlen für Geographie in Deutschland zunehmend die Regionalliga spielt [...]. Übrigens darf die deutsche Geographie nicht die Beute eines Verbandes werden.“ (Apl. Prof. Dr. H. Strunk, Regensburg)

In meinem Text habe ich versucht, den Klartext der Regensburger Kollegen (und vor allem die „bodenlose Unverfrorenheit“ unseres Präsidenten) ein wenig zu entfalten, d. h. als eine geographiehistorische Normalität zu verstehen. Dabei habe ich mich (wie schon 1979) wieder strikt gehütet, einen ökologischen Fehlschluß zu riskieren und z. B. vom VGDH und seinen Präsidenten (und überhaupt von der Institution) auf die Eigenschaften irgendeiner Person zu schließen. Vor solchen Schlüssen warnt schon eine schöne alte Sentenz: *Senatores romani boni viri, senatus romanus mala bestia*. Oder, um noch einmal Georg Christoph Lichtenberg zu zitieren: Wenn Betbrüder Betschwestern heiraten, dann werden daraus nicht allemal betende Ehepaare.

9 Schlussbemerkung

Soweit mein interpretierender Kommentar zu einer presidential address (eine bisher von Geographiehistorikern noch kaum ausgeschöpfte Quellengattung). Selbstverständlich wird der Interpretierte sich falsch interpretiert fühlen. Eine Interpretation wird aber keinesfalls durch ein Veto des Autors widerlegt, sondern nur durch eine bessere, interessantere, reichere und (für kompetente und unparteiische Interpreten) intersubjektiv überzeugende Interpretation.

Belanglos wäre es schließlich auch, meinen Kommentar „polemisch“ zu nennen (gleichgültig, ob er es nun ist oder nicht); damit würde weder etwas über seinen Inhalt, noch etwas über seinen Wahrheitswert gesagt. „Polemik“ ist der Name für eine stilistische oder rhetorische Option, die seit der Antike empfohlen und gebraucht wird, um das Interesse bestimmter Adressaten zu wecken oder deren Desinteresse unglaubwürdig werden zu lassen. Kurz, man betrachte eine polemische Wendung als einen stilistischen Kunstgriff im Rahmen einer literarischen Aufmerksamkeitsökonomie.

Anmerkungen:

- 1 In: Sedlacek, P. (Hg.): Zur Situation der deutschen Geographie 10 Jahre nach Kiel, Osnabrück 1979, S. 11-44, korrigiert und ergänzt in Hard, G.: Dimensionen geographischen Denkens, Göttingen 2003, S. 133-172, vgl. auch „Studium in einer diffusen Disziplin“, ebd. S. 173-230, zuerst 1982.
- 2 Läßt sich ein Sachverhalt ohne Übertreibung überhaupt klar denken – fragt z. B. A. G. Düttmann (Philosophie der Übertreibung, Frankfurt a.M. 2004).
- 3 Fast deckungsgleich bekennt und identifiziert sich auch der Blotevogelsche Artikel „Geographie“ (2002, S. 14) im neuesten Lexikon der Geographie. In beiden Fällen befasst sich die Humangeographie „mit der Struktur und Dynamik von Kulturen, Ge-

sellschaften und Ökonomien“, die Physische Geographie „mit der Struktur und Dynamik der physischen Umwelt“ dieser Kulturen, Gesellschaften und Ökonomien; beide Geographien zusammen befassen sich also mit allem, aber auch das ist noch nicht alles, denn dazu kommt auch noch, sogar als „fachlicher Kern der Geographie“, „die übergreifende ökologische Betrachtungsweise des Gesellschaft-Umwelt-Verhältnisses“. Unbegreiflich, wozu man – außer dieser Geographie – noch irgend etwas anderes (oder gar noch irgendwelche anderen Wissenschaften) benötigen könnte. Diese ebenso typische wie altherwürdige Geographierhetorik habe ich 1979 unter der Rubrik „argumentatives overkilling“ behandelt; früher war es allerdings eher ein Topos in Texten von bildungspolitisch in die Enge getriebenen Schulgeographen und Geographiedidaktikern.

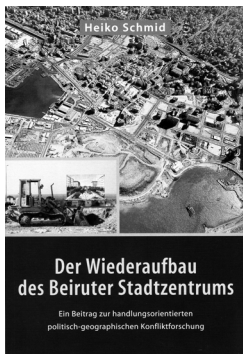
- 4 Eine akzeptable forschungslogische Interpretation dieses monströsen „Schlüsselsatzes der Geographie“ wäre z. B. die Aussage, dass die Geographie (nicht nur keine disziplinen-eigenen Relevanz- und Gegenstandskonstitutionen, sondern auch) keine disziplinären (Orientierungs-)Theorien besitzt, deren heuristische Funktion es sein könnte, zumindest im großen und groben zu umreißen, was (im Rahmen dieses Wissenstyps) denn überhaupt womit verknüpft werden sollte oder könnte. Die übrigen „Schlüsselsätze“ sind vom gleichen Kaliber.
- 5 z. B., als mir um 1970 am geographischen Institut in Marburg nach einem Vortrag (ohne jeden inhaltlichen Zusammenhang) die Gretchenfrage gestellt wurde, ob ich mich denn „überhaupt noch als Geograph betrachte“. Ich antwortete: „Ja, wenn Ihnen das weiterhilft“, und aus meiner prompten Reaktion schließe ich, daß mir die Frage nicht ganz neu war. Weil ich unter den Studenten Unruhe und unter den Kollegen eine gewisse Heiterkeit zu bemerken glaubte, fühlte ich mich sogar animiert, etwa so anzuschließen: „Außerdem ist es nach den üblichen Geographiedefinitionen fast unmöglich, kein Geograph zu sein; eben deshalb bin ja auch ich Geograph geworden.“
- 6 Man kann das auch „die Wiederkehr der geographischen Bischöfe“ nennen, und das heißt hier: Die Wiederkehr der geographie-öffentlichen Geographiebekenner und Reflexionsverweigerer, die dann ihrerseits dafür sorgen wollen, dass nur der gesalbt wird, der auch seinerseits wieder zuverlässig ein Bischof zu werden verspricht.
- 7 Eben deshalb greifen auf diese Formeln (teils augenzwinkernd, teils treuherzig) ja auch solche Geographen gerne zurück, die nach dem, was sie tatsächlich treiben, längst schon das Fach gewechselt haben.
- 8 Um sich die damit verbundenen intellektuellen Unkosten zu ersparen, landen viele Geographen neuerdings statt bei außergeographischen Wissenschaften lieber bei einer (und zwar fast immer derselben) Corona poststrukturalistisch-postmoderner und verwandter Starautoren und Modeartikel, mit denen sie dann umgehen wie mit frühen Geographiepropheten (schöne Beispiele z. B. in P. Meusburger und Th. Schwan, *Humanökologie*, Wiesbaden 2003); das ist aber eine andere Geschichte.

- 9 Die unheimlichen Fachwechsler, denen es jetzt an den Kragen gehen soll, können sich übrigens nicht auf meinen scheinbar subversiven, tatsächlich aber sehr geographiefreundlich ausgedachten Uralt-Ratschlag berufen, „das Fach heimlich, d. h. intellektuell, nicht institutionell, zu wechseln.“ Dieser Vorschlag zur Außenorientierung sollte natürlich – durch die damit verbundenen Kontakte, Importe und Exporte – das Potential der Geographie erhöhen und war jedenfalls nicht als Aufforderung zu einem innergeographischen Imponiergehabe gedacht, das man dann später karrieregeopportunistisch wieder zurücknehmen und wieder aufnehmen kann. Außerdem habe ich damals auch noch anspruchsvollere *alternative* Strategien vorgeschlagen
- 10 Vgl. Leser, H. und Ehlers, E. in: Dies. (Hg.): Geographie heute - für die Welt von morgen, Stuttgart 2002, S. 166, Hervorhebung G. H.
- 11 Latour, B.: Der Pedologenfaden von Boa Vista, in: Rheinberger, H.-J. u.a. (Hg.): Räume des Wissens, Berlin 1997, S. 213-263, Zitat S. 214; Hervorhebung G. H.
- 12 Vgl. dazu zusammenfassend und mit Literaturhinweisen z. B. M. Meuser und U. Nagel, ExpertInneninterviews, in: Garz, D. und Kraimer, K (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung, Opladen 1991, 463 f. sowie Rabe-Kleberg, U. u. a. in Dressel, W., Hg., Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, Nürnberg 1990, 101 ff.
- 13 Dieser geographische Habitus kann in der Tat ebenso verlässlich wie valide identifiziert werden, nicht nur vom Präsidenten und von geographischen Berufungskommissionen, sondern z. B. auch von mir; in volkstümlicher Metaphorik: auch ich rieche diesen „Stallgeruch“, spüre die zugehörige „richtige Chemie“ und habe bei der Begegnung mit diesem Habitus ein untrügliches „Gefühl im Bauch“.
- 14 Wenn wir schließlich die Meusburgersche Einforderung einer *öffentlich* deklarierten distanzlosen, also dummen Geographieidentität zusammensehen mit der empirisch nachweisbaren *diskreten* Schamkultur und Selbstverachtung der Geographen, dann können wir das Lichtenberg-Theorem leicht mit dem Theorem der kognitiven Dissonanz (bzw. kognitiven Distanzbewältigung) verbinden; der Inhalt der präsidentiellen Botschaft bekommt dann sogar eine gewisse psychische (hier: geographiepsychologische) Zwangsläufigkeit – als eine „Wiederkehr des Verdrängten als sein Gegenteil“.
- 15 Jedenfalls soll, wie der Präsident ausdrücklich mitteilt, „wissenschaftliche Exzellenz in Forschung und Lehre“ keinesfalls ausreichen, um in der Geographie eine Berufungschance zu bekommen, und auch schon über diese „Exzellenz“ sollen die gleichen „voll identifizierten“ Geographiebekenner befinden, die dann auch über die „volle Identifikation“ und das „Herz“ des Kandidaten urteilen. Man sage also nicht, dass das habitusbezogene Kriterium der „vollen Identifikation (mit dem Geographenverein)“ doch nur bei „sonst gleicher Qualifikation“ oder (wie der Präsident sagt) „Exzellenz“ greifen sollte; jedermann weiß, dass die Frage „gleicher Qualifikation“ oder „Exzellenz“ „in der Praxis kaum justiziabel ist“ und in der Regel zum Spielball anderer Kriterien wird (so z. B. die Generalanwältin am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft in: Forschung & Lehre 12, 2003, S. 642).

- 16 Die attische Demokratie pflegte bekanntlich mit durchweg gutem Erfolg fast alle öffentlichen Ämter auf eben diese Weise auf Zeit zu vergeben; Voraussetzung war im wesentlichen nur „das volle Bürgerrecht“ der Bewerber. Das könnte man in unserem Fall z. B. mit „Promotion und Habilitation“ übersetzen, sogar mit „wissenschaftlicher Exzellenz in Forschung und Lehre“ (Peter Meusburger), vorausgesetzt natürlich, die Interpretation dieses Kriteriums wird der Willkür entzogen, was aber, wie ich 1979 und 1982 gezeigt habe, gerade innerhalb der Geographie fast unmöglich ist. – Man vgl. zum Losverfahren z. B. auch die Glosse eines FAZ-Journalisten (10.12.2003, S. 33), die im Namen des gesunden Menschenverstandes allerdings fast alle Pointen des Vorschlags verpatzt.
- 17 Der zitierte Autor treibt die evolutionäre Metaphorik noch weiter: „Es hätte sicher keine nennenswerte Evolution stattgefunden, wenn bestehende Populationen darüber zu entscheiden gehabt hätten, ob ihre Rivalen [...] zugelassen werden sollen oder nicht. Im Wissenschaftsbetrieb ist dem allerdings so: Etablierte Wissenschaftler [und Ideen-] Populationen entscheiden über ihre potentielle Konkurrenz. Dies fördert die Stabilisierung des Alten zu Lasten des Neuen.“ (Peukert a.a.O., S. 659).

Einzelrezensionen

Heiko Schmid: Der Wiederaufbau des Beirut Stadtzentrums. Ein Beitrag zur handlungsorientierten politisch-geographischen Konfliktforschung. Heidelberg 2002 (Heidelberger Geographische Arbeiten 114). 284 S.



Der große Einfluss, den private Investoren auf die Bebauung des als „Potsdamer Platz“ bezeichneten Areals im Berlin der 1990er Jahre hatten, wurde vielfach als Indiz für

eine „Privatisierung der Stadtentwicklung“ interpretiert und kontrovers diskutiert. In Beirut wurde fast zeitgleich der Wiederaufbau des gesamten historischen Stadtzentrums auf eine private Aktiengesellschaft übertragen. Der Vergleich mit dem „Potsdamer Platz“-Areal, das immerhin zeitweilig die größte privatwirtschaftliche Baustelle in Europa war, veranschaulicht die Dimensionen des Beirut Wiederaufbaus: Während am Potsdamer Platz ca. 10 ha im Rahmen eines *public-private-partnerships* neu entwickelt und bebaut wurden, wurde in Beirut das Eigentum der gesamten historischen Altstadt – zusammen mit einigen Aufschüttungen fast 180 ha – an die Aktiengesellschaft SOLIDERE übertragen. Das

von dem saudisch-libanesischen Bauunternehmer und zeitweiligen Ministerpräsidenten des Nachkriegslibanon, Rafiq Hariri, begründete Unternehmen entwickelt seit 1994 den Wiederaufbau des Gebietes, das bis zum Bürgerkrieg (1975-1990) die meisten innerstädtischen Funktionen beherbergte und als Zentrum der Hauptstadt eine hohe symbolische Bedeutung hatte und hat. Angesichts dieser symbolischen Bedeutung und der Dimension des Projektes verwundert es nicht, dass die Etablierung und die Arbeit der SOLIDERE sich vielfältigen Widerständen stellen musste.

Im Rahmen seiner am Geographischen Institut Heidelberg entstandenen Dissertation arbeitet Schmid die Konflikte um den Wiederaufbau des Beirut Stadtzentrums auf. In der Einleitung formuliert er drei zentrale Fragenkomplexe:

- Wer sind die Akteure im Konflikt um den Wiederaufbau und welche Ziele und Motive besitzen sie?
- Welche Rollen spielen die unterschiedlichen Machtressourcen und inwiefern wirken gesellschaftliche Regeln auf die Akteure?
- Welche Strategien, strategischen Leitbilder und Planungsentwürfe werden für den Wiederaufbau instrumentalisiert?

Schmid bettet seine Arbeit in eine „handlungsorientierte politisch-geographische Konfliktforschung“ ein. Dazu setzt er sich im zweiten Kapitel zunächst mit theo-

retischen Ansätzen der Handlungs- und Strukturierungstheorie auseinander, wie sie v. a. von Werlen in die deutschsprachige Humangeographie getragen wurden. Gut informiert entwirft Schmid einen Überblick über einige Schwerpunkte der aktuellen sozialgeographischen Diskussion, wobei allerdings für die Publikation der Arbeit einige Kürzungen möglich gewesen wären. Anschließend entwickelt er aus verschiedenen Ansätzen des Konstruktivismus und in Anlehnung an Gregorys „*geographical imaginations*“ sowie Reubers „strategische Raumbilder“ das Konzept der „strategischen Wirklichkeitsentwürfe“.

In überzeugender Weise leitet Schmid aus dieser so konzipierten „konstruktivistisch geprägten Handlungstheorie“ die Leitlinien für die Konfliktanalyse in Beirut ab und entwirft im dritten Kapitel ein Forschungsdesign, das der konzeptionellen Verortung in der Handlungstheorie entspricht: Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten Akteursgruppen bilden die Basis einer Re- und Dekonstruktion der Konflikte um den Wiederaufbau, die durch die Auswertung von Presseberichten und grauer Literatur ergänzt wird. Darüber hinaus fließen eine standardisierte Befragung von 400 Beirutis auf Basis einer Flächenstichprobe in den zentralen Stadtteilen sowie geowissenschaftliche Untersuchungen in die Analyse ein (insbesondere die Auswertung von Luftbildern verschiedener Zeitpunkte).

Im vierten Kapitel schildert Schmid die Ausgangssituation für den Wiederaufbau: die Zerstörungen im Beiruter Stadtzentrum während des Bürgerkrieges, aber auch die Pläne zum Wiederaufbau, die in längeren

ruhigen Phasen entwickelt wurden. Diese Darstellung setzt sich dann im Kapitel 5 fort; hier zeigt der Autor, wie bereits in den ersten Monaten nach dem Ende der Kämpfe die legislativen Weichen für das Wiederaufbauprojekt gestellt wurden und die Aktiengesellschaft 1992 gegründet werden konnte.

Kapitel 6 ist das „Herzstück“ der Arbeit: Außer dem Hauptinitiator des Wiederaufbauprojektes, Rafiq Hariri, und einigen ihm direkt zugeordneten Institutionen identifiziert Schmid zunächst ein „Netz der [oppositionellen] Akteure“: christliche und muslimische Stiftungen, schiitische Bürgerkriegsflüchtlinge im Stadtzentrum, Mieter und Eigentümer, die Denkmalschutzorganisation APSAD sowie eine lose verbundene Gruppe von Wissenschaftlern und Künstlern. Anschließend re- und dekonstruiert Schmid den Verlauf von fünf Teilkonflikten zwischen Rafiq Hariri bzw. der SOLIDERE und einer oppositionellen Gruppe. In einem gesonderten Abschnitt setzt er sich mit dem „Kampf um die strategischen Leitbilder“ in den Medien auseinander. Hier fließen die Ergebnisse der standardisierten Befragung zur Akzeptanz von SOLIDERE in der Beiruter Bevölkerung sinnvoll in die Analyse ein. Hinter die Darstellung der Teilkonflikte stellt Schmid jeweils einen Abschnitt, in dem er die Handlungsstrategien der jeweils beteiligten Akteure kurz zusammenfasst, die jeweilige Forschungssituation transparent macht und seine Darstellung vor diesem Hintergrund reflektiert. So kann der Leser nicht nur „hinter die Kulissen“ der didaktisch geschickt differenzierten Teilkonflikte schauen, sondern erfährt auch etwas darüber, auf

welche Weise und inwieweit die jeweiligen Konflikte im Forschungsprozess re- und dekonstruiert werden konnten.

Als Zwischenergebnis präsentiert Schmid in Kapitel 7 ein Schema der Akteure und ihrer Interaktionen in der ersten Phase des Wiederaufbaus, welches die zentrale Rolle Rafiq Hariris veranschaulicht.

Folgerichtig diskutiert Schmid daher, inwieweit der zeitweilige Verlust des Ministerpräsidentenamts (1998-2000) das Projekt Rafiq Hariris gefährdete. Das Ergebnis der Konflikte beurteilt Schmid aber trotz einiger Probleme in dieser Phase un-zweideutig: „Die Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau (...) konnte Hariri eindeutig für sich entscheiden.“ (S. 266) Der Erfolg des Gesamtprojektes ist allerdings nicht zuletzt auch von der wirtschaftlichen Entwicklung im Nahen Osten und im Libanon abhängig sowie von der Rolle, die der Standort Beirut dabei spielen wird. Daher ergänzt Schmid im achten Kapitel die Analyse der Konflikte durch eine Darstellung der Verkaufs- und Gewinnentwicklung sowie der Aktienkurse der SOLIDERE und diskutiert die Perspektiven des Wirtschaftsstandorts Beirut.

Die Arbeit von Schmid ist im internationalen Kontext nicht die einzige wissenschaftliche Publikation, die sich mit dem Wiederaufbau des Beirut Stadtzentrums beschäftigt. Am französischen Forschungszentrum CERMOC in Beirut war in den 1990er Jahren sogar eigens eine kleine Abteilung geschaffen worden, die sich mit der Stadtentwicklung und insbesondere dem Wiederaufbau beschäftigt. Die Dissertation hebt sich aber in mehrfacher Hinsicht von vielen dieser Publikationen ab: Schmid

präsentiert auf der Basis seiner umfangreichen empirischen Arbeiten vor Ort ein vielschichtiges Detailwissen, das sich angenehm von vielen weitgehend essayistischen Veröffentlichungen abhebt. Der Qualität der Arbeit kommt dabei zu gute, dass sich Schmid schon seit 1995 zunächst im Rahmen einer Diplomarbeit mit dem Wiederaufbau des Beirut Stadtzentrums beschäftigt und so die Entwicklung über mehrere Jahre begleiten konnte. Die Dissertation ist handwerklich hervorragend gemacht und sinnvoll mit Luftbildern, Plänen und eigenen Karten illustriert. Zudem liest sich die Arbeit gut – insbesondere die Konfliktanalysen sind über weite Strecken „spannend“. Nicht zuletzt sind die empirischen Arbeiten überzeugend in ein theoretisch-konzeptionelles Gerüst eingebaut.

Man muss schon sehr genau schauen, um überhaupt Kritik an der Arbeit äußern zu können – diese sei daher hier auch eher als zwei Vorschläge dargestellt:

Im Gegensatz zu einigen anderen handlungstheoretisch konzipierten Arbeiten, differenziert Schmid zwischen individuellen Akteuren und kollektiven Akteuren. Im Theorieteil schreibt er: „Hinsichtlich der unterschiedlichen Zielebenen und Handlungsstrategien spielt die Konstitution kollektiver Akteure eine besondere Rolle“. Vor allem aus didaktischen Gründen könnte es reizvoll sein, in der Darstellung der Teilkonflikte verschiedene „Konstitutionstypen“ kollektiver Akteure zu unterscheiden. So mag der geringe Erfolg der Gruppe der „oppositionellen Wissenschaftler und Künstler“ nicht zuletzt auch damit zusammenhängen, dass sie als „aggregierte Akteure“ anzusprechen sind, die individuell

handeln, weitgehend individuell über Ressourcen verfügen und deren individuell unterschiedlichen Ziele sich nur teilweise decken. Erfolgreichere Oppositionsgruppen wie die „schiitischen Flüchtlinge“ profitierten hingegen davon, dass die schiitischen Parteien Amal und Hizballah „korporative Akteure“ sind, die als Organisation hierarchische Entscheidungen treffen können, d. h. als Organisation Ziele definieren und verfolgen.

Wie die Analyse von Schmid eindrucksvoll zeigt, sind die Konflikte um den Wiederaufbau des Beirut Stadtzentrums nur dann nachvollziehbar, wenn man sich intensiv mit dem spezifischen Akteuren und ihren Interaktionen auseinandersetzt. Nach Ansicht des Rezensenten wäre es aber dennoch interessant, den Wiederaufbau des Beirut Stadtzentrums auch vor

dem Hintergrund übergeordneter Entwicklungen zu beurteilen. So ist ja die Verbreitung privatwirtschaftlicher Organisationsformen zur Entwicklung und Regulierung städtischer Räume ein Schwerpunkt aktueller Stadtforschung. Eine Beurteilung des Wiederaufbaus in Beirut vor dem Hintergrund der Diskussion um neue Formen der *urban governance* könnte die Anschlussfähigkeit der Forschungsergebnisse daher weiter erhöhen.

Fazit: Die Dissertation hinterlässt einen hervorragenden Eindruck. Schmid zeigt eindrucksvoll das Potential einer konstruktivistisch orientierten, handlungstheoretischen Konfliktforschung. Seine Arbeit ist damit für einen Leserkreis zu empfehlen, der weit über diejenigen hinausreicht, die sich mit dem Libanon beschäftigen.

Georg Glasze

Beate Lohnert: Vom Hüttendorf zur Eigenheimsiedlung. Selbsthilfe im städtischen Wohnungsbau – Ist Kapstadt das Modell für das Neue Südafrika? Osnabrück 2002 (Osnabrücker Studien zur Geographie, Band 24). 303 S.



Auch fast zehn Jahre nach der großen politischen Wende in Südafrika ist die Versorgung der Bevölkerung mit adäquatem Wohnraum noch immer eine der größten

politischen Herausforderungen der Postapartheidsgesellschaft. Wie Beate Lohnert in der Einleitung zu ihrer Habilitationsschrift zu Recht klarstellt, müssen Wohnungspolitik und Wohnraumplanung als zentrales Element der südafrikanischen Desegregations- und Integrationsbemühungen begriffen werden. Eine Auseinandersetzung mit der Wohnungsbauproblematik kann daher ein Schlüssel zum Verständnis der komplexen gesellschaftlichen Transformationsprozesse sein, die sich seit Beginn der 1990er Jahre in Südafrika vollziehen. Das Beispiel des Selbsthilfewohnungsbaus in Kapstadt dient Lohnert aber zugleich auch als Ausgangspunkt für eine kritische Würdigung von *Self-help*-Konzepten, wie

sie generell in zahlreichen Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit als Vehikel zur Überwindung sozialer Polaritäten und als Partizipationsinstrumentarien propagiert werden.

Zu Beginn ihrer Ausführungen legt die Autorin ihre wissenschaftstheoretische Position offen, die sich natürlich klar an einer handlungstheoretisch geleiteten Sozialgeographie orientiert, ohne dabei jedoch einem einzigen Paradigma verhaftet zu bleiben. Die *Welfare Geography* und das Analyseraster des Verwundbarkeitsansatzes dienen als konzeptioneller Rahmen der Studie. Da beiden Konzepten das Leitmotiv einer „ungerechten Welt“ und ungleicher Lebensbedingungen sowie ein gewisser normativer Anspruch, diese zu ändern, inhärent sind, bieten sie sich als Grundlage für die Untersuchung von Postapartheidsstrukturen und -prozessen geradezu an.

Dem Fallbeispiel Südafrika vorgeschaltet ist eine kritische Diskussion entwicklungstheoretischer und -strategischer Überlegungen zur Erklärung und Lösung der Wohnraumfrage. Lohnert beschreibt das Phänomen der Informalität, grenzt es vom Slum-Begriff ab und arbeitet dabei gleichzeitig sehr kenntnisreich die Leitlinien funktionalistischer und politisch-ökonomischer Ansätze auf. Im Mittelpunkt stehen hier die Entwicklungsparadigmen und Selbsthilfekonzeptionen der 1970er und 80er Jahre. Die Autorin verweist u. a. auf die Bedeutung der Rechtssicherheit marginaler urbaner Bevölkerungsgruppen, deren Implikationen von vielen Entwicklungsstrategen kaum berücksichtigt wurden. Sie diskutiert die Einführung eines verbindlichen bodenrechtlichen Regelwerks für

Flächen des urbanen Selbsthilfewohnungsbaus und stellt die Probleme heraus, die sich aus individuellen Nutzungsrechten an städtischem Land ergeben – so führt etwa die immer wieder propagierte Maxime „one family – one plot“ zu einem immensen Flächenverbrauch. Hinzu kommt, dass derartige Rechtssysteme den Bedürfnissen der für das subsaharische Afrika so charakteristischen multilokalen Haushalte, die sowohl in urbane als auch rurale Lebenswelten eingebettet sind, kaum entsprechen können. Die an dieser Stelle bereits überzeugend formulierten Zweifel an einer Pauschalwirksamkeit unterstützter Selbsthilfekonzepte werden im zentralen Teil der Studie empirisch untermauert. Es gelingt der Verfasserin, mit der Darstellung der enormen sozio-ökonomischen und territorial verankerten Disparitäten Kapstadts nochmals die großen Herausforderungen zu dokumentieren, denen sich eine auf Desegregation abzielende Stadtentwicklungspolitik zu stellen hat. Neben immensen organisatorischen Problemen werden Stadtentwickler auch mit Korruption und Gewalt konfrontiert, so dass sich insgesamt eine – wie es Lohnert eigentlich untertrieben formuliert – „große Unübersichtlichkeit der Wohnungspolitik“ (170 ff.) ergibt. Auf der lokalen Akteursebene zeigen akribische und sich eines breiten Methodensets bedienende Erhebungen in drei informellen Siedlungen die Sichtweisen und Handlungsmuster der Bewohner/innen von Marginalsiedlungen auf und belegen die Vielschichtigkeit der Probleme von Lebensabsicherung und Wohnungsbau im Postapartheidskontext.

Intra-urbane Migration ist ein weitverbreitetes Phänomen in Kapstadt und scheint von bodenrechtlichen Aspekten zwar beeinflusst, aber keineswegs eindeutig dominiert zu werden. Frau Lohnert führt den Nachweis, dass auch eine erhöhte Rechtssicherheit nicht notwendigerweise zu mehr Standorttreue führt. Im Rahmen der Migrationsforschung besonders interessant erscheint die Lage der Zuzugsregionen („Eintrittsorte“), die nach Kapstadt migrierende Personen wählen. Sie befinden sich – in Abhängigkeit existierender sozialer Bindungen – an unterschiedlichen Orten der städtischen Peripherie. Vertrautheit nicht im räumlichen Sinne, sondern im Rahmen einer Lebensgemeinschaft bzw. sozialen Netzwerkes ist ein zentrales Motiv bei der Wahl des Zuzugsortes. In diesem Zusammenhang thematisiert die Verfasserin nochmals den Aspekt der multilokalen Haushalte und zeigt auf, dass es zwar eine gewisse Persistenz des urbanen Wohnstandortes eines Haushaltes geben mag, dass sich die *Zusammensetzung* des betreffenden Haushalte an diesem Standort jedoch häufig ändert. Daher sind trotz Orts-treue kaum nachhaltige Selbsthilfeinvestitionen zu erwarten, was in herkömmlichen *Self-help*-Programmen allerdings bislang kaum berücksichtigt wurde. Im Schlußkapitel plädiert die Autorin deshalb eindringlich für eine Revision der Selbsthilfekonzepte, die sie als „allzu einfache Lösung für die fast schon ausweglos erscheinende Lage städtischer informeller Siedlungen in der Dritten Welt“ (259) bezeichnet.

Da es Usus zu sein scheint, dass, wer empirisch nachweist, konzeptionell offen-

legt und inhaltlich fundiert kritisiert, zumindest im Rahmen einer Habilitationsschrift auch sofort bessere Lösungen anbieten muss, sieht sich wohl auch die Autorin genötigt, einen entsprechenden Maßnahmenkatalog aufzustellen. Die geforderten Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene (u. a. „rechtsstaatliche Verfassung“ oder „Vorhandensein einer regional angepassten Kultur der Partizipation“; 260 ff.) können sich natürlich – dies ist auch der Verfasserin klar – nur wie ein ernüchternd unkonkretes entwicklungsstrategisches Globalmanifest lesen. Wertvoll sind dagegen die konkreten Hinweise für eine erfolversprechende Umsetzung von Selbsthilfekonzepten auf lokaler Ebene: Viel zu selten werden bestehende interne Organisationsstrukturen von informellen Siedlungen untersucht, bevor unterstützte Selbsthilfe implementiert wird; noch immer fehlt es vielen *Self-help*-Programmen an institutionalisierten Kontrollmechanismen; viel zu wenig tragen diese Programme den Bedürfnissen ihrer Zielgruppen Rechnung, da Haushaltsstrukturen, ökonomische Potentiale, Wissens- und Partizipationskapazitäten, Migrationsmotive usw. im Vorfeld kaum erfasst werden. Die Studie macht immer wieder große gesellschaftliche Konfliktpotentiale deutlich: sowohl eines zwischen bereits länger ansässigen und neu hinzugekommenen Interessengruppen als auch, auf einer ganz anderen Ebene, eines zwischen realen Lebenszusammenhängen und abstrahierten Regelwerken. Als theoretische Basis für die Empirie hätte man sich daher nicht nur Ansätze aus der *Welfare Geography*, sondern auch aus der Konfliktforschung vorstellen können. Die-

se aber auch noch in die Studie zu integrieren, hätte zweifellos den ohnehin schon sehr beeindruckenden Arbeitsaufwand gesprengt. Dieser Hinweis soll daher nicht als Kritik gewertet werden, sondern als Beleg

dafür, dass es der Verfasserin gelingt, mit ihrer Arbeit eine wissenschaftliche Diskussion weit über das Fallbeispiel Südafrika hinaus zu stimulieren.

Fred Krüger

Olaf Schnur: Lokales Sozialkapital für die „soziale“ Stadt. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen 2003. 416 S.



Scheinbar hat es sich der Verlag Leske und Budrich zur Aufgabe gemacht, eine Adresse für Veröffentlichungen zum Stichwort „Soziales Kapital“ bzw. „Sozialkapital“ zu werden. Der Band „Lokales Sozialkapital für die ‘soziale’ Stadt“ von Olaf Schnur ergänzt die Reihe aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen (vgl. Haug 2000, Haus 2002, Kessl/Otto 2003) durch einen Beitrag zur Stadtforschung an der Schnittstelle zwischen Soziologie, Geographie und Politikwissenschaft. Es handelt sich dabei um eine im Fach Geographie an der Humboldt-Universität Berlin eingereichte Doktorarbeit.

Das Buch gliedert sich in eine kurze Einleitung, einen Theorieteil, in einen stadthistorischen Teil, einen empirischen

Teil und ein Kapitel mit Schlussfolgerungen. Ausführlich werden im Theoriekapitel verschiedene Aspekte einer „lokalitätsbezogenen kritischen Stadtforschung“ vorgestellt. Dazu wird zunächst der Kontext moderner Gesellschaftstheorien beschrieben. Im zweiten Abschnitt wird die Entwicklung und Bedeutung der Regulationstheorie in der Stadtforschung diskutiert. Die Regulationstheorie dient hierbei als erkenntnisleitendes und prognostisches Denkmodell (S. 32). Im nächsten Abschnitt werden verschiedene Varianten der Stadtregime-Theorie vorgestellt, die neueren gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen und unter dem Stichwort „urban governance“ Eingang in die Stadtforschung gefunden haben. Von Seiten des Autors wird – trotz zugestandener theoretischer Unvereinbarkeiten – angestrebt, eine Kombination aus Regulations- und Stadtregime-Theorie zu finden. Dazu wird das zentrale Konzept „Sozialkapital“ eingeführt.

Soziales Kapital bzw. Sozialkapital hat sich in der Sozialforschung zu einem gängigen Begriff entwickelt, nachdem James Coleman in den „Grundlagen der Sozialtheorie“ ein theoretisches Konzept ausgearbeitet (Coleman 1990) und Robert Putnam dieses durch „Making Democracy Work“

(1993) und diverse weitere Publikationen populär gemacht hat (Putnam 2001a). Inzwischen haben sich mehrere nahezu unabhängig voneinander existierende Forschungsparadigmen ausdifferenziert. Eine der Forschungslinien bezieht sich auf die Analyse von Beziehungsstrukturen in der Netzwerkforschung (Lin/Cook/Burt 2001), eine andere auf die Ressourcentheorie von Pierre Bourdieu und eine dritte ist durch die Arbeiten von Putnam inspiriert. Vor allem letztere hat in der deutschen Forschungslandschaft Fuß gefasst (Putnam 2001b, Frevert et al. 1999, Gabriel et al. 2002, Haus 2002) Auch das vorliegende Buch ist dieser Tradition zuzurechnen. Sozialkapital basiert demzufolge auf sozialen Netzwerken, auf Normen und auf generalisiertem Vertrauen (S. 61).

Da der von Coleman aufgegriffene Begriff ursprünglich von Jane Jacobs und ihrer stadtsoziologischen Analyse der Funktionen von Nachbarschaftsvierteln stammt, ist die Anwendung auf stadtplanerische bzw. stadtpolitische Thematiken naheliegend. Jacobs führt effektive Stadtplanung vor allem auf Straßenführung und Architektur in Wohngebieten zurück, die das Gemeinschaftsgefühl und die Entstehung von Beziehungsnetzen entscheidend beeinflussen können. In funktionierenden Nachbarschaften ist ihrer Ansicht nach auch ein gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung der Interessen der dort lebenden Bevölkerung wahrscheinlicher als in instabilen, beziehungslosen, monofunktionalen Vierteln. Dieses kollektive Handeln wird durch ein Gemeinschaftsgefühl der in einem Bezirk lebenden Personen ermöglicht. „If self-government in the place is to work,

underlying any float of population must be a continuity of people who have forged neighborhood networks. These networks are a city's irreplaceable social capital“ (Jacobs 1961, S. 138).

Im Gegensatz zu anderen wohlmeinenden, aber romantisierenden Rezeptionen des Sozialkapitalansatzes wird von Schnur nicht vergessen, auf die kritischen Punkte von sozialem Kapital hinzuweisen. Negative Aspekte können unter anderem unerwünscht starker sozialer Druck und die Entstehung von Mafia-Strukturen in dichten sozialen Netzwerken sein. Diese werden aber neben den vielfältigen Funktionen des Sozialkapitals auf individueller und kollektiver Ebene (S. 78 ff.) insbesondere durch die Vorteile der gesteigerten Partizipation der Bewohner innerhalb einer community aufgewogen. Kritikpunkte am Konzept Sozialkapital, die sich auf die diffuse Definition, die fehlende handlungstheoretische Fundierung sowie die Zirkularität der Argumentation der Wirkungszusammenhänge beziehen, wurden schon von verschiedenen Autoren genügend diskutiert und sollen dem Autor nicht angelastet werden. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass es unbefriedigend ist, wenn zum Thema Entstehung und Wirkungsweise von Sozialkapital von Schnur nebulös auf dessen „‘auto-akkumulativen’ Charakter“ hingewiesen wird (S. 88).

Ein Forschungsziel der Arbeit besteht darin, „auf der Basis von Theorien und empirischer Forschung konkrete Ableitungen für die Stadtentwicklungspolitik in ‘Problemquartieren’ zu formulieren“ (S. 90). Das Resultat der theoretischen Analyse besteht in der Synthese eines Ansatzes für

eine theoretische Grundlegung einer „Praxis der sozialen Stadt“. Es werden eine Reihe von Thesen aufgestellt, die an dieser Stelle aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden können, die in dem Fazit münden, dass Sozialkapital (soziale Einbettung in die lokale Community) neben ökonomischem Kapital (Staat, Wirtschaft) und Humankapital (Bildungssystem, Sozialisation) die dritte Dimension der Stadtteilentwicklungspolitik ist bzw. sein kann bzw. sein soll (S. 104). Dieser vage formulierten Aussage kann nichts hinzugefügt oder entgegengesetzt werden. Die begriffliche Neustrukturierung im Rahmen eines Perspektivenwechsels kann eine wichtige Orientierungshilfe in der Stadtentwicklungspolitik sein. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Hoffnung begründet ist, dass sie auch manifeste Folgen auf der Quartiersebene zeigt.

Der Autor legt ein pragmatisches Raumverständnis zugrunde, d. h. es werden Elemente des Behälterraumkonzeptes wie auch des relationalen Ordnungsraumkonzeptes verwendet. Aus diesem Selbstverständnis folgt eine pragmatische Forschungsmethodik. Der letzte Abschnitt des Theoriekapitels widmet sich dieser Methode und dem Problem der Operationalisierung von Sozialkapital (S. 115 ff.). Im Vergleich zu früheren Anwendungen hat sich die Messbarkeit des Konstrukts inzwischen etwas gebessert, so dass die Operationalisierung weitgehend auf den Messinstrumenten früherer Studien basiert. Zu den verwendeten Indikatoren zählen sowohl die gängigen Sozialkapital-Formen wie Vertrauen, Information, Organisation, Normen und Macht als auch speziell auf regio-

nale Aspekte bezogenen Indikatoren wie Raumbezug, Sozialkapitalvolumen im Quartier und Strategiepotenzial. Letztere stehen im Mittelpunkt des Quartiersansatzes, der die Erhebung der Bewohnerpotenziale durch die lokalen Sozialkapital-Ressourcen ermöglichen soll (S. 112 ff.).

Der Anspruch des Autors besteht in der undogmatischen Herangehensweise an unterschiedliche, auch konkurrierende Konzepte (S. 33) und er wird konsequent eingehalten. In diesem Ansatz sowie der theoretischen Fundierung und der consequenten Anwendung im Bereich der Stadtsoziologie liegt die Besonderheit der Arbeit. Insofern eignet sich das Theoriekapitel durch seine Ausgewogenheit auch als Hintergrund für andere Anwendungen oder Fallstudien. Besonders hervorzuheben sind die zahlreichen übersichtlichen Abbildungen und graphischen Darstellungen, die die Zusammenhänge der theoretischen Konzepte wie auch der Ergebnisse der lokalen Regulationsweisen in Moabit veranschaulichen.

Auf 56 Seiten folgt im dritten Kapitel ein, wie der Autor bescheiden schreibt, „kurzer“ Überblick über den Stadtteil Berlin-Moabit; dieser enthält eine Stadtteilgeschichte und eine Beschreibung der Stadtteilstrukturen. Dabei wird zwischen Westfälischem Viertel, Beusselkiez, Stephankietz und Lehrter Kiez unterschieden. Karten, Photographien und statistische Angaben illustrieren die Entwicklung des Stadtteils von 1700 bis heute mit einem Schwerpunkt auf der Industrialisierungsphase. Die Abgrenzung der Viertel im Stadtteil Moabit gehört zu den schwierigen Punkten der empirischen Studie. Die Lö-

sung besteht in einer Mischform aus Grenzen der administrativen Einheiten und der subjektiv durch die Bewohner vorgenommenen Raumkonstruktion (S. 121 f.).

Auch im Hinblick auf Methoden der empirischen Sozialforschung erweist sich der Autor als undogmatisch und pragmatisch. Es wird eine Methoden-Mischung zwischen quantitativen und qualitativen Verfahren verwendet (S. 124 ff.). Eine Bewohnerbefragung wird durch Experteninterviews ergänzt. Das Forschungsdesign ist im Anhang sorgfältig dokumentiert (Fragebogen, Interviewleitfaden). Für die Bewohnerbefragung in Moabit wurde ein schriftlicher Fragebogen verwendet. Es wurden 740 (deutsch-, türkisch- oder arabisch-sprachige) Erwachsene interviewt. Das Sozialkapital wird im Fragebogen u. a. durch Nachbarschaftsnetzwerke, Vereinszugehörigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit gemessen. Im Wesentlichen bestehen die Auswertungen aus deskriptiven Analysen sowie einer Faktorenanalyse, mit deren Hilfe Indizes für einzelne Sozialkapitalformen gebildet wurden. Das Ergebnis sind Charakteristiken der Quartiere hinsichtlich ihrer sozialkapitalbezogenen Ressourcen; hierbei schneidet der Lehrter Kiez am besten ab, gefolgt vom Westfälischen Viertel, Stephanskiez und dem Problemviertel Beusselkiez.

Das größte Problem der methodischen Qualität der Bewohnerstudie hängt nicht mit dem Messkonzept oder der Definition der Quartiere zusammen, sondern vielmehr mit der Stichprobenziehung. Die schriftliche Befragung wurde als face-to-face-Passantenbefragung durchgeführt. Die Vorteile gegenüber anderen Methoden (münd-

liche Befragung, schriftliche Befragung, Telefonbefragung) liegen in der Umgehung des Problems der Grundlage für die Stichprobenziehung angesichts der unklar abgegrenzten Zielpopulation, in der Schnelligkeit der Datensammlung und der höheren Ausschöpfung sowie der Kostenersparnis. Der Nachteil besteht in einer Auswahlverzerrung durch die Befragung des mobilen Teils der Bevölkerung Moabits: Diejenigen, die im Viertel häufig unterwegs sind und zudem vertrauensvoll und kooperativ auf Interviewer reagieren, werden befragt, während diejenigen, die immer oder überdurchschnittlich häufig daheim bleiben, nicht in die Stichprobe gelangen oder somit unterrepräsentiert sind. Die Effekte dieser Verzerrung auf das Ergebnis sind unkalkulierbar; nicht auszuschließen ist, dass es systematische Unterschiede der beiden Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf die soziale Einbettung und die Ausstattung mit sozialem Kapital gibt. Da es nicht unwahrscheinlich ist, dass die im Viertel anzutreffenden Personenkreise auch kontaktfreudiger, engagierter und insgesamt sozial integrierter sind, könnten die Ergebnisse zu einem positiv verzerrten Bild führen.

Im zweiten Teil der empirischen Studie wurden auf der Basis von Vorüberlegungen aus der Regulations- und Stadtregime-Theorie mit Experten Leitfadeninterviews zur Eruiierung möglicher Strategien zur Stadtteilentwicklung durchgeführt. Es wurden 28 Personen und 33 Vertreter von Organisationen befragt; zusätzlich wurden bei zwei Veranstaltungen teilnehmende Beobachtungen durchgeführt. Als Ergebnis wurden die Akteure und ihre Einbettung und Strategien ausführlich beschrieben. Kon-

fliktlinien und Machtstrukturen im Politikfeld werden offengelegt.

Das Fazit in Bezug auf eine sozialkapitalorientierte Stadtteilpolitik in Moabit besteht in der Empfehlung verschiedener Aspekte einer Strukturreform zur „Rettung“ der Problemquartiere wie der Einrichtung eines Förderschwerpunktes Sozialkapital, der Etablierung von Quartiersräten und der Neubestimmung des Verhältnisses des Lokalstaats zum Bürger z. B. durch die Schaffung eines Bündnisses für soziale Stadtentwicklung. Insgesamt stellt das Buch eine gelungene Verbindung theoretischer Ansätze und empirischer Forschung dar; es liefert darüber hinaus Empfehlungen für die praktische Politik und beinhaltet mit der Beschreibung Moabits auch für sich interessante Einblicke in die Stadtgeschichte Berlins.

Literatur:

- Coleman, James S. 1990: *Foundations of Social Theory*. Cambridge, Mass. (deutsch: Coleman, James S. 1991: *Grundlagen der Sozialtheorie, Band 1: Handlungen und Handlungssysteme*. München.
- Frevert, Ute, Rainer Hank, Richard Herzinger, Friedrich Wilhelm Graf, Andreas Platthaus und Stephan Schleissing (Hg.) 1999: *Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft*. Stuttgart.
- Gabriel, Osar W., Jan W. van Deth, Volker Kunz und Sigrid Roßteutscher 2002: *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien.
- Haug, Sonja 2000: *Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland*. Opladen.
- Haus, Michael (Hg.) 2002: *Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde*. Opladen.
- Jacobs, Jane 1961: *The Death and Life of Great American Cities*. New York.
- Kessler, Fabian und Hans-Uwe Otto 2003: *Soziale Arbeit und Soziales Kapital*. Opladen.
- Lin, Nan, Karen Cook und Ronald S. Burt (Hg.) 2001: *Social Capital: Theory and Research*. New York.
- Putnam, Robert D. 1993: *Making Democracy Work*. Princeton.
- Putnam, Robert D. 2001a: *Bowling Alone. The collapse and revival of American community*. New York.
- Putnam, Robert D. (Hg.) 2001b: *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh.

Sonja Haug

Willkommen Nr. 6.000.000.000. Kenia – Vietnam – Deutschland im Vergleich. Video und Begleitmaterialien. Ein Projekt des Westermann Schulbuchverlags und der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW).

Die Weltbevölkerung hat Ende 1999 die Sechs-Milliarden-Grenze überschritten. Dieses Ereignis war der Anlass für den Westermann-Verlag und die DSW, auf die im Jahre 2000 mit dem BMZ-Entwicklungspreis ausgezeichnete Reportage von GEO zurückzugreifen und einen Videofilm zu entwickeln. Aus dem Fotomaterial des Magazins, das während der ein halbes Jahr andauernden Begleitung dreier Familien durch ihren jeweiligen Lebensalltag in Kenia, Vietnam und Deutschland entstanden ist, konzipierten die Projektbearbeiter von Westermann und der DSW eine Art Diatagebuch für jede dieser Familien. Im Mittelpunkt stehen dabei die drei im November 1998 geborenen Kinder Francis Mutia (Kenia), Ha Le (Vietnam) und Paulina (Deutschland) in ihren ersten sechs Lebensmonaten. Der Videofilm wird ergänzt durch eine 26seitige Broschüre mit Unterrichtsmaterialien zum Video.

Die Einleitung des zwanzigminütigen Films konfrontiert den Zuschauer mit den Erwartungen und Hoffnungen der Eltern für ihre Kinder: Für Francis Mutia, als neuntes (ungewolltes) Kind der Familie in einem Entwicklungsland geht es um Substantielles; der Junge soll „nur nicht hungern müssen“. Ha Le als zweites Wunschkind einer Mechaniker-Familie mit kleinem Familienbetrieb aus dem neuen Mittelstand eines sog. Schwellenlandes „soll einen be-

scheidenen Lebensplan erfüllen“. Pauline schließlich als erstes Wunschkind eines jungen Paares aus der oberen Mittelschicht einer westlichen Industrienation „soll rundherum geborgen“ sein.

In den nachfolgenden Sequenzen des Films werden sechs Themen (‘Hygiene und Gesundheit’, ‘Soziale Standards’, ‘Ernährungssituation’, ‘Familiäre Rahmenbedingungen’, ‘Mobilität’ und ‘Bildung’) jeweils im direkten Vergleich der drei Familiensituationen als Grundlagen der sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen vorgestellt. Auf diese Weise können aus mehreren Perspektiven Einblicke vermittelt werden, die sich am Ende zu einem Gesamteindruck von den Lebenssituationen in den jeweiligen Ländern zusammenfügen. Die hier zusammengefassten (und nicht wie im Film thematisch strukturierten) Vergleiche ergeben folgende Bilder von den einzelnen Lebenswelten:

Für Francis Mutia beginnt das Leben in einer afrikanischen Hütte ohne Wasser und Strom. Weil die Krankenstation zu weit entfernt ist, hilft ihm eine alte Hebamme, die als einziges Entbindungsinstrument eine Rasierklinge hat, auf die Welt. Seine Mutter steht drei Tage nach der Geburt wieder auf dem Acker. Sie hat keine Zeit sich zu erholen, weil ihr Mann in Nairobi als Gärtner arbeitet, um die Familie mit Geld zu versorgen. Die Geschwister kümmern sich derweil um das Baby. Francis Mutias Ernährungslage ist gut; er bekommt mehr zu essen als seine Geschwister. Das Bett teilt er mit ihnen. Seine Mutter unternimmt mit ihm einen langen Fußmarsch zur Polio-Impfung im Hospital. Ein gemeinsamer Tag mit dem Vater im 300 km

entfernten Nairobi ist für die Familie ein sehr seltenes Ereignis.

Ha Le wird in einer Klinik in Hanoi geboren; die medizinische Versorgung ist gut. Zu Hause erwarten ihn 30 Quadratmeter Wohnfläche, auf denen drei Generationen leben. Auch der traditionsgebundene Rückzug in 15 Quadratmeter (Mutter und Kind dürfen den Raum während der ersten vier Lebenswochen des Kindes nicht verlassen) wird von niemandem als Enge empfunden. Traditionen wie der Ahnenkult prägen die Privatsphäre der Familie. Ha Les Umgebung ist durch einen gewissen Wohlstand geprägt: Niemand braucht Hunger zu leiden. Mit dem Motorrad werden häufig Verwandte auf dem Dorf besucht. Seine Familie hat den Ehrgeiz, dass er das Gymnasium und die Hochschule besucht.

Paulinas Mutter hat sich durch einen Geburtsvorbereitungskurs auf die Entbindung in der Klinik vorbereitet. Zur Nachsorge kommt eine Hebamme ins Haus. Regelmäßige Untersuchungstermine beim Kinderarzt werden sie durch die ersten Lebensjahre begleiten. Ihre Mutter kann im Supermarkt zwischen 200 Fertiggerichten auswählen. Die Mutter empfindet sich als allein Erziehende; der Vater ist beruflich engagiert und kommt erst spät nach Hause. Dafür verreisen sie dann häufiger mal ein paar Tage. Pauline besucht eine Krabbelgruppe; dort wird ihre frühkindliche Entwicklung gezielt gefördert.

Das Unterrichtsmaterial nimmt gezielt Bezug auf die im Film angesprochenen Sachverhalte und soll gewährleisten, dass die dargestellten Lebenswelten der Kinder in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt werden können. Das im Wesentlichen aus

Texten, Tabellen und Grafiken bestehende Material des Ländervergleichs konzentriert sich auf vier Themen (‘Sozial- und Hygienestandards’, ‘Ernährung’, ‘Bildung’ und ‘Rolle der Frau’) und ist für die oberen Klassenstufen der Sek. I konzipiert. Daneben gibt es jeweils eine Seite mit Hinweisen zur Entwicklung der Weltbevölkerung sowie mit weiterführenden Literatur- und Recherchehinweisen. Der Materialdokumentation vorangestellt sind drei verschiedene projektorientierte Vorschläge zum Einsatz von Film und Material im Unterricht.

Der Westermann-Verlag und die DSW haben mit dem Filmprojekt ein sehr vielfältiges Paket vorgelegt, das es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, durch einen lebensweltlich orientierten Ansatz konkrete Vergleiche vorzunehmen. Der Film konzentriert sich mit seinen Fallbeispielen auf bestimmte soziale Schichten bzw. Milieus und wirft natürlich die Frage auf, inwiefern die in diesen spezifischen Zusammenhängen jeweils geltenden Lebensbedingungen tatsächlich sinnvoll vergleichbar sind (z. B. die ländliche Situation in Kenia mit urbanen Strukturen in Hamburg). Der Film allein wäre sicherlich auch nicht in der Lage, die Zielvorstellung einzulösen, Schüler mögen angeregt werden, „sich näher mit dem Thema Weltbevölkerung zu beschäftigen“. Mit Hilfe des beiliegenden Materials ist es aber durchaus möglich, bevölkerungsgeographische Themen zu bestimmen und mit disparitären wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sowohl in nationalen als auch in weltweiten Kontexten zu verknüpfen. Insbesondere die dem Nachhaltigkeitsgrundsatz verpflichtete Text-

sammlung bietet hier immer wieder reizvolle Angebote, die gezielte lebensweltliche Bezüge und konkrete Beispiele beinhalten, und so durch eine gute Ergän-

zung zu den statistischen Materialien auch für eine zielgruppengerechte didaktische Reduktion sorgen.

Hans-Jürgen Hofmann

Jahrbuch StadtRegion 2002. Schwerpunkt: Die sichere Stadt. Hg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hanne- mann, Werner Petrowsky, Jörg Pohlan. Opladen 2003. 221 S.

Die Themen „öffentliche Sicherheit“ und „Kriminalitätsbekämpfung“ stehen seit mehreren Jahren auf der Liste gesellschaftlicher Themen, die auch im Wahlkampf der politischen Profilierung von Parteien dienen. Die Angst vor Kriminalität und Übergriffen im öffentlichen Raum scheint zuzunehmen: nicht nur in der deutschen Gesellschaft werden Kontroll- und Überwachungstechniken ausgebaut, verdachtsunabhängige Polizeikontrollen an bestimmten Orten verstärkt, während sich reiche Bevölkerungsgruppen in bewachte Siedlungen, Gated Communities, zurückziehen. Unsicherheit und Kriminalität sind in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem ein großstädtisches Thema, das den Staat und die kommunalen Verwaltungen vor neue Herausforderungen stellt. Dies stellt einen Ansatzpunkt dar, dem sich die Stadtforschung widmen kann und sollte. Darüber hinaus ergeben sich bei genauerer Betrachtung eine große Zahl von Fragen, die den Ursprung des allgemeinen Unsicherheitsgefühls betreffen.

Das neue Jahrbuch StadtRegion 2002 widmet sich dem Thema „Sichere Stadt“ in angemessener Breite und tiefgründiger Weise. Es kann vorweg gesagt werden, dass dieses Buch gut gelungen und daher wirklich empfehlenswert ist. Dies liegt daran, dass die vier Beiträge des „Schwerpunktes“ gut aufeinander abgestimmt sind und Überschneidungen vermieden werden. Hinzu kommen ergänzend zwei kurze Beiträge zum Thema in der Rubrik „Analysen und Kommentare“ sowie eine kritische Analyse und Dokumentation der Kriminalitätsstatistik in der Rubrik „Dokumentation und Statistik“. Ergänzt wird das Jahrbuch durch fünf Rezensionen, deren Auswahlkriterien – dies sei hier kritisch angemerkt – nicht ganz nachvollziehbar sind und deren Qualität auch nicht dem Niveau der anderen Rubriken entsprechen.

Der erste Beitrag des Schwerpunktes von Jan Wehrheim betrachtet retrospektiv den Diskurs zu Unsicherheit und Überwachungsstrategien in der Großstadt. Wehrheim stellt heraus, dass die Stadt nicht nur der Ort von Öffentlichkeit und produktiver Differenz, sondern auch einer subjektiv wahrgenommenen Bedrohung und Gefahr ist. Die Großstadtkritik um 1900 bezog sich auf den moralischen Verfall der Städte und die Existenz „gefährlicher Klassen“,

heute sind es die Wohngebiete der 'Underclass', auf die eine Gefahr projiziert wird. Wehrheim weist darauf hin, dass das Gefühl von Unsicherheit in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche besonders ausgeprägt ist, ohne zwangsläufig mit einer steigenden Kriminalität korrelieren zu müssen. Die aktuell zu beobachtende Zunahme von Überwachung und Kontrolle lässt sich vielmehr aus verbesserten Überwachungstechniken erklären. Überwachung und Kontrolle sind räumlich und sozial selektiv, sie richten sich auf sozial unterprivilegierte und „unerwünschte“ Personen sowie bestimmte Raumsegmente. Dies sind z. B. Innenstädte, Einkaufszentren, Bahnhöfe als Orte von Konsum und Repräsentation, Gated Communities als Orte des Rückzugs sowie auf Orte, die von Marginalisierten angeeignet wurden und nun wieder zurückgewonnen werden sollen (z. B. Parks). Wehrheim deutet die aktuellen Entwicklungen als Wiederkehr einer konservativen Großstadtkritik, die sich in der politischen und planerischen Praxis als Leugnung der großstadtypischen Ambivalenz und Abkehr vom Konzept einer integrativen Stadt zeige.

Detlef Nogala widmet sich in seinem Beitrag 'Ordnung durch Beobachtung' ausführlich der Videoüberwachung. Diese kann offen oder versteckt, kontinuierlich oder zeitlich eingeschränkt, mit oder ohne Aufzeichnung technisch ermöglicht werden. Aufgrund des Personalbedarfs dominieren die offen, ohne Aufzeichnung betriebene Überwachungskamera, die dem Zweck der präventiven Disziplinierung dient, und die (zum Teil versteckt) mit Aufzeichnung betriebene Kamera, die der

nachträglichen Detektion, nicht aber der unmittelbaren Intervention dienen soll. Videoüberwachung verfolgt also unterschiedliche Ziele, deren Erfolgslogik in der präventiv-disziplinierenden Wirkung liegt, die diese auf die potenziellen Straftäter haben soll. Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, ist zweifelhaft, denn genauere Untersuchungen zu den Wirkungen von Überwachungsanlagen fehlen bisher.

Renate Ruhne konzentriert sich in ihrem Beitrag auf die soziale Konstruktion geschlechtsspezifischer (Un)Sicherheit im öffentlichen Raum. Sie verweist auf die Diskrepanz, dass sich die erhöhte Angst (bzw. subjektiv empfundene Unsicherheit) von Frauen im öffentlichen Raum nicht durch eine erhöhte objektive Gefahrenlage erklären lässt. Vielmehr stelle die von Frauen subjektiv empfundene Gefahr im öffentlichen Raum eine soziale Konstruktion dar, die durch planerische Maßnahmen und besondere Angebote für Frauen zur Schaffung von Sicherheit nicht gänzlich durchbrochen werden könne. Ruhne diskutiert daher den Begriff des Risikos, der Chance und Gefahr einer Nutzung von öffentlichen Räumen gleichermaßen beinhaltet und daher geeignet sei, auch die positiven Effekte einer emanzipierten Nutzung öffentlicher Räume durch Frauen zu betonen.

Dem Phänomen bewachter und abgeschlossener Wohnanlagen, den 'gated communities', widmet sich Georg Glasze. In den USA entwickelt, verzeichnen bewachte Appartementanlagen und Siedlungen seit den 1980er Jahren einen enormen Zuwachs und eine weltweite Expansion. Glasze beschreibt am Beispiel des Libanon

die Entstehung von bewachten Wohnkomplexen in der sogenannten „Dritten Welt“ und diskutiert anschließend, ob sich diese Siedlungsform auch in Europa etablieren könnte. Im internationalen Vergleich sind bewachte Wohnsiedlungen in Europa zumindest bisher nur vereinzelt anzutreffen. Die Gründe hierfür liegen nach Glasze in der demokratischen und dem Gemeinwohl verpflichteten Struktur der europäischen Städte. Durch die Krise des gemeinwohlorientierten Steuerungsmodells könnten sich im Zuge einer vermehrt marktorientierten Stadtentwicklung auch in Europa eine Zunahme bewachter „Enklaven des Wohlergehens“ herausbilden, so die kritische Bilanz von Glasze.

In der Rubrik ‘Analysen und Kommentare’ findet sich ein Essay von Marco Venturi zur Innovationskraft von Städten sowie weitere Beiträge zum Schwerpunktthema. Ingrid Breckner und Klaus Sessar

stellen die Konzeption eines Forschungsprojektes vor, das interdisziplinär und international vergleichend den Zusammenhang von Unsicherheitsgefühl und Veränderungen der Lebensumwelt bzw. sozialem und ethnischem Status untersuchen soll. Katja Veil untersucht urbane Sicherheitsstrategien in der englischen Stadt Coventry und diskutiert neben der Videoüberwachung auch städtebauliche Ansätze zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens. In der Rubrik ‘Dokumentationen und Statistik’ muss auf die von Werner Petrowsky zusammengestellte Dokumentation zur Kriminalstatistik und ihre präzise und kritische Bewertung hingewiesen werden. Das ‘Monitoring der Städte und Regionen’ von Jörg Pohlan gibt abschließend einen aktualisierten Datenüberblick über Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung sowie zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung.

Andreas Kapphan

Rudolf Ortner: Der wiedergefundene Raum. Perspektiven der naturwissenschaftlichen Methode in der Geographie. Aachen 1999. 317 S.

Rudolf Ortners Buch – der Manuskriptdruck seiner 1992 erschienenen Dissertation – besticht durch einen Titel, der eine Fortsetzung des immer noch aktuellen Diskurses um die wissenschaftstheoretische Verortung der Geographie verspricht. Erklärtes Ziel des Autors ist es, ausgehend

von der Methodologie Rudolf Steiners eine argumentativ gesicherte Perspektive zu eröffnen, die mittels einer gesamtheitlichen Wesensschau i. S. Goethes die Schwächen der bestehenden geographischen Positionen aufzulösen vermag: „Nicht eine Ideologie oder eine fixierte Weltanschauung soll hier der Geographie unterlegt werden, sondern in der freien Auseinandersetzung der Geister um die zukünftige Gestalt der Wissenschaft zählt letztendlich nur der Weg der besseren Argumentation“ (S. 20).

Bezüglich der argumentativen Erarbeitung wird der Leser früh mit einer deutlichen Ambivalenz konfrontiert: einerseits gelingt es Ortner überzeugend, viele der bestehenden wissenschaftstheoretischen Probleme der Geographie darzulegen und ihr Entstehen im disziplingeschichtlichen Kontext zu hinterfragen, andererseits stellt der Autor seine Kritikfähigkeit deutlich in Frage, sobald es darum geht, seine eigene Konzeption zu begründen: Bei dem Versuch, Goethes Naturphilosophie vor dem Gericht der wissenschaftlichen Theorieproduktion zu rehabilitieren, verwandelt sich die Beweisführung des Verfassers dabei zunehmend in ein Plädoyer für die Steiner'sche Anthroposophie.

Anhand von vier forschungsleitenden Fragestellungen stellt Ortner die problembelasteten herkömmlichen Positionen innerhalb der (Sozial-)Geographie dem von ihm verfochtenen, an der Naturphilosophie Goethes orientierten Ansatz gegenüber:

- 1) Welche Implikationen ergeben sich aus dem naturwissenschaftlichen Reduktionismus für die Geographie?
- 2) Welche Probleme ergeben sich aus den (gängigen) erkenntnistheoretischen Grundlagen der Geographie?
 - 2a) Ist der Begriffsnominalismus haltbar?
 - 2b) Welche ethischen Implikationen ergeben sich?
- 3) Wie ist der andauernde Paradigmenwechsel in der Disziplingeschichte erklär- und in heutiger Sicht lösbar?
- 4) Lässt sich die (holistische) Methode Goethes in der Geographie reetablieren, bzw. welche Lösungen für die Krise in der Wissenschaft wären hieraus herleitbar?

Im Mittelpunkt der Argumentation Ortners steht die Kritik am „Begriffsnominalismus“, den er als Folge der Überlegenheit der aristotelisch orientierten und islamisch beeinflussten Nominalisten im Universalienstreit sieht. Aus der konträren Position, der von Steiner vertretenen Auffassung, dass Begriffe als „vor der Erkenntnis Gegebenes“ (vgl. S. 92 f.) zum Ausgang für die Überwindung des Subjekt-Objekt-Dualismus gesetzt werden können, leitet der Autor im Folgenden die Grundlage für die Rechtfertigung einer Wissenschaftlichkeit im ganzheitlichen Denken her.

Augenfälligerweise reflektiert Ortner – trotz eines weitreichenden philosophischen Rückblicks – weder die Revision, die der Nominalismus durch Wilhelm von Ockham erfahren hat, noch den hieraus entstandenen Disput zwischen Theologie und Naturwissenschaft, der auf eine begründete Lösung letzterer in Richtung auf die von Roger Bacon vertretene Auffassung der äußeren Erfahrung als Ausgang jeder Wissenschaft verweist und in der Ablehnung jeglicher abstrakter Idee bei George Berkeley (1710) mündet. Lediglich die „Krise der Naturwissenschaften“ in der Gegenwart wird betont.

Erst losgelöst aus dem Zusammenhang der verschiedenen in der Neuzeit entstandenen Argumentationslinien besticht dann die Behauptung Ortners: „Die Begriffe überwinden die Kluft, die zwischen dem menschlichen Subjekt und dem ‘unmittelbar Gegebenen’ besteht, weil sie einerseits vom Subjekt hervorgebracht wurden, aber andererseits dem ‘unmittelbar Gegebenen’ erst Identität und Zusammenhang verleihen.“

hen“ (S. 95). Erkenntnis wird demnach in der Verknüpfung eines „unmittelbar Gegebenen“ mit dem menschlich vor der Erfahrung hervorgebrachten Begriff gesehen. Auf diese Weise verleihen Begriffe Identität. Wissenschaft zielt dabei auf das Auffinden der Ideen, die den Begriffen zu Grunde liegen, in der ganzheitlichen Betrachtung der Natur.

In der *3-Welten-Ontologie* Poppers findet sich eine ähnliche, letztendlich nicht begründbare idealistische Position, die Begrifflichkeit im Zusammenhang mit Kultur ihre eigene Daseinssphäre zuordnet. Auf diese nimmt die *Handlungszentrierte Sozialgeographie* Werlens (1987, S. 33 ff.) relativ unreflektiert Bezug.

Ausgehend von der Auffassung der Unhaltbarkeit des Nominalismus fordert der Autor einen neuen Wissenschaftsbegriff. Diesem nähert sich die Wissenschaft in drei „Tiefenschichten“, wie auf Seite 95 f. dargelegt:

1) Identitätserkenntnis: Auf dieser Stufe ist Wissenschaft noch nicht von den Alltagsbemühungen des Menschen zu unterscheiden. Die Dinge der Welt werden mit ihren Begriffen benannt.

2) Stufe Beziehungserkenntnis: Diese Stufe kennzeichnet vor allem das wissenschaftliche Bemühen seit Beginn der Neuzeit. Hier hinein gehören z. B. die Fragen der Kausalität und der Erklärung von Versuchsergebnissen.

3) Stufe Wesenserkenntnis: Hier liegt noch ein langer zukünftiger Weg vor uns. Auf dieser Stufe werden die ‘Was ist?’-Fragen beantwortet: Was ist Denken?, Was ist Leben?, Was ist Wissenschaft?

Die Auseinandersetzung Ortner's mit

den Inhalten geographischer Positionen führt von den Klassikern Humboldt und Ritter über Darwin, Ratzel, Hettner, La Blanche, Sauer und anderen bis in die Moderne des Faches zu Bartels, Hard, Sedlacek, Pohl, Werlen und Boesch. Die Kritikpunkte sind häufig bekannt, teilweise originell, grundsätzlich aber für eine fachtheoretische Auseinandersetzung zu erwägen. Obwohl die Darstellung der Probleme in den Paradigmen zumeist dem Versuch der Begründung der Goetheschen Alternative folgt, ist die Kritik sehr umfassend und weitestgehend gut fundiert.

Die Auseinandersetzung mit den geographischen Paradigmen bezweckt aber nicht einzig die kritische Erörterung der genannten Fragen innerhalb der einzelnen Paradigmen, sie soll gleichzeitig klären, ob und in welcher Form es bisher gelungen ist, die vierstufige Hierarchie von Kosmologie, Ontologie, Epistemologie und Methodologie (vgl. S. 26 ff.) innerhalb des Faches zu erarbeiten, da ein jeder Rekonstruktionsversuch ohne ihre Berücksichtigung nicht tiefgreifend genug sein kann. Für die von Boesch (1989) geforderte „metatheoretische Mitsprache-Kompetenz“ und die Entwicklung einer „gemeinsamen Sprache“ (zit. n. Ortner, S. 26) ist die klärende Berücksichtigung dieser Hierarchie für den interdisziplinären Diskurs zwingend, denn sie ist „Voraussetzung dafür, dass bei metatheoretischen Fragen nicht aneinander vorbeigeredet wird“, und „stets disziplinübergreifend, sodass man mit Vorteil danach Ausschau halten kann, was auf diesem Gebiet von anderen Disziplinen geleistet wurde“ (S. 27). Dieser Auffassung ist sicherlich zuzustimmen, auch wenn mehr

notwendig sein wird als die Klärung dieser Hierarchie, da wissenschaftliche Begriffsapparate weitestgehend durch den Konsens in der *scientific community* geprägt werden. Als Vertreter eines Begriffs-Idealismus i. S. Steiners müsste Ortner somit eine Neubegründung der gesamten wissenschaftlichen Begriffssysteme auf der Grundlage der Wesensschau fordern, um Interdisziplinarität zu ermöglichen.

Der Versuch Ortners, die Geographie aus dem Zwang des naturwissenschaftlichen Reduktionismus zu lösen, mutet engagiert an, zumal die gesellschaftlichen und ökologischen Probleme unseres Zeitalters allorts offenbar werden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind bereits verschiedene Versuche unternommen worden, neue geographische Paradigmen zu etablieren, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit gerechter werden als es die *Quantitative Geographie* ermöglicht hätte.

Auch einer „ganzheitlichen Geographie“, wie sie von Ortner vertreten wird, muss in diesem disziplinhistorischen Kontext grundsätzlich die Bedeutung einer erwägbareren Alternativkonzeption zugesprochen werden, auch wenn sie in ihrer naturphilosophisch-anthroposophischen Orientierung auf den ersten Blick abwegig erscheinen mag.

Allerdings erscheint es ebenso notwendig, zu diesem Zweck die Geltungsbedingungen der Konzeption derart herauszuarbeiten, dass zuvorderst ihr – der Naturphilosophie Goethes und der Anthroposophie Steiners entliehener – Begriffskanon in der Übertragung auf die Geographie mehr als metaphorische Qualität erhält. Ohne diese Voraussetzung bleibt die Selbstbegründung

des Ansatzes Ortners undurchschaubar. Es gelingt ihm weder, Leitlinien auf der Ebene der Methodologie zu erarbeiten, noch einen Ausblick auf die zu erhoffenden Fortschritte zu eröffnen, und so bleibt die Hoffnung Ortners, eine neue, menschlichere und naturnähere Geographie zu begründen, nicht zuletzt auch wegen des Fehlens eines umfassenden Kunstbegriffs, eine Utopie:

„Auf der hier errungenen Grundlage ist nun keine Frage mehr, wie berechtigt die Methode GOETHEs ist. GOETHEs erkenntnistheoretische Grundhaltung lässt sich als empirischer Idealismus charakterisieren. Darin kommen beide Seiten der Natur, die sinnliche als Empirismus und die geistige als Idealismus zum Zuge. Sein Verfahren will GOETHE der Natur ablauschen und nicht aufzwingen. Da er die Gestalt der Natur als kunstvoll erkennt, muss Wissenschaft notwendig zur Kunst werden“ (S. 96).

Der Blick über den Tellerrand des geographischen Konsens lohnt sich allemal, auch wenn er vorwiegend rückwärts gerichtet ist. Von diesem Blickwinkel bleibt Ortners kritische Hinterfragung der disziplinhistorisch verorteten Paradigmen und derer Implikationen für die Gesellschaft aber weitestgehend unberührt; ebenso bleibt die Lektüre des Buches für die reflektierende Betrachtung etablierter Standpunkte empfehlenswert.

Literatur:

Boesch, Martin 1989: Engagierte Geographie – Zur Rekonstruktion der Raumwissenschaft als politik-orientierte Geographie. Stuttgart (Erdkundliches Wissen, Band 98).

Berkeley, George 1710: A treatise concerning the principles of human knowledge. Dublin.

Pohl, Jürgen 1986: Geographie als hermeneutische Wissenschaft. Ein Rekon-

struktionsversuch. München (Münchener Geographische Hefte, Band 52) .

Werlen, Benno 1987: Gesellschaft, Handlung und Raum. Stuttgart.

Holger Priebe

Daniela Gorsler: Informelle räumliche Planung. Stand der aktuellen Forschung und Forschungsbedarf. Hannover 2002 (Akademie für Raumforschung und Landesplanung: ARL-Arbeitsmaterial, Nr. 286). 114 S.

Der im Zuge von Globalisierung und räumlichen Anpassungsstrategien entstehende Bedeutungsgewinn von Regionen hat die Suche nach geeigneten Instrumenten forciert, um sich im wachsenden Regionenwettbewerb besser zu positionieren. Dazu benötigen Regionen Instrumente mit starker Handlungs- und Akteursorientierung bei gleichzeitiger Partizipation Betroffener. In derartigen neuen Policy-Strukturen gewinnen Verhandlungslösungen, Netzwerkstrategien und Moderationsverfahren an Bedeutung. Zur Abgrenzung gegenüber den formalisierten Planungsverfahren wird dabei seit längerem von „informellen“ Instrumenten räumlicher Planung und Entwicklung gesprochen.

Um die verschiedenen Stränge und Ansatzpunkte dieser Entwicklung aus den vergangenen 15 Jahren nachzuzeichnen, hat die Akademie für Raumforschung und Landesplanung einen Forschungsauftrag vergeben, dessen Ergebnisse nun vorlie-

gen. Dieser Literaturbericht hilft als Überblick, um über wichtige Tendenzen der vergangenen Jahre knapp zu informieren. Wer also erstmals in die Debatte einsteigen möchte oder eine knappe Zusammenfassung sucht, findet einen geeigneten Einstieg in das Thema. Dazu tragen auch die jedem Teilabschnitt angefügten Praxisbeispiele bei (wenngleich manche davon schon Geschichte sind).

Wer allerdings etwas genauer nachschauen möchte, bekommt mehr Fragen als Antworten geliefert. Obzwar dies natürlich Sinn der Herausarbeitung von künftigem Forschungsbedarf ist, hätten einige Grundlagen doch weitergehend und präziser geführt werden können. Dies beginnt bei der Begriffsklärung. Diese erscheint unnötig eingeeengt, da sie von der Regionalplanung als einer zentralen Steuerungsgröße der Regionalentwicklung ausgeht. Die Praxis dagegen zeigt, dass Regionalplanung (wenn sie nicht ohnehin ausgehöhlt ist) einen nur mittelfristig veränderbaren Handlungsrahmen zur räumlichen Koordination von Nutzungsansprüchen bereitstellt, aber wenig aktive Einflussnahme auf die aktuelle und künftige Nutzung dieses Rahmens ausübt. Zukunftsgerichtete Regionalentwicklung im Sinne der Initiierung und

Steuerung von Akteuren und ihren Handlungen sowie der Legitimation durch Beteiligung ist ein sehr viel komplexeres Feld mit vielen weiteren Akteuren neben der Regionalplanung. Die Autorin erweitert den Focus daher zu Recht um den Begriff Entwicklung, vermeidet aber den nächsten Schritt, die neuen Methoden und Instrumente unter der Perspektive von Regional Governance zu betrachten.

Die Erläuterungen zum Begriff „informell“ gehen von einer Deskription des Merkmalspektrums aus, ohne einen Definitionsversuch zu wagen. Zur Reihe der aufgeführten Merkmalen gehören z. B. Freiwilligkeit, Kooperation, Flexibilität und Dialogorientierung. Diese Kriterien sind universell einsetzbar, mithin auch in Regionalentwicklung und vorbereitender Regionalplanung (daher ließe sich besser von informellen Elementen in der Planung sprechen als von „informeller Planung“). Ob sie aber wirklich rein informeller Natur sind oder nur das anfängliche Verfahren mit dem Begriff informell belegt werden kann, steht dahin. Denn häufig bilden informelle Schritte den Vorprozess vor der eigentlichen Umsetzung. In dieser Vorstufe werden Strategiefähigkeit, Legitimation und Akzeptanz des Vorhabens geprüft, neue Akteure eingebunden und die Machbarkeit überprüft. Die Umsetzung bedarf aber harter Verträge und verbindlicher Absprachen.

Sodann verfißt die Autorin eine dichotome planungsgeschichtliche Einteilung, welcher der Rezensent nicht vollends folgen kann. Diese konstatiert „das (sic!) neue Planungsverständnis“ als Paradigmenwechsel, der etwa Mitte der 1980er

Jahre eingesetzt habe und von der obrigkeitstaatlichen Planung mit (unwirksamen) abstrakten Programmstrukturen weg hin zu Ansätzen mit konkreten Projekten und mittelfristigen Zeiträumen geführt habe. Zum einen ist hier zu kritisieren, dass einige raumbezogene Fachplanungen schon früher mit der Einbeziehung und Information der Betroffenen, mit der Beratung und der Motivierung von Akteuren begonnen haben. So können Dorferneuerung und Stadtteilsanierung als Vorläufer dialogischer und aktivierender Planungsansätze bezeichnet werden. Sie finden in dem Bericht keinerlei Erwähnung.

Zum anderen überzeugt auch die bleibende Setzung des neuen Planungsverständnisses im neuen Jahrhundert nicht mehr. Als Markstein des Paradigmenwechsels wird der „perspektivische Inkrementalismus“ der IBA Emscherpark benannt. Doch die Merkmale der „informellen“ Komponenten wie Situationsbezug, Projekt- und Einzelfallorientierung bis zur Kennzeichnung von Entwicklung mit dem Diktum, „der Weg sei das Ziel“, verkennen eine sich seit einigen Jahren wieder verstärkte durchsetzende Orientierung an langfristigen Zielen – also die strategische Ausrichtung von Projekten an mittel- bis langfristig zu verfolgenden Leitbildern. Dass gerade Planung als vorausschauende Tätigkeit anstelle eines kurzfristigen Aktionismus langfristiger Perspektiven bedarf, zeigt ein Blick auf Zukunftsprobleme des Jahrhunderts wie Nachhaltigkeit und demografische Herausforderung. Insofern hat längst eine neue Phase wieder stärker langfristiger Orientierungen eingesetzt, am sichtbarsten vielleicht im Wettbewerb

„Stadt 2030“ des Bundesforschungsministeriums. Dass dabei gerade auch verschiedene Methoden und Instrumente der dialogischen Planung eingesetzt werden, spricht dafür, dass die Phase des informellen Inkrementalismus eine zeitbedingte Überschätzung erfahren hat, während die aufgetauchten Methoden und Instrumente durchaus innovative Weiterentwicklungen auch für längerfristige Strategien darstellen. Es kommt darauf an, wie und wofür die Mittel eingesetzt werden.

Zum Inhalt des Buches: Die Autorin ordnet die verschiedenen Stränge der Debatte in die drei Kategorien Konzepte, Instrumente sowie Arbeits- und Organisationsformen. Unter Konzepten werden die Strategien der eigenständigen und der nachhaltigen Regionalentwicklung sowie die Handlungskonzepte von Regionalmanagement und Regionalmarketing aufgeführt. Bei den Instrumenten informeller Planung und Entwicklung werden Regionale Entwicklungskonzepte, Teilraumgutachten, Raumbeobachtung und Öffentlichkeitsarbeit, Vermittlungs- und Verhandlungsverfahren (Moderation und Mediation) sowie Wettbewerbe aufgeführt. Schließlich finden sich im Kapitel Formen informeller Planung und Entwicklung Abschnitte über Städtenetze und -verbände, über Regionalkonferenzen, -foren und Runde Tische sowie über Regionale Entwicklungsagenturen und Public-Private-Partnership.

Diese an den Überschriften orientierte Wiedergabe der Teilkapitel belegt die Probleme, die verschiedenen Stränge, Instrumente, Methoden und Handlungsmittel auseinander zu halten. Stellt Regional-

marketing nun ein Konzept, eine Methode oder eine Arbeitsform dar? Ist Moderation ein Verfahren oder ein Instrument? Sind Regionale Entwicklungskonzepte Strategien, Instrumente oder Vorgehensweisen? Diese Überschneidungen belegen aber auch die Kombinations- und Einsatzmöglichkeiten der aufgeführten Elemente, welche die Erweiterung des Politikverständnisses in Richtung Government erbracht haben. Dennoch hätten Umsetzungskonzepte von strategischen Perspektiven besser getrennt werden können.

Die Detailauswahl der Unterkapitel bietet einen unterschiedlich tiefen Teileinblick in die Breite des gesamten Feldes. So lässt sich beispielsweise fragen, ob die bayerischen Teilraumgutachten tatsächlich einen anderen Charakter als regionale Entwicklungskonzepte haben und ein bayerisches Spezifikum darstellen oder ob derartige vorbereitende Entwicklungsanalysen sich nicht ebenso seit langem in der Landes- und Regionalplanung auch in anderen Ländern finden lassen (wobei letztere schon länger den Aspekt der Partizipation berücksichtigen). Beim Instrument der Wettbewerbe wäre über den BBR-Wettbewerb um den Ehrentitel „Region der Zukunft“ hinaus darauf zu verweisen, dass die staatliche Fördermittelvergabe immer stärker wettbewerbsorientiert erfolgt. Für diese Wettbewerbe sind Entwicklungskonzepte und die Einbeziehung der Umwelt- und Wirtschaftspartner häufig explizite Voraussetzung. Gerade die EU-Förderprogramme haben diese Innovationen auch in Deutschland beschleunigt.

Trotz der kritischen Anmerkungen ist das Verdienst dieser Schrift nicht zu

schmälern, das komplexe Themenfeld informeller Instrumente räumlicher Entwicklung überblicksartig erschlossen zu haben. Als wesentliche Neuerungen der umsetzungs- und dialogorientierten Entwicklungsverfahren können die Elemente Prozesscharakter, Adressatenorientierung, Partizipation, Dialog und Kooperation benannt werden. Mit diesen Elementen können informelle Verfahren wichtige Ergänzungen, Vorbereitungen und Innovationen für herkömmlichen Entwicklungsvorhaben einbringen. Besonders gut arbeitet Daniela Gorsler die kritischen Punkte informeller Verfahren heraus, nämlich die Legitimationsproblematik, hohe Transaktionskosten,

die Bedeutung der Akteurskonstellation und vor allem die wichtige Frage der Verbindlichkeit und der Schnittstellen zwischen formalen und informellen Verfahren. Gut sind gerade hier die Hinweise auf weiterführende Fragestellungen.

Zum Schluss noch ein Ärgernis: Der Band rezipiert im wesentlichen die Forschungsaktivitäten, die im Zusammenhang der Akademie für Raumforschung und Landesplanung vorangebracht wurden. Dies ist für eine interne Evaluation höchst nützlich, die Lesefreundlichkeit setzen diese Ausführungen jedoch deutlich herab. Hier wäre der Akademie eine andere Publikationsstrategie zu empfehlen gewesen.

Ulf Hahne

David Harvey: Spaces of Hope. Edinburgh 2000. 293 S.

Das Buch bietet zunächst eine Analyse der gegenwärtigen Formen und Tendenzen regionaler Ungleichheit und berücksichtigt dazu nicht nur die Disparitäten zur Zeit des Kommunistischen Manifests als Vergleich mit der Vergangenheit, sondern auch die Entwicklungsformen der Globalisierung; diese beruhen nach Harveys Ansicht darauf, dass auch unter den Bedingungen des späten und von Konzernen beherrschten Kapitalismus die Bourgeoisie weltweit auf der Jagd nach neuen Märkten bleibt. Im Gegensatz zu vielen früheren Publikationen wendet sich der Autor subjektiven und individuellen Fragen zu. Das ist wohl eine Folge seiner anhaltenden Rezeption des

englischen Kulturtheoretikers und äußerst eloquenten Marxisten Raymond Williams. Er hat von diesem viel gelernt und dabei seine jahrzehntelange Bindung an allzu abgehobene und strukturalistisch verengte Kategorien weitgehend überwunden, wie es scheint.

Auf dieser Folie einer neuen Zuwendung zum Individuum erscheint es logisch, dass sich die Studien auf die Menschenrechte, den Körper, utopische Räume und Politiken sowie eine Pluralität von Handlungsalternativen beziehen, ohne allerdings die Marxsche als die einzig tragfähige Referenztheorie aufzugeben. Den Ausklang bildet der Entwurf eines völlig anderen Systems von Gesellschaft und Raum, in dem ein reales Goldenes Zeitalter gesichert ist, das für alle in ihm Lebenden Schluss macht

mit Angst, Spannungen, Ärger, Überarbeitung und dadurch verursachten schlaflosen Nächten (S. 281)!

Dieses Modell von Zukunft, nicht einfach als Utopie abqualifizierbar, greift Gehalte früherer Utopien auf, bezieht diese aber auf Probleme der heutigen Welt – und zwar so, dass seine Realisierbarkeit keineswegs ausgeschlossen ist. Anknüpfungspunkt sind die krassen sozialen und regionalen Disparitäten auf der Erde, die sich bis in die Zentren und Ränder der großen Städte fortsetzen und die weder mit den Menschenrechten noch mit den Verfassungen der meisten Länder vereinbar sind.

Erstmals setzt Harvey den Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen des Kapitalismus als Gesellschafts- und Raumsystem einen durchaus machbaren Traum von Veränderung entgegen, der offenbar die Konsequenz aus seinen eigenen Kampferfahrungen in konkreten Auseinandersetzungen um städtebauliche Vorhaben, politische Konflikte und gewerkschaftliche, unternehmensbezogene Vorhaben – wie etwa gerechte Löhne – darstellt. Ansatzpunkt ist auch dafür die Zusicherung, dass utopische Konzeptionen sich nicht nur mit der sozialen Wirklichkeit vermitteln lassen, sondern unter den Bedingungen zunehmender Handlungs- und Wahlfreiheiten für die Zukunftsgestaltung schlicht notwendig sind.

Harveys Utopia ist weit entfernt von Huxleys und Orwells alptraumhaften Szenarien und steht voll im politischen und geographischen Kontext unserer Zeit. Ausgangspunkt ist eine international organisierte Revolte der Mehrheit der Weltbevölkerung, die sich gegen die Verwerfungen einer von zahlreichen Kriegen, Massenar-

beitslosigkeit und totalem Überwachungsstaat instabil gewordenen Gesellschaft richtet. Sie ist deshalb erfolgreich, weil sie sich weltweit und zugleich auch regional wie lokal als Netzwerk zur Überwindung der nicht mehr haltbaren und äußerst ungerechten Zustände organisiert und als internationales Kollektiv gezielt vorgeht.

Die von diesem Netzwerk neu gestaltete Gesellschaft strukturiert sich auf sechs räumlichen Stufen, wobei die Familie und das vertraglich geregelte Miteinander der Geschlechter ebenso überwunden wird wie unbegrenzter Handel, Unterprivilegierungen der Frauen, Umweltschädigungen, Großunternehmen, relevantes Privateigentum, Geldwirtschaft, Bürokratien, Militärapparate, Gefängnisse und lange Arbeitszeiten. Eine derart revolutionierte Lebensweise ist nur möglich, wenn die Menschen vor allem eine Tätigkeit in den Vordergrund stellen: Zusammenarbeit, so direkt und so positiv wie überhaupt nur denkbar.

Das Leben wird getragen von der Kooperation auf allen Ebenen, von der kleinsten sozialen Einheit bis zum globalen Zusammenhang durchsetzt von demokratischen Regeln und Absichten. Alles ist einem Zweck untergeordnet: Jeder Mensch führt ein Leben, in dem er sich selbst, die anderen Menschen und die Natur schont und von Belastungen freihält. Da die Gesellschaft die neuen Technologien nicht ablehnt, sondern mit Verve fördert und überall einsetzt, kommen alle in den Genuss umfangreicher Arbeitszeitverkürzungen. Gesundheitswesen, Ernährung, Bildung stehen ausschließlich im Dienst der Individuen und sollen ihnen helfen, ein freies, genussreiches und kulturell sinnvolles Le-

ben zu führen. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern sind völlig frei und ohne staatliche Aufsicht geregelt - jedenfalls im Bereich der Erwachsenen.

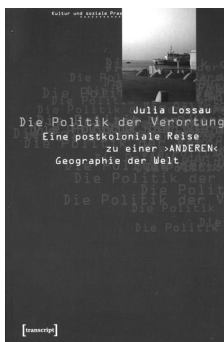
Harvey hat hier, wie man unschwer erkennen kann, eine Synthese aus allen menschenfreundlichen Utopien gebildet, die bekannt sind. Er bedient sich dafür bei Morus, Campanella, Bacon, Platon und Marx; er kennt Ökoptopia, das postmoderne Heteroptopia, Cyberspace und die Stadt der Frauen. Und so schreibt er eigentlich, ohne es zu sagen, ein Bild dessen, was früher einmal mit dem Begriff Kommunismus belegt war: eine freie, vielfältige, offene, individuell gestaltete, plurale Welt, in der freundliche Interaktion vor allem anderen rangiert und das Reich der Notwendigkeiten klein, das der Freiheiten groß ist.

Wirklich kritisch zu sehen ist aber ein ganz anderes Feld dieses Zukunftsmodells, gegen das kaum Einwände möglich sind.

Der politische Weg, die politischen Methoden, die Übergänge und Maßnahmen, die ein solches Muster von Raum und Gesellschaft wahr machen könnten, bleiben unklar. Damit bleibt eine Lücke in seinem Konzept, die letztlich doch wieder typisch ist für geographisches Denken. Die Konzeption selbst ist höchst politisch, denn sie beinhaltet die Befreiung der Menschheit von zentralen Problemen. Aber die politischen Subjekte, die Handelnden in den gegenwärtigen Strukturen und Verhältnissen eines entfesselten und maßlos gewordenen Kapitals und seiner in jeder Hinsicht grenzenlosen Elite finden wenig Hinweise, wie sie dieses höchst erstrebenswerte Ziel erreichen können. Auch kritische Geographie bleibt grundlegend von politischer Blindheit oder zumindest Naivität gekennzeichnet. Sie kann eine wunderschöne, ferne Welt beschreiben, aber der Weg dahin bleibt dunkel.

Heinz Arnold

Julia Lossau: Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer „anderen“ Geographie. Bielefeld 2002. 227 S.



Julia Lossaus Reise zu einer „anderen“ Geographie, hervorgegangen aus ihrer Dissertation, ist der ambitionierte Versuch, eine Kritik an der Anthropogeographie überzuführen in die For-

mulierung einer Alternative: einer „anderen“ Geographie. An die Darlegung des eigenen Anspruchs und der grundsätzlichen Perspektive des Buchs (1. Kapitel) schließt sich zunächst eine ausführliche Erläuterung der wissenschaftstheoretischen Selbstpositionierung der Autorin an, die im wesentlichen zentralen Elementen postkolonialistischer, poststrukturalistischer und anderer 'postistischer' Denktraditionen folgt (2. Kapitel). Die postistische Kritik an „moderner“ Wissenschaft bildet in den folgenden Kapiteln 3-5 den Rahmen, innerhalb dessen die Autorin Themen und Herange-

hensweisen nicht nur der Anthropogeographie kritisch beleuchtet, sondern auch hochschulgeographie-unabhängig formulierte 'geographische' Themenfelder (etwa Geopolitik oder die Globalisierungsdebatte) behandelt.

Die aus einem reichen Literaturfundus gespeisten Ausführungen bieten bereits durch die Vielzahl der angesprochenen Aspekte zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Arbeit. Im folgenden sollen nur einige wenige Punkte thematisiert werden, wobei insbesondere solche weitgehend unberücksichtigt bleiben, in denen sich die Autorin von anderen postistischen Autoren unterscheidet (so etwa im interessanten Versuch, Lücken im postistischen Gedankengebäude durch systemtheoretische Theoriesplinter zu füllen). Vielmehr soll sich die Kritik auf solche Aspekte beschränken, die grundlegend auch für andere postistische Argumentationsweisen sind. Dies geschieht nicht zuletzt aus der Überlegung heraus, dass gerade in der Geographie die Auseinandersetzung mit postistischen Positionen – trotz einiger bemerkenswerter Ansätze – bisher so gut wie nicht stattgefunden hat. Welche wesentlichen Argumentationsgänge prägen nun Lossaus Buch?

1. Die Autorin kritisiert an den (Sozial-)Wissenschaften im allgemeinen und an der Geographie im besonderen den Glauben, „die Wirklichkeit könne mimetisch, d. h. natur- bzw. originalgetreu wiedergegeben werden“ (33). So werde die Wirklichkeit als deckungsgleich mit deren wissenschaftlicher Repräsentation angesehen (41), und insbesondere die raumwissenschaftliche Geographie betrachte die

wissenschaftlich (re-)produzierte und sichtbar gemachte Ordnung als eine natürliche Ordnung – „als eine Ordnung, die nicht anders gesehen werden kann, als sie ist.“ (91)

Eine solche Kritik (nicht nur) an der Geographie ist unter 'kritischen Geographen' weit verbreitet. Umso mehr stellt sich die Frage, aus welchen persönlichen oder Lese-Erfahrungen dieses Urteil resultiert. An welcher Hochschule werden etwa die Thünenschen Ringe als deckungsgleich mit der (welcher?) Realität präsentiert, und welcher Geograph versteht das Christaller'sche Zentrale-Orte-Modell als mimetische Wiedergabe der Wirklichkeit? Man mag den notorischen Politikommissaren im ZK der deutschen Geographie nicht zu unrecht den Versuch unterstellen, Wissenschaft zu dekretieren; dies geschieht aber sicherlich nicht in Form des Postulats, z. B. wissenschaftliche Regionalisierungen seien der Natur der Dinge abgelauscht.

Und was bereits in bezug auf die Geographie ein recht unverständlicher Vorwurf ist, wird im Hinblick auf moderne Wissenschaftstheorie vollends abstrus – ist die reflexive Konzeptualisierung der wissenschaftlich wahrgenommenen Welt doch spätestens mit Kant eines der wesentlichen Elemente der Aufklärung, mit der auch die mittelalterliche Vorstellung der unmittelbaren Repräsentation der Realität durch Beschreibungsbegriffe ihr Ende fand. Eben diesen Schritt nicht vollzogen zu haben, ist daher als Vorwurf an modernes Denken schlichtweg obskurant.

2. An „moderner“ Wissenschaft wird noch ein weiterer Punkt ausführlich und pointiert kritisiert: die „Reduktion von Vielheiten“ und die „Ausgrenzung des Dif-

ferenten“ (30 und öfters). Dies geschehe im modernen Denken und in der modernen Wissenschaftssprache durch den „identifizierenden Gestus, der Heterogenes gewaltsam auf eines hinwendet“ (28).

Diese Kritik an einer eindeutigen Benennung dessen, worüber gesprochen wird („identifizierender Gestus“), ist bereits aus sprachlogischen Gründen wenig überzeugend. Ist es doch gerade die Eigentümlichkeit einer jeden Denomination, dass sie *etwas* benennt und etwas anderes nicht (und damit das Differente ausgrenzt); da nützt auch ein „Denken im Dazwischen“ (66 f.) nicht viel: Spätestens wenn dieses Denken in Kommunikation übergehen soll (was eine Vorbedingung von Wissenschaft ist), muss klar sein, was mit bestimmten Wörtern gemeint ist und was nicht. Solches „Ausgrenzen“ vermeiden zu wollen, heißt schweigen.

Lossaus Kritik an der wissenschaftlichen „Gewalt“ gegenüber dem „Heterogenen“ kann aber auch aus weitergehenden Gründen nicht geteilt werden. So ist schwer nachzuvollziehen, wie entschieden werden kann, dass etwas „heterogen“ ist, ohne dieses Heterogene *als* heterogen zu identifizieren und damit von einem übergeordneten, verabsolutierenden Standpunkt aus zu beurteilen, also das zu vollziehen, was eben noch so heftig kritisiert wurde. Tatsächlich dürfte die klammheimliche Sehnsucht nach der Super-Philosophie ein konstituierendes Merkmal der postistischen Ansätze sein, mit der sie auch einen direkten Anschluss an vormoderne – mittelalterliche – Traditionen finden.

Zugleich zeigt Lossau in einem ihrer Beispiele anhand der „diskursiven Veror-

tung der Türkei“ (135), dass in der von ihr kritisierten „modernen“ Wissenschaft sehr wohl eine Vielfalt von Auffassungen bzw. Verortungen existiert, und zwar je nach ‘differenter’ Motivlage und Zielsetzung. Der Unterschied zur postistischen Haltung, welche die diskursive Aufrechterhaltung des Heterogenen innerhalb *eines* Textes fordert, liegt hier lediglich darin, dass verschiedene Autoren bzw. Quellen je eine Position einnehmen, nicht aber ein Autor gleichzeitig verschiedene. Anders: Nicht *ein* Autor denkt „in Widersprüchen“, wie von Lossau gefordert, sondern die Auffassungen als solche widersprechen sich. Aber ist dieser Unterschied wirklich so wichtig, und kann wissenschaftliche Widersprüchlichkeit oder gar Schizophrenie ernsthaft ein erstrebenswertes Ziel sein?

Nicht zuletzt scheidet die postistische Kritik an der „Reduktion von Vielheit“ und der „Ausgrenzung des Differenten“ am eigenen Verfahren. Denn würde sie sich selbst gegenüber konsequent bleiben, müsste sie auch und gerade das inkriminierte „moderne“ Denken als einen Aspekt von real existenter Vielheit verstehen und die Ausgrenzung oder gar Abschaffung der zu ihrer Position differenten Denkweisen vermeiden wollen.

3. Die zitierte Kritik der Autorin an moderner Wissenschaft trägt ihre Alternative, das Postulat einer „anderen“, besseren Wissenschaft bereits in sich: die Anerkennung eines radikal subjektiven Standpunkts, das Lob der Differenz und auch der Inkommensurabilität von Standpunkten sowie die Akzeptanz und Legitimierung eines „Denkens im Dazwischen“, um „jenen Wahrheiten und Identitäten zu ihrem Recht zu ver-

helfen, die sich im blinden Fleck universalistischer Erzählungen befinden.“ (65 f.)

Auch wenn – wie in dieser Rezension – einer Kritik an bestimmten, „modernen“ Positionen nicht gefolgt werden kann, heißt das noch nicht, dass die aus dieser Kritik gezogenen Schlüsse eo ipso abzulehnen sind, mithin das Projekt einer „anderen“ Wissenschaft als gescheitert anzusehen ist. Tatsächlich verfügen die Vorschläge Lossaus und der von ihr zitierten postistischen Autoren über reichlich wissenschaftlichen Charme, der sich vor allem aus dem Bezug auf Minderheitenpositionen und die dort vermuteten, noch nicht publik gewordenen neuen Gedanken und Betrachtungsweisen ergibt.

Dieser Charme verliert sich jedoch sehr schnell, wenn die Auswirkungen der postistischen Postulate betrachtet werden. Zumindest auf drei Ebenen stellen sich starke Bedenken ein, und zwar im Hinblick auf die wissenschaftliche Praxis, auf Wissenschaft als Institution und – allgemeiner – auf Politik.

Auf der Ebene der wissenschaftlichen Praxis liegen die Probleme auf der Hand: Wenn die Widerspiegelung der und die Referenz an die „Vielheit“ von Denkweisen, Wahrheiten, Identitäten und anderen Erzählungen oberste Richtschnur von Wissenschaft ist, kann der Vorwurf einer Propaganda der Beliebigkeit nicht ausbleiben. Dies weist die Autorin zwar energisch zurück; es ist jedoch nicht zu erkennen, wie ein Wissenschaftsprogramm intersubjektive Kommunizierbarkeit als Grundvoraussetzung von Wissenschaft ermöglichen soll, wenn es in erster Linie darum geht, allen möglichen wissenschaftlichen und/oder

weltanschaulichen Positionen zu „ihrem Recht“ zu verhelfen. Was kann das „Recht“ einer bisher unterdrückten „Wahrheit“ (d. h. einer Aussage über die Realität) anderes sein als das Recht zu existieren? Dann aber wird es zur zentralen und letztendlich einzigen Aufgabe von Wissenschaft, dafür zu sorgen, dass alles, was je gesagt werden kann, auch gesagt wird.

Aus informationstheoretischer Sicht kann die Folge einer solchen Wissenschaft nur ‘Rauschen’ sein, Theorie und Empirie verabschieden sich aus jeglicher Debatte, und Argumentation wird zum Synonym von Sinnferne. Wissenschaft verkommt so zur bloßen Ansichtssache. Dann entstehen auch herzergreifend inhaltsleere Statements wie etwa die mit einem Zitat von Bhabha unterfütterte Beschreibung eines „anderen“ Denkens, das „als ein Projekt verstanden werden kann, das einen Raum öffnet, ... ‘in dem mithilfe der Theorie zugleich das nur Theoretische überschritten werden soll’“ (65). Bei aller Sympathie für unkonventionelles Denken ist der praktische (Erkenntnis-)Wert eines solchen Verständnisses von Wissenschaft als doch recht gering einzuschätzen.

Auch die wissenschaftsinstitutionellen Konsequenzen der „anderen“ Wissenschaft dürften eher bedenklich sein. Da die einzelnen „Wahrheiten“ nicht mehr kommunizierbar sind, liegt deren institutionelle Trennung in verschiedene Disziplinen nahe. In den USA, dem heutigen Kernland des Postismus, ist bereits ein eindeutiger Trend in Richtung auf immer mehr institutionell getrennte „Wahrheiten“ festzustellen. Aus dem Lob der Vielfalt der Betrachtungsweisen und der Vielheit der dadurch

konstruierten Realitäten wird so ein zunehmender Partikularismus mit Abschottungsbestrebungen und Diskursunfähigkeit.

Auf der gesamtgesellschaftlich-politischen Ebene weist das postistische Wissenschaftsprogramm ebenfalls zahlreiche problematische Seiten auf. Nicht nur ist unklar, welche gesellschaftliche Funktion Wissenschaft einnehmen soll, wenn sie sich in postistischer Manier vom Ziel der Erkenntnisgewinnung im Medium „wahr/unwahr“ verabschiedet. Auch ist es fraglich, ob es wirklich Aufgabe von Wissenschaft sein soll, „Geschichten zu schreiben, die insofern als kritisch zu bezeichnen sind, als sie von bislang ausgeschlossenen oder marginalisierten historischen Wahrheiten und Wirklichkeiten handeln.“ (85) Hier genügt der Hinweis auf zahlreiche politische oder religiöse Gruppen, deren spezielle Weltsicht zu propagieren sicherlich nicht die Aufgabe von Wissenschaft ist, es sei denn, sie verzichte auf jeglichen selbstständigen Erkenntnis-Anspruch. Es stellt sich zudem die Frage, welche gesellschaftlichen Auswirkungen eine Wissenschaftspolitik hätte, wenn sie die unterdrückten und marginalisierten Wahrheiten von Ufologen, Satanisten, Weißen Hexen und Illuminaten mit Professuren, Instituten oder gar dem Einzug in staatliche Lehrpläne (vgl. den aktuellen Vormarsch des Kreationismus in den USA) adelte.

Ein letzter Einwand bezieht sich auf den gesellschaftlichen Hintergrund der postistischen Vielheitsprogrammatik: Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der US-amerikanischen Innenpolitik, dass Konflikte, die aus gesellschaftlichen Ungleichheiten resultieren, primär durch deren Um-

definition in ethnische und/oder kulturelle Kategorien zu befrieden versucht werden – etwa in der Art, dass z. B. übergewichtige schwarze Lesben feststellen, Personen ihrer Merkmalskombination hätten im Vergleich mit anderen Personengruppen ein durchschnittlich geringeres Einkommen oder wären seltener in politisch wichtigen Positionen anzutreffen, was aus ihrer Diskriminierung als ethnisch-kulturelle Gruppe resultiere. Als (Teil einer) Lösung dieses Problems liegt es dann nicht fern, eine Professur einzurichten, die sich mit der unterdrückten Geschichte etc. dieser Gruppe beschäftigt und für ihre Akzeptanz in der Gesellschaft kämpft. Wissenschaftstheoretisch unterfüttert wird diese Form gesellschaftlicher Konfliktbewältigung durch das postistische Wissenschaftsprogramm, das v. a. in seinen postkolonialistischen und postfeministischen Varianten gar nicht zu verstehen ist ohne den Rückbezug auf die oben – zugestandenermaßen leicht überzeichnet – skizzierte gesellschaftliche Praxis. Nun kann man nicht nur im Anschluss an Terry Eagleton fragen, ob wirklich jede wissenschaftliche Mode aus den USA hierzulande nachgeahmt werden muss; es steht auch zu befürchten, dass die Übernahme dieser Form von Wissenschaft auch deren politische Seiten transportiert, und das heißt: Propaganda von Ethnisierung, Kulturalisierung und letztlich Rassismus.

Selbstverständlich gründet sich der beschriebene Zusammenhang von Politik und Wissenschaftsphilosophie zunächst nur auf einer – wenn auch begründeten – Mutmaßung. Er entspricht zudem wohl nicht Lossaus Zielsetzung. Zwar betont auch die Autorin die enge Verbindung zwischen der

„anderen“ Wissenschaft/Geographie und einer dadurch ermöglichten bzw. damit verbundenen besseren Politik. Doch sie konkretisiert die Form und Organisation dieser Politik nicht. Ihr Vorlieben in Richtung auf das US-amerikanische Politikmodell zu unterstellen, wäre demnach unredlich. Dennoch – so soll dieser Punkt abgeschlossen werden – scheint es einen engen, vielleicht sogar notwendigen Zusammenhang zwischen postistischem Wissenschaftsverständnis und einer partikularistisch-kulturalistischen Politik zu geben. Und es ist doch fraglich, ob letztere sehr wünschenswert ist.

Wenn die gesellschaftlich-politischen Aspekte außer Acht gelassen werden, stellt sich erneut und verstärkt die Frage nach den Erkenntnis-Qualitäten postistischer Wissenschaft. Lossau bemerkt sehr wohl, dass ihr eigenes Wissenschaftsprogramm, das „andere“ Denken „im Dazwischen“, Argumentation verunmöglicht, da es einen Standpunkt braucht, um überhaupt argumentieren zu können. Und ein „Dazwischen“ kann kein Standpunkt sein. Daher führt sie das Mittel des vorübergehenden Standpunkts ein, den sog. „taktischen Essentialismus“ (45 f. und öfter). Er soll es ermöglichen, einerseits zu argumentieren und damit wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen und andererseits nicht gegen die eigenen Postulate zu verstoßen, indem nach der „essentialistischen“ Erkenntnisgewinnung der zuvor noch eingenommene Standpunkt stante pede wieder aufgegeben wird und nur noch die gewonnene Erkenntnis als solche im Kosmos des „nicht identifizierenden“ „Dazwischen“ verbleibt. Einzelne Rezensenten waren von diesem Ver-

fahren sehr angetan, die vorliegende Besprechung teilt die Begeisterung jedoch nicht.

Vielmehr ist davon auszugehen, dass ein in sich widersprüchliches Wissenschaftsprogramm weder durch „Taktiken“ noch durch „Strategien“ der Umsetzung verbessert werden kann. Nicht zuletzt dies liegt auch Lossaus schließender Feststellung zu Grunde: „Eine ‘andere’ Geographie der Welt kann es nicht geben.“ (183) Leider zieht die Autorin aus dieser Erkenntnis nicht die Konsequenz, das ganze Unternehmen einfach sein zu lassen, sondern möchte es zu dem Zweck erhalten, darin zu schulen, Widersprüche, Dilemmata etc. „auszuhalten“ (187 und öfter). Da man aber im Falle, man möchte Wissenschaft auch betreiben und sich dort nicht nur in Machtpolitik ergehen, in der Geographie eigentlich immer einiges auszuhalten hat, bedarf es – so soll hier geschlossen werden – nicht noch eines besonderen Wissenschaftsprogramms, welches Aushalten trainiert. Insofern bietet Lossaus Buch zwar zahlreiche interessante Einblicke in eine aktuelle Wissenschaftsphilosophie, kann aber keine Lösung zu der von der Autorin sehr wohl erkannten weitgehenden Diskussionsunfähigkeit der deutschen Geographie anbieten. Es ist insofern sogar selbst ein Beitrag zum Problem, als es suggeriert, mangelhafte wissenschaftliche Qualität sei in erster Linie eine Frage der Wissenschaftsphilosophie, nicht aber der wissenschaftsorganisatorischen wie -politischen Praxis. Zumindest in der Geographie dürfte diese Annahme ein – immer wieder gern gepflegter – Irrtum sein.

Wolfgang Aschauer

Martin Dinges und Fritz Sack (Hg.): Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter zur Postmoderne (Konflikt und Kultur – Historische Perspektiven, Band 3). Konstanz 2000. 396 S.

Die Beiträge dieses Sammelbandes entstammen größtenteils einer Serie dreier interdisziplinärer Tagungen von Kriminologen und Historikern zum Thema „(un-)sichere Stadt“. Neben dem einleitenden Beitrag der Herausgeber entstanden so zwölf historische und vier kriminologische Beiträge, größtenteils Fallbeispiele, die sich mit Fragen städtischer Kriminalität, ihrer Wahrnehmung und dem Umgang mit ihr in verschiedenen Städten vom späten Mittelalter bis in die 1990er Jahre beschäftigen. Da jeder Versuch, die thematische Bandbreite und die Fülle an empirischen Funden im Einzelnen vorzustellen den Beiträgen nicht gerecht werden könnte, wird sich diese Besprechung auf drei Aspekte konzentrieren, die in verschiedenen Aufsätzen bzw. dem Band als Ganzem eine Rolle spielen: der Umgang mit Kriminalstatistiken, das Bild der Großstadt und, als übergeordnetem Aspekt, der Erkenntnisgewinn durch den interdisziplinären Ansatz.

Zunächst zur Frage der Interdisziplinarität. Mit dem Projekt eines derartigen Sammelbandes gehen gewisse Hoffnungen auf eine (wie auch immer geartete) gegenseitige Befruchtung der Disziplinen, d. h. der historischen und der kriminologischen Herangehensweise einher (wobei die Kriminologie traditionell selbst eine uneindeutige Stellung zwischen der Rechts- und Sozialwissenschaft einnimmt). Diese Hoffnung wurde m. E., mit einer Ausnahme,

enttäuscht. Diese Ausnahme stellt die Einleitung der Herausgeber dar, in der es ihnen gelingt, die historische Dimension von „Sicherheit“ als „konstitutivem Symbol moderner Gesellschaften“ (11) und die aktuellen Debatten und Praktiken fruchtbringend aufeinander zu beziehen. In einem historischen Abriss thematisieren Martin Dinges und Fritz Sack das Aufkommen des modernen Sicherheitsbegriffs im 16./17. Jhd. als zunächst (im heutigen Sprachgebrauch) „äußere Sicherheit“ im Sinne der Landesverteidigung und, bald darauf, als „innere Sicherheit“, die im Kern als „Voraussetzung für ein Leben mit gesichertem Eigentum“ (17) verstanden wird. Beides ordnen sie der Entstehung des modernen Territorialstaates zu und vertreten die These, dass die Entwicklung des Systems staatlicher sozialer Kontrolle, d. h. von Polizei und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen, „als Ausdruck eines von den realen Problemen weitgehend unabhängigen und umfassenden Vorgangs der Errichtung staatlicher und politischer Institutionen und Strukturen überhaupt zu sehen“ (21) sei. Sie sind mithin nicht als Reaktionen auf bestimmte Phänomene abweichenden Verhaltens zu verstehen, sondern als Teil des Umgangs mit der aufkommenden „sozialen Frage“ i. w. S., mithin mit der Durchsetzung des Kapitalismus. So betonen sie für das 19. Jh., dass Kriminalität nur aufgrund „ihre[r] gedachte[n] und konzipierte[n] Nähe zu den in ihr vermeintlich offenbar werdenden politischen Hintergründen und gesellschaftlichen Bedingungen“ (23), mithin als klassengebunden und armutsspezifisch öffentlich thematisiert wurde. In diesem Kontext avancierte die Großstadt zum

„Mythos des Bösen“ (24), zum „Projektionsvehikel für gesellschaftliche Ängste und Bedrohungen, wovon zumal die Akteure aus Politik und Öffentlichkeit zu profitieren wussten“ (25).

Ihre These von der Unabhängigkeit der Entwicklung staatlicher sozialer Kontrolle von konkret vorliegenden Devianzphänomenen wenden *Dinges* und *Sack* auch auf den aktuellen Sicherheitsdiskurs an, was sich u. a. darin niederschlägt, dass sie ihre diesbezüglichen Ausführungen mit den konkreten Entwicklungen der Kriminalpolitik beginnen (im Gegensatz zur üblicherweise unterstellten und von ihnen kritisierten Kausalität: Kriminalität → Sicherheitsdiskurs → Kontrollpraxis). Sie thematisieren zunächst die „repressive Wende in der Strafrechtspolitik“ (28 ff.) und erst danach die „subjektive Seite der Inneren Sicherheit“ (Kriminalitätsfurcht) (35 ff.) sowie deren „objektive Seite“ (gemessene Kriminalität) (41 ff.). Diese Reihenfolge begründen sie anschließend mit ihrem Vorschlag eines „alternativen Wirkungsmodells“ (49 ff.), nach dem Kriminalpolitik als Methode des Regierens eben nicht auf reale oder wahrgenommene Bedrohungen durch Verbrechen reagiert. Vielmehr handle es sich um aktive staatliche Politik, die mittels „Erzeugung und Ausbeutung von Bedrohungsszenarien“ (54) Herrschaft ausübt. Durch ihren Bezug auf historische wie aktuelle Untersuchungen illustrieren *Dinges* und *Sack* schließlich diese zentralen These vom „governing through crime“ (eine Formulierung, die sie von Caplow/Simon 1999 übernehmen).

Eine derartige inhaltliche Verbindung von historischem und aktuellem Material

zum Zweck der Theoriebildung oder der Hypothesengenerierung findet in den übrigen Beiträgen leider nicht statt, obwohl sich dies m. E. häufiger angeboten hätte. Ein Beispiel dafür ist Joachim *Eibachs* Rekonstruktion der Kriminalitätsbelastung der Stadt Frankfurt am Main im 18. Jahrhundert, in der er bei der Auswertung unterschiedlicher Quellen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommt: Einerseits suggeriert eine Flut städtischer Sicherheitsverordnungen, deren „Referenzhorizont“, so der Autor, „die Interessen der privilegierten Bürgerschaft“ war (162), eine „Situation der Unsicherheit“ (161). Andererseits ist in zeitgenössischen Reiseberichten „nirgendwo [...] von lebensbedrohlicher Unsicherheit in Frankfurt die Rede“ (166), obwohl es sich dabei um ein für das Genre durchaus übliches Thema handelt (169 f.). Den möglichen Schluss, dass der Rat der Stadt vielleicht schon damals versuchte „mit der (Un-)Sicherheit Politik, vor allem aber ‚Staat zu machen‘“ (61) wird dann aber nicht vom Autor gezogen, sondern von den Herausgebern in ihrer Zusammenfassung seines Beitrags in der Einleitung.

Eine weitere ausgelassene Chance, voneinander zu lernen, zeigt sich m. E. an mehreren Stellen, an denen es um die quantitative Erfassung von Kriminalität geht. Kriminologen haben seit den 1960er Jahren immer wieder den Konstruktionscharakter jeglicher Quantifizierung von Kriminalität aufgezeigt und betont, dass diese vor allem von der Definition der Taten als solchen durch die mit ihrer Erfassung beauftragten Institutionen (heute: der Polizei) abhängt (so schon etwa Seidman/Couzens 1974 oder jüngst wieder Rüther

2001). Daraus folgt, dass Kriminalstatistiken niemals die „objektive Kriminalität“ darstellen können (dazu auch pointiert die Herausgeber: 41-48). Dies sollte nun eigentlich dort besonders deutlich werden, wo – wie in historischen Untersuchungen – die Interpretation der Quellen und ihres Zustandekommens eine Selbstverständlichkeit ist. Deshalb hätte man erwartet, dass von Historikern gerade keine quantitativen Vergleiche der Kriminalitätsbelastung über die Jahrhunderte hinweg angestellt werden. Stattdessen aber konstatiert etwa *Eibach* eine „erstaunliche Kontinuität“ (164) der Häufigkeitszahl (Taten/100.000 Einwohner) bei Mord und Totschlag in Frankfurt a.M. zwischen dem 18. Jahrhundert und heute. Dass er die wohl kaum identische Definition und Erfassung derartiger Delikte durch die Registratur des Verhöramtes in den 1740ern und durch die Polizei in den 1990ern nicht thematisiert, ist um so erstaunlicher, als er doch für das 18. Jahrhundert beim Vergleich verschiedener Quellen (u. a. der Registratur) zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen gekommen ist (s. o.). Einen ähnlichen Vorwurf muss sich auch *Schwerthoff* gefallen lassen, der, „die gewichtigen Einwände gegen die Validität des Indikators einmal beiseite gelassen“ (147), die aus Quellen rekonstruierte Totschlagrate für Köln im 16. und 17. Jahrhundert ebenfalls mit denen des BKA für 1997 vergleicht.

Anders geht etwa Norbert *Finzsch* bei seinem Vergleich der Strafverfolgung von Afroamerikanern und irischen Einwanderern in Washington D.C. in den 1860er Jahren vor. Er erwartet von den von ihm ausgewerteten Einsatzprotokollen der Poli-

zei „nicht ein ‚Abbild‘ krimineller oder devianter Aktivitäten“ (207), sondern konstatiert, dass sie v.a. etwas aussagen über „die Perzeption und Konstruktion städtischer (Un-)Sicherheit durch die Polizei“ (ebd.) sowie, bei angezeigten Delikten, darüber „wie sicher die Stadt von ihren Bewohnern erfahren wurde“ (ebd.). Das überraschende Ergebnis seiner Studie ist, dass die Polizei offenbar in den Iren die „Hauptübeltäter“ (213) sah.

Dass die Interpretation der Quellen zum Thema städtische Sicherheit immer schwieriger wird, je weiter man in der Geschichte zurückgeht, zeigen zwei konträre Einschätzungen zur Frage der Gefährlichkeit des Alltagslebens im späten Mittelalter: Während *Andrea Bendlage* für Nürnberg in Spätmittelalter und früher Neuzeit konstatiert: „Kriminalität war zu einer ‚Massenerscheinung‘ geworden“ (88), folgert *Peter Schuster* aus Untersuchungen über Basel und Konstanz für das späte Mittelalter, dass diese Stadtgesellschaften „nicht so blutrünstig, wie es oft beschrieben wurde“ (84) gewesen seien.

Schließlich ein letztes Beispiel zum Umgang mit Kriminalstatistiken, diesmal von einem Autor, der es eigentlich besser wissen müsste: In seinem Beitrag über die (aus seiner Sicht höchst erfolgreiche) New Yorker Kriminalpolitik der 1990er Jahre geht der Kriminologe *Henner Hess* u.a. auf die Frage ein, ob der Rückgang der registrierten Kriminalität tatsächlich, wie von offizieller Seite betont, auf die neue Strategie zurückzuführen ist. Kritiker der „Zero Tolerance“-Strategie haben verschiedene alternative Erklärungen, die *Hess* aber allesamt nicht gelten lassen will. Den Ver-

dacht, dass der Kriminalitätsrückgang auch mit der Erfassungspraxis der Polizei zusammenhängen könnte, bezeichnet er als „unwahrscheinlich“ (374), da eine aggressive Polizeiarbeit eher mehr als weniger Delikte erfassen müsste. Dies ist einerseits richtig, sagt andererseits aber nichts darüber aus, als was ein Vergehen erfasst wird – und dieser Frage kommt eine entscheidende Bedeutung zu. So macht es z.B. einen großen Unterschied, ob eine Körperverletzung als „schwer“ eingeschätzt wird oder nicht, denn nur „aggravated assault“, also schwere Körperverletzung, wird im Uniform Crime Report (der gängigen und auch von Hess verwendeten Kriminalstatistik) gezählt, „single assault“ hingegen nicht.

In verschiedenen Beiträgen wird die Frage diskutiert, ob zu einer jeweiligen Zeit die Großstadt als Symbol für Verbrechen und Gefährlichkeit stand oder nicht. *Schuster* führt dazu aus, dass in spätmittelalterlichen Quellen zwei konkurrierende Bilder für die Stadt geläufig waren: einerseits das himmlische Jerusalem, dessen Abbild die Städte sein wollten, andererseits die Hure Babylon, der „Stadt der menschlichen Hybris, des Verderbens und Verfallenseins an die Welt“ (73). Da das Leben auf dem Land als alles andere als idyllisch beschrieben und wahrgenommen wurde, findet sich für Zeitgenossen der einzige Ort, an dem überhaupt „Ruhe und Frieden“ (74) gefunden werden kann, innerhalb der Stadtmauern (so auch *Schwerhoff* 154 f.). Die Gefahren, denen man sich in der Stadt ausgesetzt sah, wurden außerdem kaum in der Kriminalität gesehen. Vielmehr wurde befürchtet, so *Schuster*,

dass Gott die Städter für ihre moralischen Verfehlungen bestrafen könnte, worin er auch den Grund für die zahlreichen Verordnungen sieht, in denen neben vielen devianten Verhaltensweisen v.a. auch das Fluchen, Gotteslästern und Ehebrechen „zur moralischen Läuterung der Menschen“ (76) verboten wurde. Außerdem fürchteten die Städter des späten Mittelalters v.a. kriegerische Angriffe, Feuersbrünste und unvermittelte Todesfälle (74-82).

Für die Zeit des zweiten deutschen Kaiserreichs stellt Herbert *Reinke* fest, dass in Folge der sozialen Umbrüche auf die Großstädte „Ängste, Unsicherheiten und (Vor-)Urteile projiziert“ (222) wurden, wobei dieses Phänomen im Deutschen Reich weniger stark ausgeprägt war als in England oder Frankreich. Doch sei auch Berlin am „Unsicherheitswettbewerb der europäischen Kapitalen“ (223) beteiligt gewesen, in dem die Gefährdung (v.a. durch die „gefährlichen Klassen“) miteinander verglichen wurde. Diese Dämonisierung der Großstadt durch Verweis auf deren endemische Kriminalität ordnet Reinke ein in eine allgemeine „antiurbane Polemik, die Kriminalität als Teil einer diffusen Gemengelage von ideologischen Vorbehalten, sozialen Ängsten und Aversionen gegenüber der Stadt thematisiert“ (225). Ähnlich argumentieren auch Patrick *Wagner* und Klaus *Weinhauer*, wenn sie die große mediale Aufmerksamkeit zu erklären suchen, die um 1930 den Berliner Ringvereinen (eingetragene Vereine Krimineller) und Wilden Cliques (Gruppen meist männlicher Arbeiterjugendlicher) geschenkt wurde: Neben der tatsächlichen Zunahme der Sichtbarkeit beider Phänomene verweisen sie darauf,

dass „sich an ihrem Beispiel das Unbehagen und die Kritik an komplexen gesellschaftlichen Phänomenen anschaulich machen ließen“ (266 f.). Sie wurden mithin zu Symbolen der Krise, die sich dann auch auf die Stadt konzentrierte.

Klaus *Ronneberger* und Hubert *Beste* schließlich gehen in ihren jeweiligen Beiträgen auf das gegenwärtige Bestreben lokaler Politik ein, die Gleichsetzung von Großstadt und Kriminalität zumindest in den Innenstädten durch deren Säuberung aufzubrechen. *Ronneberger* betont dabei stärker die Makroebene und leitet die Versuche einen „touristisch-konsumptive[n] Erlebnisraum“ (318) in den Innenstädten durch verschiedene räumliche Kontrollstrategien zu schaffen, aus dem politischen Interesse an Konsum- und gehobenen Wohnfunktionen in der Innenstadt her. *Beste* befasst sich empirisch mit den aktuellen Entwicklungen einer „zonalen Raumkontrolle“ in Frankfurt a. M., wobei private Sicherheitsdienste und die Schaffung einer faktischen „städtischen Ausländer- und Armenpolizei“ (352) durch das Ordnungsamt im Mittelpunkt stehen.

Wenn also auch für den Band insgesamt zu konstatieren ist, dass die histori-

schen und die (aktuellen) kriminologischen Beiträge eher nebeneinander stehen und sich bestenfalls in Hinsicht auf die behandelten Zeitperioden ergänzen, so gewähren sie als Fallstudien doch Einblicke in verschiedene Aspekte der tatsächlichen und unterstellten „Gefährlichkeit“ von Großstädten und den politischen Umgang damit. Insbesondere die Einleitung der Herausgeber sei jedem empfohlen, der sich über diesen Themenkomplex informieren will.

Literatur:

- Caplow, T., J. Simon 1999: Understanding Prison Policy and Population Trends. In: M. Tonry, J. Petersilia (eds.): Prison (= Crime and Justice. A Review of Research. Vol. 26). Chicago. S. 63-120.
- Rüther, W. 2001: Zum Einfluss polizeilicher Erfassungskontrollen auf die registrierte Kriminalität. In: Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 84(4). S. 294-309.
- Seidman, D., N. Couzens 1974: Getting the Crime Rate Down: Political Pressure and Crime Reporting. In: Law & Society Journal 8(3). S. 457-493.

Bernd Belina

Rolf Monheim (Hg.): Park & Ride – ein Beitrag zum stadtverträglichen Verkehr? Bayreuth 2001 (Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung 188). 118 S.

Die Wege des Wissenschaftsbetriebs sind manchmal unergründlich. Wenn diese

Rezension erscheint, wird der 10. Jahrestag der Tagung anstehen, die den Anlass für den vorliegenden Sammelband zum Thema Park+Ride darstellte. Inzwischen hat P+R als vermeintlicher Königsweg der Verkehrsplanung längst ausgedient, und insbesondere die Diskussion um P+R-Großanlagen („Terminals“) hat merklich an Aktualität

tät verloren. Dennoch spielt P+R in der kommunalen Verkehrsplanung auch heute eine nicht unwichtige Rolle, und viele der kontroversen Standpunkte und Argumente zu den planerischen Anforderungen und Wirkungen von P+R sind weiterhin richtig und werden in dem vorliegenden Band (auch zwischen den Autoren der Beiträge) gut deutlich. Insofern werden fachlich Interessierte, die sich einen Überblick über die Argumente der P+R-Diskussion verschaffen wollen, den Band mit Gewinn lesen.

Enthalten sind zwei Beiträge mit Grundlagencharakter sowie drei Fallstudien – zwei aus München, eine aus Aachen. Christian Holz-Rau stellt seine eher grundlagenorientierten Überlegungen in den Kontext von Analysen der Pendlerentwicklung und vergleicht P+R mit Bike+Ride im Hinblick auf verkehrliche, siedlungsstrukturelle und soziale Effekte. Auch Thomas Schlüter argumentiert vorwiegend auf grundsätzlicher Ebene. Er bewertet P+R vor allem mit Blick auf die eingesetzten Mittel, Standorte der P+R-Anlagen, Nutzungskonflikte um die P+R-Grundstücke und Belastungen für die betroffenen Stadtteile.

Unter den drei Fallstudien ist der Beitrag von Oliver Falthäuser mit Untersuchungen zu Raumwahrnehmungen und Aktivitätskopplungen deutlich verhaltens-

geographisch geprägt. Wolfgang Großmann berichtet in einem kurzen Artikel über erste Erfahrungen mit der Erhebung von Nutzerentgelten im Rahmen des Projekts Mobinet, und Rolf Monheim gibt auf der Basis verschiedener Erhebungen einen Überblick über P+R in Aachen im Verlauf zweier Jahrzehnte. Dabei ergeben sich auch Einblicke in die (teils hausgemachten) planungspraktischen Probleme auf kommunaler Seite.

Inhaltlich ist resümierend festzuhalten, dass die Beiträge vorwiegend verkehrsimmanent argumentieren. Raumwissenschaftliche Fragen im weiteren Sinn klingen vor allem in den Beiträgen von Holz-Rau und Schlüter an, beispielsweise nach den Opportunitätskosten von P+R: Was könnte man anstelle von Parkplätzen alternativ mit den wertvollen Grundstücken um die S-Bahn-Stationen machen? So bringt S. 21 ein erhellendes und amüsantes Beispiel zu den Kosten und Nutzen von P+R-Großterminals, in dem die Grünen Schützenhilfe für ihre nächste Forderung nach einer Mineralölsteuererhöhung erhalten (8.30 Euro wären angemessen!) und in dem gleichzeitig erklärt wird, warum ÖPNV-Pendler jährlich 7.400 Euro Mietzuschuss nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erhalten sollten. Absurd? Man lese nach und lasse sich überzeugen!

Joachim Scheiner

Christa Berger, Bruno Hildenbrand, Irene Somm: Die Stadt der Zukunft. Leben im prekären Wohnquartier. Opladen 2002. 215 S.

Das Buch ist entstanden aus einer empirischen Untersuchung über die Folgen der Schließung der offenen Drogenszene am stillgelegten Züricher Innenstadtbahnhof „Letten“ in Jahr 1995. Erforscht werden sollten die „Verunsicherungen im Stadtteilalltag“ (S. 9) in zwei direkt angrenzenden Stadtvierteln (Stadtkreise 4 und 5), in die sich die Drogenszene verlagert hatte, nachdem die Stadt eine deutlich repressivere Drogenpolitik verfolgte. Als Arbeiter-, Ausländer- und ‘Rotlicht’-Viertel haben diese Stadtviertel ohnehin einen schlechten Ruf und schwierige Lebensbedingungen. Die BearbeiterInnen merkten, dass die Verlagerung für die BewohnerInnen kein tiefer Einschnitt, sondern nur ein weiterer Beitrag zu ihren schwierigen Existenzbedingungen war, und hatten den guten Einfall, die Untersuchung auszuweiten auf den sozialen Kontext des Alltags in den beiden Stadtteilen. Sie beschäftigten sich mit der Sozialgeschichte der beiden Quartiere beiderseits des großen Bahnareals, die nur durch das Flüsschen Sihl von den Züricher Altstadt getrennt sind; sie führten 17 ausführliche Interviews mit Personen aus unterschiedlichsten Milieus sowie Gruppengespräche über Geschichte und Gegenwart des besagten Lebensalltags; und sie informierten sich über die Strategien von Polizei und Behörden. Das Buch hat insofern den Anspruch und Vorteil, einen Überblick über die Bewohnerschaft im Quartier zu geben, und dies aus

deren Lebensalltag heraus – während viele Untersuchungen schwieriger Viertel nur wenige kontrastierende Gruppen (z. B. Deutsche – Türken) oder Problembevölkerungen (Arbeitslose, Alleinerziehende ...) untersuchen.

Die zentrale und bedenkenswerte These des Buchs ist die einer dauerhaften „Prekarität“: das Leben in Unterschichtsquartieren mit ihren sehr verschiedenartigen und oft genug unerfreulichen BewohnerInnen führt zu Verunsicherung und verbindet sich häufig mit sozialer Unsicherheit. Behörden und die Medienöffentlichkeit schwanken zwischen Stigmatisierung („Slum“, „Sexviertel“, „Drogenhölle“) und Imagepflege (Quartiere mit „Toleranz und Weltoffenheit“), und unzählige Polizeieinsätze bringen den BewohnerInnen eher Verunsicherung als Sicherheitsgefühle. Diese sehen sich genötigt, ihren Alltag an diesem Ort nach Normalitätsvorstellungen zu gestalten und zu legitimieren („normalisieren“): Entweder als ordentliche Bürger, die unter sich bleiben und die Unordnung entweder ignorieren oder bekämpfen; oder als unordentliche Bewohner, die sich möglichst unauffällig verhalten; oder als Teil einer Gegenwelt – sei es die der Arbeiterklasse, oder die der politisch Oppositionellen, sei es als Immigrantengemeinschaft oder als lebensoffene Weltbürger. Nach Ansicht der VerfasserInnen sind Programme zur Beseitigung von örtlichen Unterschichten oder Randexistenzen fruchtlos. „Das Prekäre ist wesentlicher Bestandteil des Stadtteils und lässt sich nicht einfach aus der Welt schaffen.“ (S. 174) – wie es Politikern und Planern meist vorschwebt, und zwar nicht nur

in der Schweiz. Die BewohnerInnen, die im Stadtteil verbleiben, bringen es (notgedrungen) zu einer gegenseitigen Toleranz, die zu einer „Kultur der Differenz“ in einer globalen Großstadt entwickelt werden sollte. Gegenwärtig schwanken die Meisten (noch?) zwischen gegenseitiger Indifferenz dann, wenn der Alltag *nicht* aufgewühlt wird von Konflikten, und Disziplinierungswünschen, *wenn* diese Konflikte aufbrechen.

Das ist die These, über die nachzudenken sich lohnt. Schade, dass sie nicht anschaulich aus dem Alltagsverhalten der BewohnerInnen entwickelt wird. Die Quartiere mit ihren Ausländeranteilen von 46-48 % werden im ersten Kapitel nur sehr oberflächlich mit Daten charakterisiert – es bleibt unklar, warum und wie weit *nur sie* Zufluchtsort von Unterschichten und Randgruppen sind; Sozialstatistik jedenfalls ist nicht die Stärke der AutorInnen. Anschließend werden, nach kurzer Einführung des Modells „prekärer Zugehörigkeit“, alteingesessene Arbeiter-Rentner und eine junge „Gentrifierin“ als Kontrasttypen dargestellt. Im dritten Kapitel werden dann nicht weniger als sieben Milieutypen vorgestellt: Alteingesessene Schweizer; Italiener der zweiten Generation; ex-jugoslawische Arbeitsmigranten und (?) Flüchtlinge; beruflich erfolgreiche ehemalige Aktivisten der linken Züricher Szene („Pioniere“ einer Gentrifikation); politische Flüchtlinge aus der Türkei; eine „sozial deklassierte“ Schweizerin mit vielfach gebrochenem Lebenslauf; und (zwei) Drogenabhängige. Der Lebensalltag wird nur ansatzweise geschildert und sofort in schwer verdauliche Begrifflichkeiten verpackt. Den Alteinge-

sessenen wird etwa „virtuoses Hängenbleiben“ im Viertel, den in der Schweiz aufgewachsenen Italienern „neutralisierte Stigmatisierung“ zugesprochen (gemeint ist: in den 50er und 60er Jahren erlebten sie Stigmatisierung als „Ausländer“ – heute gehen sie darüber hinweg oder teilen darüber nichts mehr mit), und so weiter. Man ahnt, was gemeint ist, aber versteht die Verallgemeinerung nicht. Anschließend werden Strategien des alltäglichen Umgangs („Normalisierung“) durchgesprochen: das Hochhalten der Tradition eines Arbeiter-Stadtteils; die Selbsthilfe und Solidarität (entsprechende Bewohner werden etwas schwülstig als „Manager der Stadtteilidentität“ bezeichnet); der Bezug zur eigenen Herkunftsgruppe („Das Zusammenleben mit seinesgleichen soll als pragmatischer Rest von Vergemeinschaftungsvorstellungen das Prekäre der eigenen lokalen Zugehörigkeit normalisieren helfen“; S. 78); die individuelle Selbstbehauptung als Abgrenzung gegen Außenseiter. Anschließend werden Krisenerscheinungen im Stadtteil dargestellt – der Wegzug der Schweizer, die Beeinträchtigungen durch Drogen- und Prostitutionsgewerbe und Polizeieinsätze, die Konfrontation mit kapputten oder aggressiven Typen. Auch die „Entsolidarisierung“ zwischen verschiedenen Ausländergruppen gilt als Krise (als ob zwischen den 60er und 80er Jahren unter ihnen eitel Eintracht geherrscht hätte). Dem werden wiederum „Stabilisierungsstrategien“ zugeordnet: Versuche, Ordnung und Zivilisationsstandards im eigenen Umfeld zu erzwingen; Wegzug; Anpassung durch Unauffälligkeit; Organisation und Selbsthilfe unter Bewohnern. Und diesen

Strategien werden wiederum die sieben „Milieus“ zugeordnet. Das trägt zur Verwirrung des Lesers bei – so werden allein bei den „Zweitgenerations-Italienern“ drei der vier Strategien aufgespürt, und es bleibt ungeklärt, wieweit sich „Stabilisierung“ unterscheidet von den zuvor herausgearbeiteten Strategien der „Normalisierung“.

In Kap. 4 wird dann die Linie der Polizei kritisiert, die auf Repression und Einsatz ‘von außen her’ setzt, nicht auf Kenntnis und Kontrolle der Situation. Und behördliche Versuche der Aufwertung der Stadtteile werden einer Diskurskritik unterzogen: Versuche einer Aktivierung der Bewohner gegen Drogenhandel und Prostitution lenkten nur ab von deren „Zuweisung“ in das Viertel; eine Image-Kampagne laufe auf eine „Exotisierung“ der Quartiere hinaus; und das Konzept einer sozialen Durchmischung müsse zur Vertreibung der Randgruppen führen. Dieses, so teilen die AutorInnen auf S. 162-64 spitz und trefend mit, verträgt sich nicht mit einer Politik der weltoffenen Multikultur, wie sie die Stadt Zürich für die Stadtkreise 4 und 5 proklamiert. Da jede behördliche Maßnahme einer Gruppe Nutzen bringt und gleichzeitig eine andere beeinträchtigt, kann man jede leicht demaskieren; insofern ist die Kritik in diesem Kapitel billig zu haben. – Drei Verhaltenslinien werden schließlich in Kap. 5 zusammengefasst: Die einen gehen auf Distanz zu andersartigen MitbewohnerInnen und suchen nur den Raum für die eigenen Leute zu wahren; die anderen möchten die Randgruppen aus dem Viertel drängen; und manche versuchen mit Unauffälligkeit durchzukommen. Dies seien

unentwickelte Ansätze einer noch zu entwickelnden „Kultur der Differenz“. Wie diese konkret aussehen könnte, bleibt unklar – aber politische Rezepte zu erarbeiten ist auch nicht Aufgabe von Sozialwissenschaftlern: Wie man weiß, geht die Politik ihre eigenen Wege. – Im Anhang schließlich wird die Methode der intensiven Auswertung qualitativer Interviews à la Anselm Strauss dargelegt – nicht Neues gegenüber Lehrbuchwissen.

Die entscheidenden methodischen Fragen werden nicht diskutiert: Was rechtfertigt die Zusammenfassung von ein bis drei Fällen zu einem „Milieu“? Kann der Fall einer Frau, die im Zusammenleben mit der Drogen- und Zuhälter-Szene sich furchtlos für Ordnung in ihrer Umwelt einsetzt, als charakteristisch für „die sozial Deklassierten“ genommen werden? Nicht nach dem, was man weiß über die verbreitete Passivität unter sozialen Absteigern. Können zwei verschüchterte Familien aus Bosnien und dem Kosovo für eine Strategie der Überanpassung an Schweizer Verhaltensstandards stehen? Sie können – aber wieso soll das nur für Ex-Jugoslawen gelten? Ist es überhaupt sinnvoll, nach nationaler Herkunft zu sortieren? Andreas Wimmer (2002) jedenfalls fand bei einer Untersuchung im Züricher Stadtkreis 4 (und zwei anderen Schweizer Stadtvierteln), die Abgrenzung zwischen Etablierten und Außenseitern verlaufe hier nicht nach ethnischen Linien, sondern nach dem Paradigma von Ordnung und Sauberkeit – hie die Normal-Schweizer, die Italiener und sonstigen seit einer Generation ansässigen Südeuropäer, dort die Schweizer Außenseiter, die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien und die ImmigrantInnen.

nen aus Asien, und dazwischen die ob ihres Ordnungssinns geschätzten, aber als Muslime verdächtigen Türken. Wieso werden Ausländer in dem besprochenen Buch ausnahmslos als „stigmatisiert“ bezeichnet – selbst wenn ihre Aussagen über ihren gegenwärtigen Alltag nichts darüber hergeben? Hier obsiegt das Streben nach politischer Korrektheit angesichts einer verbreiteten Ausländerfeindschaft (die in Zürich sicher nicht größer ist als in Stuttgart, und sicher geringer als in Halle).

Mein zweiter Einwand: Zu Recht wird betont, dass gerade in schwierigen Stadtvierteln und unter Bewohnergruppen in prekärer Lage die gegenseitige Toleranz oder wenigstens Duldung gepflegt wird, und dass diese Tugend im Zeitalter der Globalisierung immer wichtiger werde. Aber über die Grenzen dieser Toleranz wird nicht nachgedacht – offenbar, um der Intoleranz nicht Nahrung zu geben. Wohl wird auf S. 98-104 über die zunehmende Belastung der Bewohner berichtet: wachsende „Verwilderung“ im Prostitutionsmilieu, chaotische Situationen an den Grundschulen, Reibereien zwischen verschiedenen Migrantengruppen. Kann all dies noch toleriert und in einer „Kultur der Differenz“ verarbeitet werden? Obwohl im Anhang penible und wörtliche Auswertung gepredigt wird, werden hier die Äußerungen der Bewohner über die

Grenzen des Erträglichen nicht ernst genommen.

Alles in allem: Vor allem im 80-seitigen dritten Kapitel des Buchs bieten die AutorInnen viel Stoff zum Nachdenken, den sie unter sehr verschiedenartigen BewohnerInnen zweier Problemviertel gelernt haben, der aber schwer verdaulich aufbereitet wurde. Wer es sich zutraut, durch das Dickicht von mehr oder minder aussagekräftigen Zitaten und umständlichen und abstrakten Verallgemeinerungen zu finden, wer die unübersichtliche doppelte Systematisierung von Milieus und Verhaltens-Strategien nachvollziehen mag, wird einiges lernen über Einstellungen und Orientierungen in Unterschichtsquartieren. Über die Polizei und über die Interessenlagen der Behörden wird wenig Neues mitgeteilt. Ob das Mitgeteilte für die „Stadt der Zukunft“ steht, sei dahingestellt – es trägt jedenfalls bei zum Verständnis der Vielfalt und Spannungen in schwierigen Stadtvierteln – nicht nur in der Schweiz.

Literatur

Andreas Wimmer: Multikulturalität oder Ethnisierung? Kategorienbildung und Netzwerkstrukturen in drei schweizerischen Immigrantenvierteln. In: Zeitschrift für Soziologie Jg. 31(1)/2002, 4-26

Rainer Neef